

Nr. 10

5. - 11. März 1990

BRD 2, - DM
Österreich 10, - ÖS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2, - DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

Milovan Djilas
erzählt



Militär-
Industrie-
Komplex und Konversion

HAT DIE PAKTFREIHEIT ZUKUNFT?



PERSPEKTIVEN



Reproduktion eines Gemäldes von Leonid Tischkow

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

UdSSR L. Jelin, S. Kowaljow **LEHREN DER MEETING-DEMOKRATIE** 5

LAUT NACHGEDACHT V. Ganjuschkin **UNSER PRÄSIDENT** 6

NZ-DISKUSSIONSCLUB

G. Diligenski **REFORMER UND KONSERVATIVE** 8

GEMEINSAMES HAUS EUROPA

D. Proektor **VEREINIGTES DEUTSCHLAND -**

GEFAHR FÜR EUROPA? 12

NIKARAGUA J. Kudimow **TROTZ DER PROGNOSEN** 15

EXKLUSIV FÜR DIE NZ M. Dillas **DIE BITTEREN**

FRÜCHTE DER REVOLUTION 16

RUMÄNIEN S. Swirin **FRONT AN ALLEN FRONTEN** 18

HALBINSEL KOREA L. Mletschin **AUF DER ANDEREN SEITE** 19

NZ-RUNDTISCHGESPRÄCH WAS ERWARTET

DIE BLOCKFREIEN? 22

SÜDAFRIKA N. Reschetnjak **GEWALTLOS** 25

TRIBÜNE DES VOLKSDEPUTIERTEN

J. Ryshow **EINE SICHERHEIT, DIE WIR NICHT BRAUCHEN** 26

WIRTSCHAFTSBAROMETER L. Pijaszewa **JUNGENS**

IM FREMDEN GARTEN 29

KONVERSION A. Kirejew **STOCKUNGEN AUF ZIVILEN GLEISEN** 30

STANDPUNKT DES JURISTEN J. Feofanow **BEFEHL**

ODER GESETZ? 33

AFGHANISTAN-ECHO I. Lagunina **DREIHUNDERT ELF** 34

RECHTSSTAAT P. Negoiza **RICHTER URTEILEN**

ÜBER RICHTER 37

LEBENSSTIL S. Boguslawskaja **WENN WEISSE**

ELTERN SCHWARZE KINDER HABEN 38

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT I. Iljin

DIE AXIOME DER MACHT 40

VITA B. Balkarej **„WIR WERDEN IHN HEILEN“** 46

KUNST V. Potjomkin **EIGENES THEATER** 48

Titelbild: Alexander Gelman

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

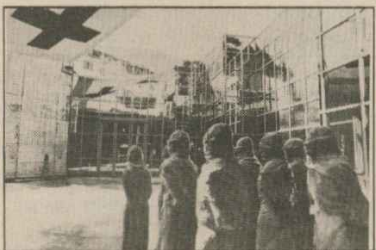
Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“



Deutsche Frage -
gestern, heute,
morgen
S.12

Das Internationale
Rote Kreuz
und unsere
Kriegsgefangenen
S.34



Südkorea:
Kehren die
Moskauer
Diplomaten
nach Söul zurück?
S.19

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
Alexej BUKALOW
(verantwortl. Sekretär),
Alexander DIDUSSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN
(stellv.

Chefredakteur),

Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
(stellv. Chefredakteur),
Leonid MLETSCIN,
Dmitri POGORSHELSKI,
Alexander PUMPJANSKI
(1. stellv.

Chefredakteur),

Galina SIDOROWA,
Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier
Michail CHROBOSTOW;
Belgrad
Gennadi SYSSOJEW;
Berlin
Anatoli KOWRIGIN;
Bonn
Nikita SHOLKWER;
Bukarest
Sergej SWIRIN;
Delhi
Sergej IRODOW;
Havanna
Vitali SOBOLEW;
Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Prag

Kim KOSTENKO;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW;

Warschau

Rudolf BORECKI

Auslandsredaktionen:

Warschau, „Nowe Czesy“

Jan LYSEK;

Prag, „Nova doba“

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Keri“

Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

„Partei und Krise“ (NZ 7/90)

■ Ich bin völlig mit der Meinung von Andrej Nujkin einverstanden, daß „die Gerüchte über die führende Rolle der KPdSU stark übertrieben“ sind. Als Beweis hierfür möchte ich Angaben des Leningrader soziologischen Forschungszentrums anführen, das im Vorfeld der Wahlen eine Meinungsumfrage durchführte. (Diese Angaben wurden vom Moskauer Zentrum für politisch-rechtliche Untersuchungen und Information veröffentlicht.) Nehmen wir uns nur eine einzige Frage vor: Wessen Programm unterstützen Sie? Leningrader Volksfront – 20 %, KPdSU – 12 %, Vereinigte Front der Werktätigen – 2 %, „Pamjat“ – 2 %, eigene Programme – 16 %. Diese Zahlen sprechen für sich, nicht wahr?

Sergej Sitnikow

Moskau

„Krieg ohne Ende“ (NZ 50/89)

■ Ich bin weit davon entfernt, die negativen Seiten der äthiopischen Wirklichkeit von heute zu übersehen. Dem Autor des Beitrages ist allerdings das Gefühl für Objektivität abhandeln gekommen. Die Situation wird in diesem Artikel vom

Standpunkt westlicher Propaganda und regierungsfeindlicher Kräfte betrachtet. Eine der fortschrittlichsten Reformen in Afrika, die Bodenreform, wird als nutzlos, ja sogar als schädlich hingestellt, weil angeblich darunter das Volk zu leiden hätte. Das Programm zur Vergrößerung der Dörfer soll nun sogar ein Abklatsch von Stalins Kollektivierungsplan sein und sein Ziel in der „gewaltsamen Enteignung der produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse“ bestehen. Ich will nicht bestreiten, daß bei der Realisierung des Programms zur Vergrößerung der Dörfer einige Fehler gemacht wurden, aber ihre Grundlage bildet doch die Sorge um die Verbesserung der Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung. Und das läßt sich nun einmal besser in größeren Wirtschaften verwirklichen. Was die industrielle „Gigantomanie“ betrifft, so war auch hier nicht das Prestige, sondern die ökonomische Zweckmäßigkeit das Bestimmende an dieser Politik. Und daß die erzielten Resultate nicht in jedem Fall den Erwartungen entsprachen, war auch nicht in jedem Fall die Schuld der äthiopischen Führung. Der Grund hierfür bestand manchmal

auch in den Fehlern sowjetischer Spezialisten, die die technische Motivierung ohne gründliche Kenntnis der lokalen Bedingungen vorbereiteten.

Die ethnopolitische Situation wurde im Artikel übermäßig schematisiert. In sehr vereinfachter Form wird die Volksfront zur Befreiung Tigres (TPLF) charakterisiert, deren politische Färbung längst nicht so homogen ist, wie sie A. Krylow darstellt. Seine schlecht maskierten „Ratschläge“, sich baldmöglichst mit der TPLF als „gesamtnationaler Opposition“ zu arrangieren, um mit ihr als Bündnispartnerin alle anderen separatistischen Bestrebungen zu unterdrücken, sehen nicht nur leichtfüßig, sondern auch unvorsichtig aus.

M. Rajt

Historikerin

Moskau

NZ-Beilage

(nur in russischer Sprache erschienen)

■ Ebenso wie andere Abonnenten habe ich die NZ-Beilage „Perestroika und nationale Probleme“ erhalten. Die Beiträge waren höchst interessant. Mich wunderte jedoch, warum in dem Artikel über die nationalen Minderheiten, die auf dem Territorium der UdSSR wohnen, die Bulgaren nicht erwähnt wurden. Wußten Sie

Wo sind Ihre Leser?

■ Was ist mit Ihrer Zeitschrift los? Warum haben Sie die Hälfte Ihrer Abonnenten verloren? In der ersten Ausgabe der Zeitschrift „Iswestija ZK KPSS“ habe ich voller Verwunderung feststellen müssen, daß sich die Zahl Ihrer Leser von 360 000 im vorigen Jahr auf 180 000 verringert hat! Ich verstehe natürlich, daß Ihre Zeitschrift einige alte Leser verloren hat, die in der früheren NZ einen kräftigen Rückhalt bei der Entlarvung aller Geschwüre des Imperialismus und Kapitalismus sahen. Aber doch nicht die Hälfte!

Ich abonniere Ihre Zeitschrift seit dem vorigen Jahr, als ich sah, daß die NZ, wenn auch nicht von heute auf morgen, zu einer freidenkenden und ehrlichen Zeitschrift wurde, als sich Ihre Position deutlich abzuzeichnen begann: Bereitschaft zum Schutz der Menschenrechte, Suche nach realen Möglichkeiten zur Überwindung nationaler Probleme, Polemik mit Vertretern neuartiger Gedanken usw. Bin ich denn der einzige, der das zu schätzen weiß?

Viktor Uchanow

Leningrad

Von der Redaktion: Die Angaben über das Abonnement unserer Zeitschrift, die in „Iswestija ZK KPSS“ veröffentlicht wurden, haben unsere Leser in die Irre geführt. In Wirklichkeit hat sich die Zahl unserer Abonnenten kaum verändert: 1.1.89 – 370 000 Exemplare (188 100 Abonnenten in der UdSSR, 181 900 im Ausland) und 1.1.90 – 380 200 Exemplare (180 400 Abonnenten in der UdSSR, 199 800 im Ausland). Wir nehmen an, daß unsere Kollegen von „Iswestija ZK KPSS“ in ihrem nächsten Heft diesen Fehler berichtigen werden. Unser Abonnement ist in verschiedenen Ländern dem Einfluß der politischen Konjunktur unterworfen. Nach dem Sturz Honeckers schnellte die bis dahin eingefrorene Zahl der Abonnenten unserer deutschen Ausgabe um 20 000 empor. Etwa zur gleichen Zeit verringerte sich die Leserschaft unserer spanischen Ausgabe auf Cuba um 16 000. Was die russischen Leser betrifft, wird sich das Bild bald klären. Im Heft 3/90 veröffentlichten wir einen Fragebogen. Soziologen werden die eingehenden Antworten analysieren und ein Porträt unseres Lesers zeichnen, damit die Redaktion eine bessere Vorstellung davon bekommt, was von der „Neuen Zeit“ erwartet wird.

Die vergessenen Bulgaren

Keine Ratschläge für Äthiopien

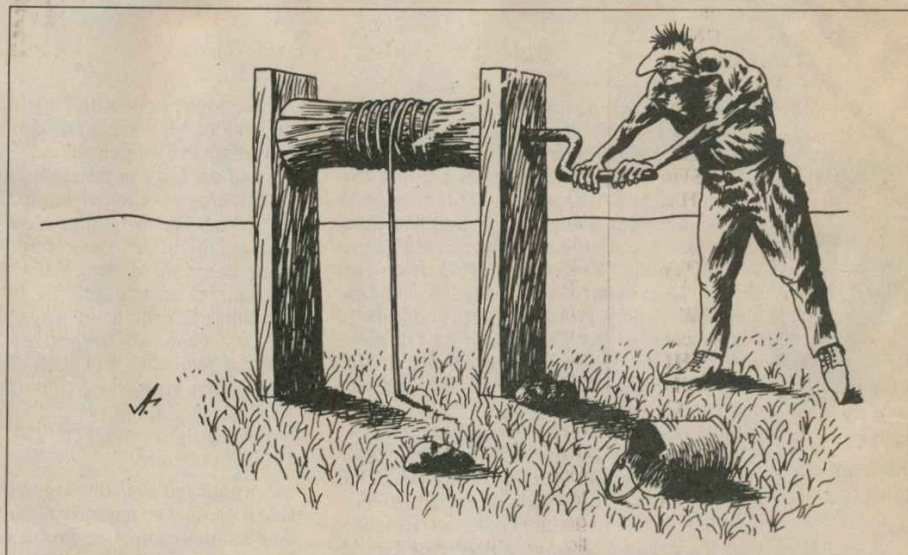
Wen die Leningrader unterstützen

etwa nicht, daß es sich hierbei um eine halbe Million Menschen handelt? Ich kann mir nur schwer erklären, warum Sie nicht davon berichteten, wie die Bulgaren in der UdSSR leben.

Prof. Christo Marinow
Bulgarische Ökologische Gesellschaft
Sofia

■ Der Internationale Fonds für die Entwicklung kleiner Völker und ethnischer Gruppen (IFEKV) unterbreitet hiermit der Zeitschrift „Neue Zeit“, den Vorschlag, sich an der Realisierung der Aufgaben zu beteiligen, die vor dem Fonds stehen. Unsere Ziele: Hilfe für zahlenmäßig kleine Völker, die in extreme Situationen geraten sind; Entideologisierung der zwischenationalen Beziehungen; Wahrung und Entwicklung der Traditionen kleiner Völker; materielle, moralische und rechtliche Hilfeleistungen.

S O G E S E H E N



Zeichnung: Arkadi Gurski

1990 plant der Fonds die Durchführung eines internationalen Fotowettbewerbs, der dem Leben, der Kultur und den Traditionen der kleinen Völker der Welt gewidmet sein soll.

Den Gewinnern winken Geldpreise.

Unsere Anschrift: 360 022 Naltschik, Postfach 90

S. Tochtabijew
IFEKV-Präsident

■ Verehrte Redaktion!

Mehrmals stieß ich in der Presse auf Hinweise zur Nepalesischen Friedenszone. Was verstehen die Führer Nepals darunter?

C. Waliachmetow
Leningrad, RSFSR

Der Vorschlag, Nepal zu einer Friedenszone zu erklären, wurde erstmals im Februar

1975 während der Krönung von König Birendra offiziell ausgesprochen. Später wurde er auch in die Verfassung des Landes aufgenommen. Diese Konzeption wird in Nepal als einer der Grundpfeiler der außenpolitischen Strategie des Königreiches angesehen. In diesen Begriff legt die nepalesische Seite allgemein anerkannte Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen hinein wie friedliche Koexistenz, Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit, friedliche Beilegung strittiger Fragen, Ablehnung der Stationierung fremder Truppen auf dem Territorium des Landes usw.

Ihre Unterstützung für die Friedenszone haben mehr als 100 Länder in unterschiedlicher Form zum Ausdruck gebracht.

Die Sowjetunion erörtert die Frage über die Friedenszone in Nepal. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß eine Friedenszone im Rahmen eines Staates kein internationales Problem darstellt und in erster Linie die Beziehungen eines Landes mit seinen Nachbarn betrifft.

M. Romanow
Abteilungsleiter beim Außenministerium der UdSSR

Zusammengestellt von
M. Tschernowzewa

Die letzte Parade?

Die Massenmedien haben schon davon berichtet, daß die Regierung den Beschluß gefaßt hat, zu Ehren des 45. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg eine Militärparade durchzuführen. Das Verteidigungsministerium hat schon mit den Vorbereitungen begonnen. Natürlich kann man die Bedeutung von Paraden für die Veteranen des Krieges verstehen. Dennoch hoffe ich, daß diese Entscheidung baldmöglichst revidiert wird. Ich denke, daß keiner meine Position als Beleidigung auffaßt.

1945 war die Siegesparade ein wahrer Festtag. Heute sollten wir besser darüber nachdenken, welchen Preis dieser Sieg gekostet hat. Von welcher Feiertagsstimmung kann die Rede sein, wenn man sich erinnert, daß das Land aufgrund des Stalinregimes nicht vorbereitet war auf diesen Krieg, daß wir bis zur Wolga zurückweichen mußten, daß Millionen umkamen, Millionen in Gefangenschaft gerieten? Natürlich, die Heldentat des Volkes ist deshalb umso größer. Muß sie aber ausgerechnet durch pompöse Paraden gewürdigt werden?

Ist es überhaupt heute noch angebracht, unsere militärische Stärke zu demonstrieren? Die Lage im Land ist besorgniserregend. Wenn man unter diesen Umständen eine Parade durchführt, wird man die Armee, die Regierung und die Partei erneut mit Salven der Kritik unter Beschuß nehmen.

Die Heldentat des Volkes während des Krieges wird niemals in Vergessenheit geraten. Sie wird immer in

unserem Gedächtnis sein. Es wäre deshalb zweckmäßiger, das bevorstehende Jubiläum zum **gesamtnationalen Gedenktag** zu erklären. Man soll der Gefallenen und der Veteranen gedenken, immer und nicht nur zu Jubiläen.

Die durch den Verzicht auf eine Parade freigesetzten Mittel und Kräfte könnten zur Lösung anderer unaufschiebbarer Aufgaben eingesetzt werden. Soldatenfriedhöfe und -gräber sind in Ordnung zu bringen, sterbliche Überreste von Verteidigern des Vaterlandes müssen endlich beerdigt werden, die Herausgabe des Unions-Gedenkbuches ist zu beschleunigen (es ist immer noch nicht fertig, obwohl man schon ein zweites über den Afghanistankrieg herausgeben mußte). Man müßte endlich auch die materiellen Lebensbedingungen besonders bedürftiger Veteranen und jener verbessern, die heute unser Vaterland schützen.

Mir scheint, die Militärparaden müßten zusammen mit dem Absterben des administrativen Kommandoapparates abgeschafft werden. Die Armee ist längst nicht für Paraden da. Sie ist ein wichtiges Instrument zur Gewährleistung der Sicherheit und muß deshalb stark und gefechtsbereit sein. Sie muß aber auch das Vertrauen und die Achtung des Volkes genießen.

A. Sawinkin, Oberstleutnant
Moskau



VACLAV
HAVEL,
Präsident der
CSSR

Der
Arbeitsbesuch
des neuen
Präsidenten
der
Tschechoslo-
wakie Václav
Havel in der
UdSSR war
eines der
wichtigsten
Ereignisse
der
vergangenen
Tage. Wie
bewertet der
CSSR-
Präsident
diese
Ergebnisse?

Bei dem Gespräch mit Herrn Gorbatschow beschlossen wir, eine gemeinsame Erklärung auszuarbeiten, die wir gemeinsam unterschreiben werden und die zum Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern wird. Diese Erklärung ist sehr kurzgefaßt, doch ich betrachte sie als sehr wichtig. Dort ist davon die Rede, daß die Beziehungen zwischen unseren Ländern und Völkern von nun an auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der vollen gegenseitigen Achtung der staatlichen Souveränität beruhen werden.

Die Erklärung eröffnet breiten Raum für den Abschluß neuer Abkommen im wirtschaftlichen, kulturellen, politischen Bereich u. a. Wir meinen, daß der Entwicklung vielfältiger Formen der Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen eine solche allgemeine Grundsatzklärung besser dienen wird als ein ins Detail gehender Vertrag, der eine solche Zusammenarbeit in gewisser Weise beschränken und hemmen würde. Überdies läßt der allgemeine und grundsätzliche Charakter der Erklärung hoffen, daß sie ihre Bedeutung lange behalten wird.

Natürlich berührten wir im Gespräch mit Herrn Gorbatschow einen weiten Kreis von Problemen, darunter die deutsche Frage. Wir legten unsere Positionen dar und stellten fest, daß sie einander sehr ähnlich sind. Ich bin nicht bevollmächtigt, hier die Auffassung von Herrn Gorbatschow darzulegen. Doch was meine Haltung angeht, so möchte ich wiederholen, daß ich überzeugt bin: Der Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands muß im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses erfolgen. Er darf nicht zu einem Hindernis werden, das die Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses bremst, sondern muß im Gegenteil ein Motor sein, der diesen Prozeß beschleunigt.

Die Außenminister unserer Länder unterzeichneten bei dem Besuch bekanntlich ein Abkommen über den vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen, die sich auf dem Territorium der Tschechoslowakei befinden. Auch ein konkreter Zeitplan für diesen Abzug wurde abgestimmt. Die letzten sowjetischen Einheiten müssen bis zum 30. Juni 1991 die CSSR verlassen haben. Allerdings habe ich Herrn Gorbatschow gebeten, diesen Prozeß zu beschleunigen, damit die Kampfverbände der sowjetischen Streitkräfte – fünf Divisionen mit Kriegstechnik und den dazugehörigen Truppenteilen – im Laufe des Jahres, bis zum 26. Februar 1991, aus der CSSR abgezogen werden. Herr Gorbatschow seinerseits sagte, es wäre gut, wenn das beide Seiten verwirklichen könnten. Nichtsdestoweniger vereinbarten wir, in dem Abkommen das Datum des 30. Juni beizubehalten, damit, falls ein Jahr nicht ausreichen sollte, niemand das Recht hätte, von einer Verletzung des Vertrages zu sprechen.

Ich sagte in dem Gespräch, daß wir dieser

Aktion große politische Bedeutung beimessen, da wir der Meinung sind, daß ein Abzug der sowjetischen Truppen aus der CSSR zur Stabilisierung der Lage in unserem Land und in ganz Mitteleuropa beitragen würde. Zugleich informierte ich Herrn Gorbatschow über die Vorschläge, die in der Tschechoslowakei gemacht wurden, um diese nicht einfache Operation zu erleichtern. So schlagen die Eisenbahner vor, freiwillige Schichten und Brigaden zu organisieren, um beim Abtransport der Kriegstechnik und der Menschen zu helfen. Es gibt den Vorschlag, den Wasserweg zu nutzen, was billiger wäre als der Bahntransport. Baufirmen sind bereit, Fertighäuser für 100 000 Menschen in die UdSSR zu liefern.

Ich habe mir auch die Argumente der sowjetischen Seite verständnisvoll angehört. Außer den bekannten inneren Problemen, die mit der Notwendigkeit verbunden sind, die Bedingungen für die Militärangehörigen und deren Familien zu schaffen, gibt es auch den Umstand, daß die sowjetischen Truppen in den 20 Jahren ihrer Präsenz in der CSSR viele Waffen und Kriegstechnik in die Republik gebracht, diverse Bauten und Objekte errichtet haben, die man einfach nicht so schnell demontieren und abtransportieren kann. Das muß in Rechnung gestellt werden.

Um die in der Erklärung enthaltenen Prinzipien weiterzuentwickeln, wurde nicht nur ein Abkommen über den Truppenabzug unterschrieben, sondern auch eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsorganen und -kräften unserer Länder im Kampf gegen den Terrorismus, die internationale Kriminalität und die Verbreitung von Rauschgift. Dieses Abkommen hat den Charakter eines Vertrages zwischen zwei gleichberechtigten Staaten, es ist gegen kein Drittland gerichtet und kann als Beispiel für die Formulierung ähnlicher Dokumente über Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen anderer befreundeter Staaten dienen.

Ich meine, daß in der gesamten Geschichte der Beziehungen der Tschechoslowakei zur Sowjetunion die tragischsten Seiten von der Okkupation des Jahres 1968 geschrieben wurden. Für mich persönlich gehört das der Vergangenheit an – besonders mit dem heutigen Tag, da wir ein Abkommen über den Abzug der sowjetischen Truppen aus der CSSR und eine Erklärung über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der CSSR unterzeichnet haben. Und das um so mehr, da auch höchste sowjetische Stellen die damalige Invasion bereits einer kritischen Neueinschätzung unterzogen und ihre negative Haltung dazu zum Ausdruck gebracht haben.

Michail Gorbatschow und ich waren der gleichen Meinung: Der beste Weg, die dunklen Seiten der Vergangenheit zu überwinden, ist, sich der Zukunft zuzuwenden.

Stürmischer Februar

Meetings als demokratischer Alltag

Die Demokratie muß sich verteidigen — auch gegen Gerüchte, Verdächtigungen und Verleumdungen, gegen Versuche, die Opponenten als „gesellschaftsfeindliche Elemente“ und „Extremisten“ zu diffamieren, gegen Versuche, zu den Zeiten zurückzukehren, da eine wütende Äußerung „von oben“ das Ende eines Bürgers, einer Organisation, einer Bewegung bedeutete.

Die Meetings, die am 25. Februar in Moskau und Leningrad, in Charkow, Tomsk, Archangelsk, Wladiwostok und vielen anderen Städten der Sowjetunion stattfanden, vermochten sich zweifellos zu verteidigen — durch ihre Organisiertheit, durch ihre Zuversicht. Wie sich herausstellte, haben wir eine gewisse politische Reife erlangt, da wir frei, klar und ohne Ausschreitungen unsere Meinung außerhalb der eigenen Küche zum Ausdruck bringen können.

Die Behörden aber, insbesondere die örtlichen Behörden, verloren durchgehend gegenüber den Meetings, was die Ruhe und die Berechenbarkeit angeht, als hätten sie Angst vor irgend etwas.

Das erklärt sich, wie ich meine, dadurch, daß der Satz „Die Staatsmacht dient der Gesellschaft“ bei uns bislang abstrakt aufgefaßt wird. Gesellschaft bedeutet für viele die Menge, die Menge aber fürchten wir. Die Menge — das ist eine zerstörerische, schreckliche, dunkle, nicht lenkbare Gewalt. Diverse Gerüchte erklären sich durch eben diese Logik. Was ist da von der Menge zu erwarten!

Den Bürgern unseres Landes hat man noch nicht ein für allemal klargemacht, daß die Teilnahme an einem Meeting nicht Freigeisterei ist, die die Behörden bislang aus irgendwelchen besonderen, vorübergehenden Erwägungen heraus dulden. Die Meetings selbst waren in diesem Sinne von großer positiver Bedeutung für die ganze Gesellschaft, doch die Haltung ihnen gegenüber, die Haltung jener Massenmedien, die immer noch ihrem Verleger, nicht aber den Lesern dienen, war erneut nicht auf der Höhe. Glücklicherweise wurden diesmal nicht wie nach dem Meeting vom 4. Februar die Fakten ungeniert verdreht. Doch vor allem scheinen die Journalisten heute davon angetan zu sein, daß „nichts geschehen“ ist. Wieviel Zeit wird noch erforderlich sein, damit Meetings in unserem Bewußtsein endgültig nicht mehr als „Vorfälle“ abgestempelt werden? Die Presse kann nicht demokratisch sein, wenn

sie nicht größtmöglichen Respekt für alle Erscheinungsformen der Demokratie zeigen und uns diesen Respekt vermitteln wird. Sonst wird man das Denkklimaschee nicht überwinden, daß Demonstrationen nur notgedrungen geduldet werden...

Unterdes ist dem wirklich nicht so. Die Zeit, da man etwas tolerieren, erlauben konnte oder auch nicht, ist vorbei. Es wäre naiv, auf eine „erfolgreiche“ Welle der Meetingdemokratie zu hoffen, die heute hilft, morgen aber allmählich zurückgeht. Die nicht zufälligen Flutwellen haben bankrotte Spitzenpolitiker in verschiedenen Teilen des Landes weggespült.

Formell ist für Meetings und Demonstrationen in unserem Land nach wie vor eine Erlaubnis erforderlich. Doch die Meetings vom Februar demonstrieren, daß die Opposition ein neues demokratisches Niveau erreicht hat und ein machtvoller demokratischer Konsens entsteht. Wie kann man da Verbote verhängen? Die Haltung gegenüber solchen Ereignissen, gegenüber einer solchen Aktivität der Massen muß sich von Grund auf ändern — und das schneller. Notwendig ist nicht einmal der Übergang zu dem Prinzip, daß die Benachrichtigung über eine bevorstehende Demonstration ausreicht, notwendig ist ein Dialog unter Gleichen, nicht aber ein Gespräch mit der Masse... Diejenigen, die jetzt die Erlaubnis erteilen, und diejenigen, die sie erhalten, sind nicht für alle Ewigkeit an ihre jetzige Stufenleiter gebunden.

Viele Kommentatoren wunderten sich darüber, daß auf den Meetings, wie es schien, sich einander ausschließende Lösungen auftauchten — so „Fort mit der KPdSU!“ und „Für eine erneuerte KPdSU!“. Sowohl GdJ-Anhänger wie Gegner waren vertreten. Dort waren Vertreter der Parteien, deren Namen beim homo sovieticus ein gewisses Erstaunen hervorrufen. Warum war das so erstaunlich? Das uns jahrzehntelang eingehämmerte Wertesystem, dem zufolge innere Gleichschaltung gut und schöpferisch ist, unterschiedliche Meinungen aber Konflikte und weiß Gott noch was in sich tragen, tat das seine. Doch das



Foto: Dmitri Borko

Meeting zeigte das genaue Gegenteil: Man kann friedlich unter kämpferischen Losungen demonstrieren. Möglicherweise ist eine breite Zusammenarbeit in einer Gesellschaft der Bürger durchaus real. Notwendig ist nur eine allgemeindemokratische Plattform, von der man übrigens keine harten Punkte und Abgrenzungen, kein neues Feinddenken verlangen sollte. Vielmehr ist auf dieser Plattform ein Wettbewerb der Ideen, ihr härtester Kampf zulässig, ja sogar notwendig. Zusammenkünfte, Spaltungen, ein Auf und Ab... Unbedingte Voraussetzung einer solchen Gesellschaft der Bürger ist die Gleichberechtigung aller Kräfte, die die demokratische Plattform akzeptiert haben. Die führende Rolle wird ausschließlich durch das Vertrauen der Bürger zuerkannt.

...Ein guter Bekannter von mir kehrte enttäuscht vom Meeting zurück: Nach allem, was dem 25. Februar vorausgegangen war, schien es ihm auf dem Subowskaja Platz... langweilig zu sein. Offenbar sollten wir uns endlich daran gewöhnen: Meetings wie am 4. und 25. Februar gehören zum demokratischen Alltag. Sie sind heute notwendig, selbst ohne Anbindung an Daten und Ereignisse, um eine ständige demokratische Atmosphäre aufrechtzuerhalten. Sonst kann die sich umgestaltende Gesellschaft vom Weg abkommen.

Lew Jelin

Lehren der Meeting-Demokratie

Unberechtigtes Mißtrauen

Die landesweiten Meetings am 25. Februar, von deren Gefahren man so lange sprach, fanden trotz allem statt. Ohne Extremismus, ohne Skandale – und erst recht ohne Blutvergießen.

Ich meine, man hat uns da eine gewisse Lehre erteilt. Ihre Bedeutung besteht nicht nur darin, daß Hunderttausende Moskauer selbst entscheiden, was sie tun. Wichtiger ist etwas anderes: So heftig und scharf die auf den Meetings geäußerte Kritik auch war, sie zeugt geradezu exemplarisch von **Friedensliebe und Gesetzestreue**.

Die Meetings schlugen sozusagen einen Dialog mit dem oppositionell gestimmten Teil der Gesellschaft vor – einen Dialog, nicht aber ein Handgemeine. Eine demokratische Regierung muß ja an einem Meinungsaustausch über die akuten und alle bewegenden Probleme interessiert sein! Was ist vor allem in Richtung auf eine Demokratisierung, in einer, wie es den Anschein hat, allgemein anerkannten Richtung umzugestalten, und wie hat das zu erfolgen?

Mißtrauen gegenüber der eigenen Gesellschaft ist eine schlechte Art des Regierens, sie führt von der Demokratie fort. Die meisten Redner der Meetings waren ja Volksdeputierte, die das Vertrauen einer nicht geringen Zahl von Wählern haben... Das Mißtrauen erwies sich als unberechtigt. Die Meetings verliefen ruhig und organisiert. Statt hemmungslosen Machtstrebens artikulierten sich die großen Sorgen der Bürger...

Die Kritiker der „Meeting-Demokratie“ haben in vielem recht. Ja, Meetings sind kein Platz, um Beschlüsse zu erörtern und zu fassen. Ja, die Atmosphäre ist nicht immer mit Meinungsfreiheit und Streitkultur vereinbar. Ja, grundsätzlich kann sich hinter den Kulissen von Meetings Raum auch für Demagogien bieten... Ja, ja, ja... Doch das Wesen der Moskauer Meetings mit ihren Tausenden von Teilnehmern ist ein ganz anderes. Es findet seinen Ausdruck nicht in der Menge, nicht einmal in irgendwelchen konkreten Lösungen. Es offenbart sich in jedem konkreten, einzelnen Menschen, der zu einem

Meeting gekommen ist.

Es heißt, zuviel Freiheit würde dazu führen, daß alles erlaubt ist. Die geradezu unwahrscheinliche Diszipliniertheit einer riesigen Menge, die die Lösung einer friedlichen Revolution annahm und aufnahm, widerlegt diese Voraussetzung. Demokratie ohne Freiheit aber ist undenkbar. Sie trägt einen anderen Namen – Ochlokratie, Pöbelherrschaft.

Werden viele von jenen, die auf dem Subowskaja Platz begeistert „Hurra!“ und „Fort!“ schrien, unter anderen Umständen ihre Stimme gegen die konservative Mehrheit zu erheben wagen? Ich weiß es nicht, doch ich meine, daß viele dies tun würden.

Natürlich, und ich habe mich stets zu dieser Auffassung bekannt, muß die Befreiung des einzelnen unbedingt von einer Zunahme des Rechtsbewußtseins und von der Verwirklichung des Primats des Rechts im Leben der Gesellschaft begleitet sein. Doch Gesetze dürfen nicht geschaffen und angewandt werden, um die Freiheit zu beschränken – im Gegenteil, die Freiheit verwirklicht sich in einem demokratischen Rechtsstaat gerade durch das Recht. Freiheit, Demokratie und Recht sind die drei Eckpunkte eines Dreiecks. Fehlt auch nur einer dieser Punkte, führt das zur unverzüglichen Verkümmern der beiden anderen.

Sie werden da sagen: Na schön, die Februar-Meetings sind eine Schule der Demokratie. Vielleicht erhalten ihre Teilnehmer auch die ersten Lehren der Freiheit. Doch was soll da das Recht? Das Demonstrationsrecht ist ebenso wie die anderen politischen Rechte und Freiheiten keineswegs Mittel zur Erreichung irgendeines Ziels, z. B. der allgemeinen Wohlfahrt, wie das viele meinen. Doch es ist auch nicht Selbstzweck, wie andere meinen. Das Recht ist ebenso wie Freiheit und Demokratie vor allem ein Prozeß – ein tagtäglicher, komplizierter Prozeß. Wir müssen in diesem Prozeß leben, wir müssen ihn studieren – auch, indem wir die Demonstrationen verteidigen.

Sergej Kowaljow,
Mitglied der Moskauer
Helsinki-Gruppe

Unser

Wohl kaum kann man die These von der Notwendigkeit der Einführung des Amtes eines Präsidenten der UdSSR und damit eines präsidentiellen Regierungssystems, eine These, die eine so lebhafteste Reaktion auslöste, als etwas Unerwartetes bezeichnen, wie wir es in Alltag der Perestroika so oft erleben. Natürlich reifte eine solche Fragestellung heran. Das reifte in den Hirnen und vor allem in der politischen Praxis selbst heran, in der Logik und im Chaos der Umgestaltungen mit ihren nun wirklich unerwarteten Ausbrüchen sowohl konstruktiver als auch zerstörerischer politischer Aktivitäten, meist auch unterbewußter Leidenschaften. Letztere schüren unterdes eine verhängnisvolle Nostalgie nach der „harten Hand“ eines Diktators, die mit einer zivilisierten Präsidentschaft nichts gemein hat: Man braucht sie nur zu rufen, und sie wird dann selbst all diesem „Treiben“ mit der Demokratie ein Ende bereiten und allen den ihnen gebührenden Platz zuweisen.

Als Gegengewicht zu derartigen, immer noch vorhandenen Bestrebungen führte uns die Logik der Umgestaltungen der Gesellschaft zu der in Kompromissen und Konfrontationen, durch Trial and Error der Perestroika herangereiften Idee einer demokratischen Präsidentschaft, zu etwas ganz Neuem und vor noch gar nicht langer Zeit einfach Undenkbarem unter unseren Bedingungen. Diese Idee, die unterschiedlich aufgenommen wurde, erlangt nichtsdestoweniger immer klarere Umrissen. Neue Argumente und Begründungen dafür werden vorgebracht und, was am wichtigsten ist – von überzeugten Anhängern dieser Idee, die in der möglichen Schaffung eines höchsten Staatsamtes eben jenes fehlende Glied einer wirksamen, starken aber auch demokratischen Staatsmacht sahen, das eben dafür sorgen wird, daß unsere Perestroika über die Schwelle des Rechtsstaats tritt.

Wer realistisch und verantwortungsvoll denkt, sieht in der Präsidentschaft zu Recht einen qualitativen Schritt bei der Vertiefung der Reform des politischen Systems, seiner logischen Verbesserung. Es gibt für uns offenbar keinen anderen Weg zu der in der heutigen Umbruchphase der Perestroika erforderlichen starken integrierenden und koordinierenden Rolle der zentralen Staatsmacht. Der Präsident der UdSSR als Initiator wie als Garant für den kategorischen Imperativ der Konsolidierung der Gesellschaft und im weiteren als Bindeglied zwischen der Legislative und der Exekutive, als Grundlage der Stabilität des Staates.

Ich meine, nur so, konzentriert auf das Wesentliche, mit Blick auf die Zukunft, gründlich und eingehend, sollte man sowohl die Vorzüge als auch mögliche Verzerrungen in dem neu zu schaffenden Institut des Rechtsstaates analysieren. Offenbar sind viele der insgesamt konstruktiven Äußerungen über die Form präsidentieller Herrschaft unter unseren spezifischen Bedingungen bislang doch von einer etwas verengten Sicht des Gegenstandes geprägt. Oft wird sowohl mündlich als auch schriftlich die Argumentation für diese Regierungsform vom Ende her aufgeklärt: Die Präsidentschaft sei für uns alle lebensnotwendig, ausgehend vom Vorhandensein jener wirklich dramatischen Verwicklungen und Situationen, die hier und dort bei den revolutionären Umgestaltungen entstanden und ohne deren Überwindung jeder weitere Fortschritt der Umgestaltungsprozesse unmöglich ist. Nur eine starke präsidentiale Macht, eingefügt in zivilisierte Gesetze, kann die Gesellschaft, unser Land aus den sich beschleunigenden Gefahren sozialer und nationaler Konflikte herausführen.

Ja, das ist nicht zu bestreiten. Es ist nur natürlich, daß wir, die Bürger, die künftigen Wähler des Präsidenten, auf ihn auch diese Hoffnungen setzen – wohl vor allem diese. Doch es wäre, wie ich meine, übereilt, ja unverzeihlich, bereits in das Fundament des neuen Amtes eine Orientierung sozusagen auf Ausnahmesituationen, so ernst sie auch sein mögen, zu legen. Die Gesellschaft hat zur Idee eines mit allen Vollmachten ausgestatteten Präsidenten der UdSSR gefunden, wobei die reichen Erfahrungen anderer Völ-

Präsident

ker voll berücksichtigt werden, aber auch den spezifischen Zügen der Macht in einem demokratisch erneuerten sozialistischen Staat Rechnung getragen wird. Eben das brauchen wir! Der erste Bürger unseres Landes, den das Volk gewählt hat, dem es sein Schicksal anvertraut und der ihm voll rechenschaftspflichtig ist.

Ebendeshalb kann die Verengung einer von Augenblickserwägungen und Notstandssituationen bestimmten Haltung zu den Problemen der Präsidentschaft an den dramatischen Scheidewegen der Perestroika künftige Fehler bei der Errichtung dieses ganzen, so verantwortlichen und schicksalsträchtigen Systems wie einer uns unbekannten Form der Leitung von Staat und Gesellschaft vorprogrammieren.

Und ebendeshalb ist der Wunsch durchaus verständlich, im künftigen Präsidenten, der mit umfassenden Vollmachten ausgestattet ist, einen wirksamen Faktor zu sehen, der Probleme überwinden, ja abwenden, Konflikte lösen und das Land auf die Landstraße des Lebens führen kann. Doch das ist, da werden Sie mir zustimmen, nur ein Minimalprogramm. In unserem Fall aber, meine ich, geht es gleich um ein Maximalprogramm. Es geht um den Bau des Gerüsts, wenn nicht gar um die Spitze der Pyramide des Rechtsstaates und der Macht in ihm – und das nicht nur für den heutigen Tag, sondern für alle Zeiten. Ebendeshalb ist es bereits heute, gerade heute, wenn wir alle Argumente pro und contra abwägen, an der Zeit, das künftige Amt des Staatsoberhauptes, des Präsidenten der UdSSR, nicht nur, ja weniger an den Spannungsherden eines Sechstels der Erde zu messen als viel mehr an den unausweichlich kommenden „friedlichen“, gewöhnlichen Zeiten des menschlichen Seins, die – wir glauben das doch alle! – auch bei uns kommen werden.

Unterdes wollen wir eine Wohnung in dem gemeinsamen europäischen Haus beziehen, in eben jenem, das ein fester Bestandteil der gesamten menschlichen Zivilisation ist. Vor unseren Augen und ganz entscheidend unter dem Einfluß der Perestroika in der UdSSR vollziehen sich im internationalen Leben fürwahr tektonische Veränderungen. Die Menschheit versucht erneut, sich als ein untrennbares Ganzes zu sehen, sich nicht dem Streit zu widmen, sondern den obersten, den allgemeinmenschlichen Werten, sei es das Recht eines jeden auf Leben oder die Wiedergewinnung der Harmonie mit der Natur.

Das gewichtige Wort und die gewichtige Tat unseres sowjetischen Präsidenten auf internationaler Ebene erlangen in einer solchen Situation eine wirklich globale Bedeutung. Und wie ausgeglichen, weise aber auch entschieden, falls erforderlich, müssen sie den Menschen bei einer Macht erscheinen, die den Mut gefunden hat, die Epoche des neuen politischen Denkens weltweit zu verkünden. Zweifellos hat unser Land in den Jahren der Perestroika, so dramatisch die inneren Probleme auch sein mögen, seiner Entschlossenheit klar Ausdruck verliehen, das gemeinsame Haus der Menschheit und ihre Zukunft neu zu sehen. Eine angemessene präsidentiale Macht ist erforderlich, und wir werden sie in Zukunft noch mehr brauchen, auch um den Völkern der multinationalen Sowjetunion den ihnen zustehenden, würdigen Platz im System der Menschheitszivilisation zu sichern.

Die Weisheit, vor allem die Weisheit unseres ganzen Parlaments, das alle Fragen der künftigen Präsidentschaft zu lösen hat, muß meiner Meinung nach darin bestehen, a priori eine umfassende Vorstellung von diesem Rechtsinstitut für die Zukunft einer Gesellschaft zu schaffen, die die Phase der Konsolidierung der Kräfte bereits durchlaufen hat und jetzt auf ebenen Boden gelangt ist. Und deshalb sollte man sich nicht darauf konzentrieren, wovon uns das Amt des sowjetischen Präsidenten wie auch der künftige

Präsident selbst befreien soll, sondern darauf, was wir zu Recht von dieser prinzipiell neuen Einrichtung erwarten und wie wir aus ihr den größtmöglichen Nutzen für unser Land ziehen können.

Schon jetzt zeichnet sich in allgemeinen Zügen der Aufgabenbereich der Präsidentschaft ab – die oberste Kontrolle über die Respektierung der Rechte und die Sicherung der Freiheiten der sowjetischen Bürger, der Verfassung und der Gesetze der UdSSR, über den Schutz der Souveränität, der Sicherheit und der territorialen Integrität des Staates; die Verwirklichung der Prinzipien der

nationalterritorialen Ordnung der UdSSR, die weitere Entwicklung der sowjetischen Föderation; die Gewährleistung der Zusammenarbeit zwischen den höchsten Organen der Staatsmacht und der Verwaltung. Unterdes zeugen die Erfahrungen eben jener westlichen Demokratien davon, daß es einen klaren Unterschied bei den

Vollmachten und Funktionen des Präsidenten in jedem konkreten Land je nach den nationalen Traditionen, den bestehenden Gesellschaftsformationen und dem gesamten Regierungssystem gibt. Offenbar bietet sich auch hier ein gewisser Spielraum für die Behandlung durch den Kongreß der Volksdeputierten: Es geht ja um den Präsidenten eines sozialistischen, zudem noch multinationalen Landes, und wohl schon jetzt kann und muß man eine Reihe spezifischer Artikel vorsehen, die das Präsidentenamt mit möglichst umfassenden Rechten ausstatten. Und dabei sind die Möglichkeiten zu gewährleisten, das Präsidialsystem entsprechend der Entwicklung im Lande und auf der internationalen Bühne weiter zu verbessern.

Für gerade eine solche Behandlung der Aussichten auf eine „starke Präsidentschaft“, wie es in einigen Diskussionsbeiträgen heißt, spricht auch die ganz offensichtlich keine Alternative aufweisende Situation mit dem Kandidaten. Bei allen unterschiedlichen Meinungen über Michail Gorbatschow besteht kein Zweifel daran, daß er die für Perestroika und Demokratie eintretende und folglich überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat – all diejenigen, die er persönlich zu sozialisten, doch so notwendigen, unterschiedlichen Umgestaltungen mobilisierte. Doch eben dieser Einfluß einer Integrationsfigur birgt die Gefahr in sich, nach ihr die gesamte künftige Struktur maßzuschneidern, wobei man vergißt, daß auf ihn auch andere, die wir jetzt noch nicht kennen, doch deren Gesicht uns allzu bekannt ist, folgen können.

Ebendeshalb ist dies, wie ich meine, der Fall, da die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte durch die entsprechenden Gesetze, durch die gesamte demokratische Lebensweise klar zu bestimmen ist, was jegliche Diktatur eines einzelnen, eben jene „harte Hand“ völlig ausschließt, deren Muskeln verdeckt und offen als Gegengewicht zu einer zivilisierten Präsidentschaft von den Kräften der Vergangenheit, die immer noch nicht ihre Waffen gestreckt haben, aufgepumpt werden. Sie, da kann man sicher sein, werden sich selbst den geringsten Ausrutscher nicht entgehen lassen, um einen im Grunde bereits fertigen Mechanismus in die Hand zu bekommen, sollte dieser nicht von dem ebenso wirksamen Gegengewicht der tagtäglichen Kontrolle begleitet sein.

Ein präsidentiales System wird unter unseren Bedingungen nur dann den Weg in eine bessere Zukunft sichern, wenn es die Krönung der Demokratie sein wird.

Vitali Ganjuschkin

Wer gibt den Ausschlag: Reformer oder Konservative?

German Diligenski

Die Initiatoren der Perestroika und ihre offenen und geheimen Gegner koexistieren im selben Partei- und Staatsapparat und wirken unter gleichen Losungen

In den meisten osteuropäischen Ländern begannen die revolutionären Umgestaltungen mit einer Massenbewegung gegen die bestehende autoritäre Macht, und dieses Ziel verlieh ihnen Stärke und Geschlossenheit. Bei uns wurde die Perestroika von oben, genauer: von der höchsten Ebene der Partei, initiiert, und gebremst wird sie ebenfalls von mächtigen Amtsinhabern. Dieser Umstand bewirkt eine diffuse Situation, die Widersprüchlichkeit und Inkonsistenz der Reformpolitik sowie Schwankungen im Massenbewußtsein. Eine Folge davon ist wohl die Meinung, die ihren Niederschlag in Massenumfragen findet: Die Menschen sehen das größte Hindernis für die Perestroika im Fehlen eines klaren Programms, einer klaren und konsequenten politischen Lenkung der gesellschaftlichen Erneuerung.

Mythologie der Umgestaltung

Ein Paradox unseres politischen Lebens ist, daß Aktivität bei der Umgestaltung Unterstützung für die höchste politische Führung und zugleich Opposition zu der von ihr geleiteten Bürokratie bedeutet. Deshalb wird die Umgestaltung nur dann real vorankommen, wenn sich die Kräfte in Partei, Staat und Gesellschaft genauer abgrenzen und eine eindeutige Antwort auf die Frage „Wer ist wer?“ gegeben wird. Nicht von ungefähr vermeiden vor allem Menschen eine solche Klarheit, die keine radikale Erneuerung unserer Gesellschaft wollen und sich an überholte Dogmen klammern. So erfuhren wir aus einer Ansprache beim jüngsten ZK-Plenum voller Staunen, daß es bei uns weder Radikale noch Konservative gebe; was wir hätten, seien nur ehrliche Perestroika-Anhänger sowie gewisse „antisozialistische Kräfte“, die der Redner in den gleichen Topf mit den Nationalisten und Separatisten warf. Wozu dieser Trick gut sein sollte, liegt auf der Hand: die Gegner der Macht des Apparats und die Gegner radikaler Reformen durch ihre künstliche Vereinigung mit Pogromhelfern und Faschisten (bei uns höflich Extremisten genannt) anzuschwärzen.

Die reale Geschichte der Perestroika hat mit dieser Mythologie nichts gemein. Die Massenbewegung für eine wahre Umgestaltung und Demokratisierung nimmt unablässig an Stärke zu und zählt zu ihren Erfolgen die mächtvollen Streikwogen der Grubenarbeiter, die „Revolutionen auf Gebiets-ebene“, durch die viele örtliche Leiter entmachtet wurden, und den Kampf der Kommunisten für eine demokratische Umstrukturierung der Partei. Mit der Zeit werden jedoch auch die Schwächen dieser Bewegung immer offensichtlicher. Die wichtigste ist wohl, daß eine einheitliche landesweite Organisation fehlt: Die Bewegung ist in zahlreiche nur lose miteinander verbundene Gruppen und Strömun-

gen gespalten. Die Einheit der Bewegung wird in erster Linie durch die Verschärfung des Nationalitätszwistes untergraben. In vielen Republiken gewinnen die wahren oder imaginären nationalen Interessen unverkennbar die Oberhand über die Ziele der Umgestaltung. Als Folge entfaltet sich der unmittelbare Massenkampf für diese Ziele hauptsächlich in der Russischen Föderation und in einigen Teilen der Ukraine. Doch auch dort macht sich die Zersplitterung der Umgestaltungskräfte bemerkbar und werden Versuche unternommen, die Massenbewegung in den nationalen bzw. ethnischen Rahmen einzuzwängen, bzw. mit einem konservativ-populistischen Programm zu wappnen. Praktisch hat die demokratische Massenbewegung keinen leitenden Kern: Die radikale Strömung, die sich unter den Deputierten herausgebildet hat, vermag, da innerlich ungleich und ohne wohldurchdachte Taktik, diese Rolle nicht zu spielen.

Das Prestige der radikalen Reformer wurde hochgradig durch die gewaltige Autorität des verstorbenen Akademiemitglieds Sacharow gestärkt: Er weihte gleichsam die politischen Zielsetzungen der Radikalen, verlieh ihnen den Sinn eines hohen ethischen und sozialen Ideals. Nur ein Mann von diesem Format konnte sich um prinzipieller strategischer Ziele der Erneuerung des Landes willen über Erwägungen der politischen Taktik hinwegsetzen. Ohne Sacharow können es sich die radikalen Reformen nicht mehr leisten, sie müssen jetzt auf die Binsenwahrheit Rücksicht nehmen: Politik ist die Kunst des Machbaren.

Konservative und ihre Basis

Man brauchte die Widersprüche und Schwächen des radikalen Reformertums vielleicht nicht so ausführlich zu analysieren, aber sie haben dazu beigetragen, die konservativen Strömungen zu beleben und zu aktivieren. Konservative im Apparat haben sich von jenem Schock, den die Ergebnisse der vorjährigen Wahlen für sie waren, allmählich erholt und gehen daran, ihre Reihen zusammenzuschließen. Von passivem Widerstand gegen die Perestroika, von einer rein emotionalen Negation der Entwicklung von Glasnost und Pluralismus geht der konservative Teil des Apparats zu einem zielgerichteten politischen Kampf über. Dazu muß er den gewohnten psychischen Komplex der rangbedingten Unterordnung und der (wenigstens rein formalen, deklarativen) Befolgung der „Weisungen von oben“ überwinden. Die Ansprachen einiger Parteifunktionäre bei Plenartagungen und Beratungen im ZK der KPdSU, bei örtlichen Parteiforen wie auch das stark beachtete Meeting in Leningrad zeigen: In diesem Milieu formt sich eine harte Opposition zum Zentrum und Generalsekretär.

Die konservative Strömung ist offensichtlich bemüht, eine ihrer größten, durch die Wahlen im

vorigen Frühjahr deutlich gewordenen Schwächen zu bekämpfen: das Fehlen einer richtigen Massenbasis. Auf der Suche nach einer solchen Basis nutzt sie die breite und wachsende Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage, dem Zerfall des Verbrauchermarkts, mit der Unordnung und Schlampe in den verschiedensten Bereichen des Alltags, schließlich die sich verschärfenden ethnischen Widersprüche. Besonders große Anstrengungen werden unternommen, um ein inländisches „Feindbild“ zu schaffen. Zu diesem Zweck vermischt man die Schattenwirtschaft und die Genossenschaften, die Wirtschaftswissenschaftler und die Massenmedien, informelle Bewegungen und Politiker, die angeblich von der Rückkehr zum Kapitalismus und vom Ausverkauf des nationalen Territoriums träumen, zu einem unentwirrbaren Knoten. Es gibt auch durchsichtige Anspielungen darauf, daß zwischen diesen „subversiven Kräften“ und der politischen Führung Verbindungen bestünden.

Ein neuer Block

Die separatistischen Stimmungen in einigen Republiken und Schritte, die die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung schmälern, geben den Konservativen die Möglichkeit, auch das nationalistische Syndrom des Massenbewußtseins zu eigenen Zwecken auszunutzen und den demokratischen Kräften die Förderung des „Russenhasse“ zuzuschreiben. Auf diesem Boden festigt sich der auf den ersten Blick unnatürliche Block von Anhängern des stalinistischen „Sozialismus“ und der russischen Monarchie. Übrigens unterscheidet sich die weißgardistische Kritik an der Oktoberrevolution nicht so sehr vom „Marxismus-Leninismus“ der Stalinschen und Shdanowschen Prägung: Beide Strömungen sind nur verschiedene Äußerungsformen desselben politischen Ideals, der vielzierten „Ordnung“, die auf imperialen und nationalistischen Werten sowie einer harten despotischen Macht beruht. Es ist kein Zufall, daß die „klassenmäßige Position“ in den Reden der heutigen Neostalinsisten so

eng mit Chauvinismus und Antisemitismus verflochten ist.

Ebenso natürlich ist, daß nicht nur die Innenpolitik, sondern auch die auf neuem Denken fußende Außenpolitik beim Februar-Plenum des ZK so wütend angegriffen wurde. Die Kritiker sind empört, daß unser Land die Rolle eines Gendarmen für Osteuropa ablehnt und daß wir freundschaftliche Beziehungen zur neuen polnischen Regierung unterhalten. Am liebsten würden sie unseren führenden Außenpolitikern die „Schuld“ an den Revolutionen in den osteuropäischen Ländern geben und auf die „Breshnew-Doktrin“ zurückgreifen. Wie man sieht, geht es also nicht um taktische Differenzen, sondern um Versuche, die imperiale Ideologie und Politik wiederzubeleben und Gorbatschows außenpolitischen Kurs zu durchkreuzen.

Inwiefern gelingt es dem Konservatismus, eine Massenbasis zu gewinnen? Eine Antwort gibt die Tätigkeit der Vereinigten Front der Werktätigen. Diese Bewegung ist wohl Ausdruck der Gesinnung jenes Teils der Massen, besonders der Arbeiter, die die Verwirklichung materieller und sozialer Ziele der Perestroika (höherer Lebensstandard, Würde des Arbeitenden) anstreben, jedoch wenig von ihren ökonomischen Grundlagen wissen. Wie soziologische Forschungen zeigen, unterstützen Arbeiter und einfache Angestellte gern Richtungen der Wirtschaftsreform wie die wirtschaftliche Selbständigkeit staatlicher Betriebe und Territorien, Pacht und Farmen, keineswegs aber die Genossenschaft und individuelle Erwerbstätigkeit. Im Herbst 1989 billigten 20 % aller Befragten und nur 13 % der Arbeiter die Heranziehung von Auslandskapital zu unserer Wirtschaft; anders ausgedrückt sind breite soziale Schichten unserer Gesellschaft bereit, die Wirtschaftsreform zu unterstützen, aber nur, wenn sie die Verbindung zwischen der Arbeitstätigkeit des einzelnen und dem Staat als Eigner aufrechterhält. Die Menschen wünschen sich diese Verbindung lokaler, flexibler und „freier“ (Selbständigkeit, Pacht), haben aber offensichtlich Angst, sie gänzlich abubrechen, da sie

in der Rolle des Staats als Eigner eine Garantie ihres sozialökonomischen Schutzes sehen.

Arbeiter ohne die Intelligenz?

Es wäre falsch, die Vereinigte Front der Werktätigen nur als Äußerung konservativer Tendenzen zu betrachten. Sie spiegeln auch das zunehmende Streben der Werktätigen wider, die im Land vor sich gehenden sozialökonomischen und politischen Prozesse unter Kontrolle zu nehmen. Gerade diese demokratische Tendenz der Massenbewegung, die Suche nach aktiver Einwirkung auf die Lösung überfälliger Probleme im Leben unserer Gesellschaft klingt z. B. aus den Worten des Volksdeputierten W. Jarin: „Das Ziel der Vereinigten Front der Werktätigen besteht nicht im Kämpfen, sondern darin, den arbeitenden Menschen wieder an die normale politische Tätigkeit heranzuführen.“

Wie die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung bezeugen, wird ihre Anfangsetappe, in der sie auf die Befriedigung der ökonomischen und sozialen Forderungen der im Lohnverhältnis Stehenden (von Lohnerhöhung bis zu allgemeinem Wahlrecht) drängt, früher oder später durch den Kampf für eine reale Teilnahme an der wirtschaftlichen und politischen Macht abgelöst. In der ersten Etappe rücken natürlich die besonderen Gruppeninteressen der Arbeiterklasse in den Vordergrund, in der zweiten nimmt die Fähigkeit der Arbeiterbewegung, im Interesse der ganzen Gesellschaft zu wirken sowie objektive Gesetzmäßigkeiten und optimale Entwicklungswege der Wirtschaft zu erkennen und sich zunutze zu machen, immer größere Bedeutung an. In unserem Land begann der Übergang von der ersten zur zweiten Etappe mit der direkten revolutionären Machteroberung, wurde jedoch bald abgebrochen: Der von der Arbeiterklasse entfremdete bürokratische



Zeichnung: Igor Schejin

Apparat monopolisierte die Macht. So wurde diese Etappe faktisch nicht verwirklicht, und die Arbeiterbewegung selbst verließ die gesellschaftliche und politische Bühne für Jahrzehnte. Ihre Wiedergeburt im Zuge der Perestroika ist durch diese historische Unterbrechung gekennzeichnet: Die Arbeiterbewegung trägt notwendigerweise archaische Züge der ersten Etappe. In bestimmten Schichten der Arbeiterklasse sind der Protest und das Gefühl, übervorteilt zu sein, stärker als die soziale Verantwortung und die Mentalität des Herrn des Staates. Demgemäß überwiegt das „geschlossene“ Gruppenbewußtsein, in dem die Arbeiter den anderen sozialen Schichten entgegengesetzt sind, die Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Interessen. Zugleich erfordert die Krise der administrativen Kommandogewalt von der Arbeiterbewegung gebieterisch einen raschen Übergang auf konstruktive Positionen in Fragen der Wirtschaftsleitung. Diese Tendenz erstarkt in der Arbeiterklasse, besonders in ihren organisiertesten und gebildetsten Schichten, unverkennbar.

Da nur auf eigene Ziele bedacht, ist die Arbeiterbewegung außerstande, ein ganzheitliches Programm sozialer Umgestaltungen selbständig, ohne Hilfe von Fachkräften, von Angehörigen der Intelligenz auszuarbeiten und zu verwirklichen. In dieser Hinsicht sieht sich unsere Arbeiterbewegung in einer recht schwierigen Situation. Die radikalen Reformgruppen der wissenschaftlichen und anderen Intelligenz beachten die spezifischen Sorgen und Interessen der Arbeiterklasse mitunter ungenügend; die hitzigsten Eiferer des Marktes machen sich wenig Gedanken über mögliche negative Folgen einer beschleunigten Durchsetzung der Marktbeziehungen; ideologische Schlachten und die Interessen der eigenen Fraktion beschäftigen so manchen Radikalen mehr als die unmittelbaren Nöte und Besorgnisse der einfachen Werktätigen. In der Ideologie der Perestroika entsteht eine gähnende Bresche, in die die konservativsten Gruppen der Intelligenz eindringen.

Was die Vereinigte Front verspricht

Die dynamischsten Ideologen des Konservatismus wissen sehr wohl, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen aussichtslos ist, die Sowjetbürger unter das Banner des Stalinschen oder Breshniewschen „Sozialismus“ (im Geiste von Nina Andrejewas Manifest) zu rufen. Der Konservatismus, der sich ebenfalls umgestaltet, versucht, die Waffe der sozialen Kritik auf seine Art zu nutzen. Er tritt gegen eine „korrumpierte Bürokratie“, gegen Privilegien des Parteiparats auf. Das populistische Vokabular in der Plattform der Neokonservativen dient ihnen als Tarnung für ihren ideologischen Inhalt, als Instrument zu Diffamierung der Hauptziele der Perestroika. Die Entwicklung der Marktbezie-

hungen und der für unsere Gesellschaft neuen Formen der repräsentativen pluralistischen Demokratie löst im konservativen Lager eine energische Ablehnung aus.

Um die Unzufriedenheit der Massen gegen die Orientierung auf die Marktwirtschaft zu kanalisieren, schreiben die Konservativen die Verschlechterung der Wirtschaftslage dieser Orientierung zu. Sie geben sich nicht die Mühe, ihre These halbwegs zu belegen, und das ist kein Zufall: Vorläufig gibt es bei uns keine Entwicklung eines wirklichen Marktes. In dem vom Kongreß der Volksdeputierten bestätigten Regierungsprogramm ist die Verwirklichung der Wirtschaftsreform faktisch bis zu

Wer geht zum Angriff über?

besseren Zeiten aufgeschoben. Die Aktivierung des Schattenmarktes ergibt sich aus dem Fehlen eines normalen, lies: durch Gesetz geregelten und zivilisierten Marktes. Ebenso wie viele andere Krisenerscheinungen ist sie Produkt des Verfalls des staatlich-bürokratischen Wirtschaftssystems (im Grunde sollte man von einem Anti-Wirtschaftssystem sprechen). Jene „sowjetische Bourgeoisie“, jene Geschäftsmacher aus der Schattenwirtschaft, gegen die sich die Vereinigte Front der Werktätigen wenden, sprießen gerade auf diesem Boden, darunter in der Handels-, Staats-, Partei-, Gewerkschafts- und Ressortbürokratie. Ein vom Staat regulierter sozialistischer Markt würde den Unternehmertegeist, die Geschäftstüchtigkeit und die Initiative der Menschen in den Dienst am ganzen Volk stellen. Nur ein solcher Markt und nicht eine Geldreform oder eine Erbschaftssteuer wäre in der Lage, die Positionen der Bourgeoisie aus dem Untergrund zu untergraben. Die Stärke des Untergrundgeschäfts liegt nämlich im bürokratischen System der Wirtschaftsleitung, in der permanenten Krise und Verknappung, die von diesem System ständig hervorgebracht werden. Nur sehr naive Menschen können glauben, diese „Bourgeoisie“ könne durch Geldbeschlagnahme „als Klasse“ abgeschafft werden.

Sie braucht ihr Kapital nicht in Sparkassen oder im Sparstrumpf zu halten, sie hat viele Möglichkeiten, es in materielle Werte oder frei konvertierbare Währungen zu investieren.

Hochqualifizierte Arbeiter, Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Bauern, die in gutgehenden Kolchosen arbeiten oder Erzeugnisse ihrer Nebengewirtschaft auf dem Markt absetzen, schließlich Beschäftigte in den klimatisch besonders schwierigen Regionen des Landes haben solche Möglichkeiten nicht. Auf alle diese Schichten mit einem relativ hohen Einkommen, das sie nicht auf dem Verbrauchermarkt realisieren können, würde

sich eine repressive Währungsreform am schmerzlichsten auswirken.

Eine noch schwerere Folge dieser Reform wäre der endgültige Vertrauensschwund gegenüber dem Staat und seiner Wirtschaftspolitik. Kann man einen Staat noch Rechtsstaat nennen, wenn er seine Schwierigkeiten durch Beschlagnahme des Eigentums der Bürger überwindet? Solche Maßnahmen sind dazu angetan, das Chaos in allen Bereichen des Wirtschaftslebens nur noch zu verstärken, die soziale und politische Krise nur noch zu vertiefen. Der Kampf gegen nichterarbeitete Einkünfte kann nicht mit den Stalinschen Methoden von Repressalien gegen große Gruppen der Werktätigen geführt werden, er erfordert zivilisierte Wirtschafts- und Rechtsmechanismen, und diese müssen her.

Auf besonders heftigen Widerstand der Konservativen stoßen die Ideen des Pluralismus der Eigentumsformen, denn er läßt u. a. auch ein erarbeitetes Privateigentum zu. Es wird behauptet, Privateigentum sei unlösbar mit dem Kapitalismus, mit der Ausbeutung der Lohnarbeit verbunden. Solche Erwägungen könnten unseren Bürgern, deren theoretische Kenntnisse auf dogmatischen, durch die gegenwärtige Realität nicht bestätigten Stereotypen beruhen, überzeugend scheinen. Vom Standpunkt des Marxismus existiert die Ausbeutung, sofern der Eigentümer von Produktionsmitteln dem Lohnarbeiter in Form des Lohns nur den Wert seiner Arbeitskraft (d. h. nur das, was für die Reproduktion seiner Arbeitsfähigkeit notwendig ist) bezahlt, alles andere dagegen – den vom Arbeiter erzeugten Mehrwert – sich aneignet. Zu Marx' und Lenins Zeiten war die Aneignung des gesamten Mehrwerts oder seines größeren Teils für die Beziehungen der Lohnarbeit typisch. Selbstverständlich besteht diese Aneignung auch im heutigen Kapitalismus, doch erhalten die meisten Arbeiter in den kapitalistischen Industrieländern gegenwärtig einen Lohn, der ihnen die Befriedigung von Bedürfnissen ermöglicht, welche weit über den Rahmen des für die Reproduktion ihrer Arbeitskraft Notwendigen hinausgehen.

Zudem führt die heutige kapitalistische Wirtschaft zunehmend Technologien ein, bei denen oft der Einsatz von einigen wenigen hochqualifizierten und hochbezahlten Beschäftigten genügt, um ausgedehnte Produktionsabschnitte in Gang zu halten. Unter solchen technischen Bedingungen hört die Ausbeutung der Werktätigen auf, eine wesentliche Quelle des kapitalistischen Profits zu sein. Offenbar ist auch eine andere gängige Vorstellung ernsthaft zu überprüfen: die Vorstellung, als sei der hohe Lebensstandard der Arbeiter in den kapitalistischen Industrieländern auf die Ausbeutung der Völker der Dritten Welt zurückzuführen. Gründliche Forschungen sowjetischer und ausländischer Wirtschaftswissenschaftler widerlegen diese These in so mancher Hinsicht. Zudem ist bekannt, daß einige Entwicklungsländer Auslandskapital und die Tätigkeit multinationaler

Konzerne dazu genutzt haben, eine moderne dynamische Wirtschaft zu schaffen, die den Werktätigen einen wachsenden Lebensstandard sichert.

Die wichtigsten Faktoren, die den sozial-ökonomischen Inhalt der Lohnarbeitsverhältnisse verändert haben, sind erstens ein hohes technisch-ökonomisches Niveau und eine hohe Effektivität der Produktion und zweitens die Stabilisierung der sozialen und politischen Positionen der Werktätigen in der kapitalistischen Gesellschaft. Das hat ihnen die Möglichkeit gegeben, alle Aspekte der Tätigkeit von Betrieben und die Politik des Staates zu beeinflussen.

Diese Erfahrungen sind von großer Bedeutung für unsere Perestroika. Sie zeigen, daß mit dem Privateigentum verbundene Gefahren durchaus verhütet werden können, wenn es unter demokratischer Kontrolle der Werktätigen und ihres Staates steht und wenn die Werktätigen reale Möglichkeiten haben, bei Entscheidungen, die ihre Wirtschaftslage betreffen, mitzusprechen. In unserer heutigen realen Situation sind jedoch die schreiende Mittellosigkeit und die elementare Armut der Werktätigen eine Folge nicht des bei uns doch nichtexistenten Privateigentums, sondern des staatlich-bürokratischen Herrschaftssystems, das ausgeprägte Ausbeutereigenschaften hat. Die beste Arznei gegen die Ausbeutung sind wirtschaftlicher Fortschritt und konsequente Demokratie.

Diktatur und Demokratie

Wie sieht nun das positive Programm der Vereinigten Front der Werktätigen aus? Ihre Ideologen wollen eine Prosperität auf der Basis einer „aufwandarmen Wirtschaft“ erreichen, die durch zentralgeleitete Einführung von Spitzentechnologien zustande kommen soll; dieselbe zentrale Planung wird die Befriedigung der in Datenbanken erfaßten konkreten Bedürfnisse der Werktätigen und umweltfreundliche Technologien gewährleisten. Ein allmächtiges Zentrum wird also, computergestützt, entscheiden, wie die Bedürfnisse eines jeden von uns zu sein haben, und nach seinem Ermessen alle Charakteristika der Tätigkeit von Betrieben festlegen. Der Befehl von oben bleibt der einzige Stimulus des Funktionierens und der Entwicklung der Wirtschaft. Im Grunde wird uns die Rückkehr nicht einmal zum administrativen Kommandosystem vorgeschlagen, sondern die Wiedergeburt des Kriegskommunismus, der nur durch moderne Wörtchen wie „aufwandarme Wirtschaft“ oder „Datenbank“ verbrämt ist.

Nicht mehr „Innovatives“ bieten die politischen Perspektiven, die die Ideologen der Front der Werktätigen vor uns ausbreiten.

In ihren Äußerungen finden wir nicht wenig durch und durch demokratische, von der Perestroika hervorgebrachte Lösungen: Abschaffung der Nomenklatura-Privilegien, direkte Wahl der Parteikomitees bis hin zum Zentralkomitee der Partei, Säuberung des Apparats von korrumpierten Ele-

menten. Alles gut und schön, wenn die „Frontkämpfer“ nicht all diese Demokratie in die eigene Lösung „Diktatur der Arbeiterklasse“ integriert hätten (wie das etwa R. Kossolapow tut). Aus eigener historischer Erfahrung wissen wir nur allzu gut, wie illusorisch Versuche sind, Diktatur mit Demokratie zu vereinbaren. Jede Diktatur ist in ihrem Wesen eine auf Gewalt gestützte, von der Gesellschaft nicht beschränkte, nicht kontrollierte Macht, die keine Opposition, kein Andersdenken duldet. Eine solche Macht ist nicht anders auszuüben als durch ihre uneingeschränkte Delegation von unten nach oben, durch völlige Entmachtung der Mehrheit der Bürger. Auch

War das ein Sieg der Perestroika-Kräfte?

der Angehörigen jener Klasse, in deren Namen die Diktatur ausgeübt wird. In der Gesellschaft von heute kann die Lösung der Klassendiktatur nur eins bedeuten: den Aufruf zur Wiederherstellung des Totalitarismus, wie sehr man ihn durch Wahlen nach dem Produktionsprinzip oder nach dem obligatorischen Anteil der Arbeiter an den obersten Partei- und Staatsorganen auch schmücken mag.

Eine demokratische Erneuerung unserer Gesellschaft wird kaum möglich sein, wenn sich die Arbeiterklasse nicht zur entscheidenden Kraft entwickelt. Wie die Bergarbeiterstreiks und viele andere Ereignisse zeigen, schlägt die sich wiederbelebende Arbeiterbewegung gerade diesen Weg einer aktiven Teilnahme am allgemeinen demokratischen Prozeß ein. Wer dagegen unter der Lösung „Diktatur der Arbeiterklasse“ diese Klasse selbst von diesem Prozeß, von den demokratischen Bewegungen und Instituten zu isolieren trachtet, der drängt sie wieder in die Vergangenheit ab: zu jener Rechtlosigkeit und totalen Abhängigkeit, von denen die Perestroika sie eben erst zu befreien beginnt.

Das Moment der Wahrheit

Die Ergebnisse des Februar-Plenums des ZK der KPdSU waren für viele im In- und Ausland eine völlige Überraschung. Die Aktivierung der konservativen Kräfte zugleich mit dem Anwachsen krisenhafter, in vieler Hinsicht katastrophaler Erscheinungen schuf eine ernsthafte Bedrohung für den gesamten Perestroika-Kurs. Ein britischer Sowjetologe, mit dem ich mich etwa drei Wochen vor dem Plenum unterhielt, fragte besorgt, ob Gorbatschow sich halten würde. Die Beschlüsse des Plenums sind eine schwere Schlappe der Konservativen.

Entscheidend waren zwei Faktoren. Erstens Gorbatschows konsequente Haltung. Wie sehr uns die Schwankungen

innerhalb der höchsten Führung des Landes in diesen oder jenen Fragen der Wirtschafts-, der Nationalitäten- und der Kaderpolitik auch beunruhigen mögen, sie hat erneut das zentrale Ziel ihres Kurses bestätigt: demokratischer, humaner Sozialismus.

Zweitens sagten die Massen, der politisch aktivste Teil des Sowjetvolkes, im entscheidenden, kritischen Moment, in der Zeit unmittelbar vor dem Plenum, ihr gewichtiges Wort. Hätte es nicht die „Revolutionen auf Gebietsebene“, die machtvollen Kundgebungen und Manifestationen zum Schutz der Demokratie und Perestroika, die erwachte Bewegung für die Demokratisierung der Partei selbst gegeben, so hätte das Plenum durchaus anders ausgehen können. Die erwähnten Ereignisse haben sicherlich viele Teilnehmer des Plenums umgestimmt, denen noch ein Monat zuvor ein Sich-Vergreifen an Artikel 6 oder die Prinzipien der Mehrparteiensystem und innerparteilicher Pluralismus eine unverzeihliche Ketzerei schienen. Diese Menschen verstanden: Nur wenn sie Gorbatschow und seine Linie unterstützen, können sie hoffen, auf ihren Stellen zu bleiben (obwohl ich persönlich nicht überzeugt bin, daß diese Hoffnungen begründet sind). Zugleich trug die Massenbewegung zur Herauskristallisierung jener Strömung im Parteiapparat bei, die man vernünftig nennen könnte. Die Angehörigen dieser Strömung verstehen Bedeutung und Ausmaße der Wandlungen in unserer heutigen Gesellschaft und sind ehrlich bestrebt, entsprechende politische Schlüsse zu ziehen.

Es wäre jedoch ein schwerer Irrtum, das Plenum für einen endgültigen, unumkehrbaren Sieg der Perestroika-Kräfte zu halten. Es hat eine günstigere politische Situation geschaffen für die Lösung der schwierigsten Probleme der Perestroika (Wirtschaft, ethnische Beziehungen), die Probleme selbst jedoch nicht gelöst. Der Erfolg wurde dem Plenum durch den faktischen Block der obersten politischen Führung mit der Volksbewegung gesichert. Die Festigkeit dieses Blocks, vor allem aber die praktische Realisierung des Kurses des Plenums wie auch überhaupt der Perestroika und Wirtschaftsreform sind undenkbar ohne radikale Veränderungen im ganzen Machtapparat: in der Zusammensetzung und in den Funktionsprinzipien. Sonst bleibt jene Sackgassensituation bestehen, von der ein Vertreter der Donez-Bergarbeiter beim Plenum sprach: Zwischen die politische Führung und das Volk habe sich der Apparat geschoben und hemme vorläufig beträchtlich das Handeln der Perestroika-Kräfte. Im Vorfeld der Wahlen zu den Staats- und Parteiorganen müssen wir das alles bedenken.

Vereinigtes Deutschland – Gefahr für Europa?

Prof. *Daniil Proektor*

Sie schreiben in der NZ, jetzt sei die Zeit der Erkenntnis und des Abschieds von den Illusionen gekommen. Das stimmt nicht! Die Illusionen beginnen erst. Zur Erkenntnis werden wir erst viel später gelangen, wenn sich die beiden Deutschlands vereinigen und es sich nach Osten drängen wird, um ihren Lebensraum bis zur Wolga auszuweiten. Es wäre naiv zu meinen, sie hätten Stalingrad vergessen!

I. Krasnikow

Shukowka,
Gebiet Brjansk, RSFSR

Bedeutende Veränderungen vollziehen sich in Europa. Es ist sein historisches Schicksal, das dynamischste Zentrum der Welt zu sein. Zeitweilig hat es nur den Anschein, als gäbe es in den europäischen Angelegenheiten Phasen der Ruhe. In jener steilen politischen Kurve, die Europa jetzt nimmt, müssen alle Europäer ein Höchstmaß von Können zeigen, um nicht vom Weg ins 21. Jh. abzukommen.

Auf diesem Weg warten überaus schwere Prüfungen auf uns. Die Perestroika in der UdSSR ist die wichtigste von ihnen. Von ihrem Erfolg oder Mißerfolg hängt sehr stark der weitere Weg in die europäische Zukunft ab. Die Revolutionen in Osteuropa haben dem administrativen Kommandosystem den Todesstoß zugefügt. Doch werden nicht Ruinen den Weg versperren?

Der Bankrott des alten Systems wird von ideologischen Erdbeben begleitet. Das „weltanschauliche Fiasko“ in den Ländern Osteuropas verlangt, das Vakuum mit neuen Werten zu füllen. Die Suche nach ihnen führt, wie die Geschichte zeigt, zu gesellschaftlichen Umwälzungen, deren Ausgang nur schwer abzusehen ist. Und doch hat der Übergang Osteuropas zu einer neuen Qualität eine gesunde Grundlage. Zu lange wollte man bei uns die Beziehungen zu Osteuropa nicht so sehen, wie sie in Wirklichkeit waren, sondern so, wie man das wollte. Mit der Zeit wird sich eine reifere Zusammenarbeit anbahnen – eine normale und freundschaftliche Zusammenarbeit. Und das ohne Umarmungen und Freundschaftsküsse auf dem Flughafen!

Eine weitere Prüfung auf Europas Weg ist die Schaffung des EG-Binnenmarktes, dieses neuen starken wirtschaftlichen und politischen Zentrums, im Westteil des Kontinents. Was wird er für das übrige Europa bedeuten? Wird er auch ein militärisches Zentrum werden? Wird der EG-Binnenmarkt zur „Festung Europa“ werden oder aber wird er sich gegenüber dem Osten ebenso wie gegenüber dem Westen und dem Süden öffnen? Und schließlich wird er nicht wie eine aerodynamische Röhre die Wirtschaft der osteuropäischen Länder absorbieren?

Es gibt eine weitere Prüfung auf diesem Weg – ein entmilitarisiertes Europa. Jetzt sehen wir besonders deutlich, wie entsetzlich der kalte Krieg war, der den geschichtssträchtigen Kontinent in ein militärisches Monstrum verwandelte. Die Historiker werden noch klären müssen, ob der kalte Krieg unvermeidlich war oder ob er durch die mangelnde Kompetenz der Regierenden, durch Ambitionen, Ängste und wüsten gegenseitiges Mißtrauen ausgelöst wurde? Wie dem auch sei, Europa überwindet den Zustand des kalten Krieges, und die sowjetische Politik hat hier ihr entscheidendes Wort gesagt.

Europa wird entmilitarisiert. Sein alter, traditioneller Militarismus ist gründlich abgewertet. Er verliert sein früheres Image direkt vor den Augen des europäischen Publikums, das darüber

alles andere als traurig ist. Und die kühnsten und die Freiheit am meisten liebenden Europäer beginnen sich (horribile dictu!) Gedanken darüber zu machen, daß man auch ohne Blöcke auskommen könne, daß es ohne sie vielleicht sogar besser, nicht aber schlechter wäre.

Wo sind dann hier die Hindernisse? Sie liegen darin, daß niemand wirklich so recht weiß, wie dieses blockfreie friedliche Europa tatsächlich zu schaffen ist. Und alle greifen instinktiv wieder zu der militärischen Idee, zu den Blöcken – wenn auch nicht zu den jetzt bestehenden, sondern zu irgendwie „besseren“. So ist es eben ruhiger, „stabiler“.

Die **Militarisierung des Bewußtseins** ist wohl das schwerste Hindernis. Ich fürchte, daß man für seine Überwindung sehr viel Zeit brauchen wird. Hier gibt es besonders viel Konservatismus, besonders viele Dogmen. Sie sind überholt, weil sie im krassen Kontrast zum neuen europäischen Denken stehen. Europa befindet sich in einer grandiosen technologischen Revolution, im Aufbau einer Informationsgesellschaft, und je umfassender es gelingen wird, den Weg von den Relikten des militaristischen Denkens zu säubern, desto leichter werden wir es in Zukunft haben. Wir aber schaffen uns erneut Schwierigkeiten, um sie dann erfolgreich zu überwinden...

Und ein weiteres Problem. Man kann es nicht mehr als Hindernis bezeichnen, da die reale Barriere in diesem Fall schon in sich zusammengebrochen ist. Das Frohlocken in der Nacht zum 9. November 1989 an der noch unlängst ebenso bedrohlichen wie verachteten Berliner Mauer, die in wenigen Stunden nur noch für Souvenirs taugen sollte, kündete ebenso wie der Fall der Bastille am deutlichsten vom Neuen in Europa. In eben jenen Minuten erhielt die deutsche Frage eine neue Qualität.

Eine ignorierte Frage

Das, was die deutsche Frage genannt wird, wurde in den letzten 200 Jahren zu einem festen Bestandteil der europäischen Geschichte. Eine neue europäische Kräftekonstellation in Verbindung mit der deutschen Frage stellt sich im 20. Jh. bereits zum vierten Mal ein: zu Beginn des Jahrhunderts, dann nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg und jetzt schließlich nach dem kalten Krieg. Und das, obwohl wir lange Zeit behaupteten, es gäbe die deutsche Frage „nicht mehr“, pochte sie machtvoll an Europas Türen.

Doch während seit Bismarcks Zeiten das Wesen der deutschen Frage so oder so mit Militarismus und Kriegen verbunden war, bietet sich jetzt die einmalige Möglichkeit, eine Lösung durch friedliche Umgestaltungen zu finden.

Ich bin davon überzeugt, daß die Annäherung der beiden deutschen Staaten und dann deren wahrscheinliche Vereinigung eine historische Gesetzmäßigkeit sind – ebenso wie deren Entstehung durch die Kapitulation des „Dritten Reiches“ und den kalten Krieg historisch bedingt war. Das Fehlen einer Alternative, politische Simplifizierung, Ambitionen und die Übermilitarisierung der Blöcke – all diese Sinnlosigkeiten der Zeit des kalten Krieges ließen die Trennung der Deutschen in Ost und West besonders schmerzhaft werden. Jetzt ist alles in zunehmender Geschwindigkeit in Bewe-



Berlin, August 1961. Fast wäre aus dem kalten ein heißer Krieg geworden...

gung geraten. Das Tempo macht selbst den erfahrensten Politologen in Europa und Amerika Sorgen: Alle wußten, daß dies kommen würde, doch niemand wußte, daß es in einem solchen Tempo vor sich gehen würde.

Europas Interessen

Die erste Notwendigkeit, vor die Europa im Zusammenhang mit dem Prozeß der Vereinigung Deutschlands gestellt wird, ist Stabilität und Sicherheit für alle. Natürlich hat sich die Welt von Grund auf verändert. Die beiden deutschen Staaten haben ebenso wie das deutsche Volk insgesamt in den letzten Jahrzehnten ihre Abscheu vor Konflikten und Kriegen bewiesen. Sie haben – jeder auf seine Weise, mit unterschiedlicher Überzeugungskraft – ihre tragischen nationalen Erfahrungen des Totalitarismus, des Nazismus und der Aggression verworfen. Nichtsdestoweniger kann man jene Europäer verstehen, in deren Bewußtsein sich die Erinnerungen an die Folgen der beiden Weltkriege eingegraben haben.

Vor allem die Frage der Grenzen. Ich meine, daß sie alle neue Garantien erhalten müssen. Natürlich ändern sich die europäischen Grenzen qualitativ. In Westeuropa sind sie bereits recht bedingt und werden bald ganz verschwinden. In Osteuropa, auch bei uns, werden sie immer durchlässiger. Eine militärische Revision der Grenzen wird absurd, während die wirtschaftlichen, technologischen und kommerziellen Aktivitäten an Stärke gewinnen. Keine Grenze wird das verhindern.

Trotzdem bleibt im Unterbewußtsein vieler Europäer eine gewisse Spannung bestehen, aufrechterhalten von Bildern der Vergangenheit. Hier sind besondere Vorsicht, politische Ausgewogenheit und Sensibilität erforderlich.

Zu große Eile birgt viele Gefahren in

sich. Die DDR hat schon jetzt mit den negativen Folgen einer solchen Hast zu tun. Deshalb schafft, wie ich meine, Hans Modrow's Konzeption für eine stufenweise Vereinigung Deutschlands (die übrigens mit Helmut Kohls bekannten „Zehn Thesen“ nicht wenig gemein hat) konstruktive Grundlagen für die Zukunft. Doch die grundsätzlich unterschiedlichen Infrastrukturen der beiden Deutschlands einander anzunähern und dann eine Vereinigung zu vollziehen, ist Aufgabe von keineswegs nur einem Jahr.

Und doch möchte ich jenen, die jetzt vom „Sturm und Drang“ der Vereinigung erfaßt sind, sagen, daß Revolutionen nur leicht begonnen werden. So war es leicht, Ludwig XVI. oder die Zarenfamilie hinzurichten. Dann folgen schwere, bisweilen entsetzlich schwere Zeiten von Reformen, Fehlern und Opfern beim „Aufbau der neuen Welt“. Solche Opfer müssen vermieden werden!

Die **zweite Notwendigkeit** ist die unbedingte Berücksichtigung der vielseitigen politischen, wirtschaftlichen und anderen Interessen aller Staaten und Völker, die mit Deutschlands Zukunft verbunden sind. Es kann wohl kaum bezweifelt werden, daß dies am besten zugleich mit der Entwicklung des Helsinki-Prozesses, beim Bau des gesamteuropäischen Hauses erreicht werden kann. Wenn die Staatschefs zur Helsinki-2-Konferenz zusammenkommen werden, dürfte diese Frage im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit stehen.

Doch kann man mit Entscheidungen warten? Die Revolutionen in Osteuropa gegen Totalitarismus und Neostalinismus entwickeln sich unter dem Druck von unten, wobei sie die versteinerten Strukturen zerstören. Diese unausweichliche Phase des Baus des gesamteuropäischen Hauses, die Europa durchlaufen muß, bedeutet eine allgemeine Demokratisierung.

Deshalb können die Vereinigung Deutschlands, die Überwindung der Spaltung Europas bei vollständiger und harmonischer Berücksichtigung der Interessen aller Staaten nur in politischer Freiheit für ganz Europa erfolgreich sein. Und erst recht kann das Schicksal Deutschlands in der Welt von heute nur in allgemeinem Einvernehmen entschieden werden.

Das politische Denken hat hier fast unbegrenzten Spielraum. Schon seit langem gibt es eine Struktur von Verträgen, Verpflichtungen und Erklärungen zur deutschen Frage – vom Potsdamer Abkommen und anderen Abkommen der vier Siegermächte bis zu den Verpflichtungen von Helsinki, dem Moskauer Vertrag, dem vierseitigen Abkommen über Berlin (West), bis zu anderen Verträgen.

Der allgemeine Wunsch, die deutsche Frage in den gesamteuropäischen Prozeß und in das System der Ost-West-Beziehungen einzubinden, hat bereits zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen der BRD, der DDR, Frankreich, Großbritannien, der UdSSR und den USA (nach der Formel 2 plus 4) über die äußeren Aspekte der Entwicklung der deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten, geführt. Gerade auf diesem Weg lassen sich die besten Ergebnisse erzielen, lassen sich alle Sorgen ausräumen, kann man sicherstellen, daß das neue Deutschland zu einem wahren Zentrum der Vereinigung Europas wird.

Deutschland und die Militärböcke

Das **dritte Thema** der deutschen Vereinigung ist das Verhältnis eines künftigen Deutschlands zu Bündnissen und Organisationen. Die Wandlungen, die sich in Europa vollziehen, verändern den gesamten Sinn des Bestehens und der Struktur der militärischen und politischen Bündnisse. Wenn die UdSSR einseitig ihre Streitkräfte verringert und auf Bitte ihrer Verbündeten von deren Territorium Truppen abzieht, wenn eine Abstimmung von Obergrenzen für die militärische Präsenz der UdSSR und der USA in Mitteleuropa erfolgt, wenn in Wien verhandelt wird – spricht nicht all das von einer anhaltenden Entwertung militärischer Macht und der Militärböcke?

Da bleibt die Entscheidung zu treffen, in welcher Phase dieser Entwertung die Schaffung eines vereinigten Deutschland erfolgen wird. Hier stellt sich eine neue Reihe von Fragen. Wird das gesamte künftige Deutschland für eine gewisse Zeit Mitglied der NATO sein? Oder etwas ganz Neues, wenn Deutschlands Osten im Warschauer Vertrag verbleibt, sein Westen aber in der NATO? Oder wird sich Deutschland der NATO anschließen, ohne die militärische Infrastruktur auf den Osten auszuweiten, wo ein Teil der sowjetischen Truppen als Garant der Sicherheit bliebe? Oder aber

wird sich die alte Idee eines neutralen Deutschland durchsetzen? Oder wird sich eine bislang unbekannte Variante zwischen diesen Vorstellungen finden? Jetzt ist es noch zu früh, Prognosen anzustellen, welches der vielen bestehenden Denkmodelle allgemeine Zustimmung finden wird. Und das um so mehr, da auch die Blöcke selbst einem Veränderungsprozeß unterworfen sind.

Im Prozeß der Umgestaltung der militärischen und politischen Bündnisse könnten sie immer weniger ein Instrument der Konfrontation bleiben und immer mehr zu einem Mechanismus der Zusammenarbeit, der Abrüstung, der Schaffung struktureller Nichtangriffsfähigkeit, der Verhinderung von Konflikten und der Verhandlungen über die verschiedensten Probleme Europas werden – zu einem Instrument nicht der Spaltung, sondern der Einigung. Und schließlich zu einem Instrument der vollständigen Umgestaltung der Struktur der europäischen Sicherheit auf politischer Grundlage.

Was wir fürchten

Jetzt stellen sich einige kritische Fragen, die von unserer Öffentlichkeit intensiv diskutiert werden.

So kann man hören: Die Veränderungen in Osteuropa bedeuten, daß wir das sozialistische Lager den Kapitalisten überlassen, ja die sozialistische Gemeinschaft fast verraten hätten. Ich antworte da: Derartige Meinungen gründen sich auf dogmatische Ansichten zur Geschichte Europas in den letzten Jahrzehnten. Das administrative Kommandosystem, das in den Ländern Osteuropas künstlich aufgetrennt wurde, geriet allmählich in immer größeren Widerspruch zu den Interessen der Bevölkerungsmehrheit in diesen Ländern. Andere Traditionen, eine andere Kultur, Religion, die langjährigen umfassenden Bindungen an den Westen – all das geriet in einen Konflikt zu den groben Methoden des Totalitarismus. Die langjährige Präsenz unserer Truppen in Ländern, die übrigens gar nicht gegen wen auch immer zu verteidigen waren, die gewaltsame Unterdrückung des Prager Frühlings ebenso wie der ungarischen Revolution ließen die Situation nicht besser, sondern nur noch schlechter werden. Das langjährige Handeln nach dem Prinzip „Wenn sie Angst haben, haben sie Respekt“ rief nicht nur eine Entfremdung von uns, sondern auch Haß hervor.

Unter diesen Bedingungen war die Verkündung der freien Wahl für die Länder Osteuropas durch die sowjetische Führung das einzig Richtige. Zweifellos sind die jetzigen Prozesse in Osteuropa schmerzhaft. Doch dabei handelt es sich um die gesetzmäßigen Prozesse der Beseitigung der schweren Fehler in der politischen Strategie des Totalitarismus. Sie befreien uns von der unerträglichen Last, „Freundschaft“ dort aufzuzwingen, wo man sie nicht braucht, in Formen, zu denen nur das administrative Kommandosystem fähig ist. Das bedeutet die Freisetzung enormer Kräfte und Mittel, bedeutet die Aussicht auf die Herstellung normaler zwischenstaatlicher Beziehungen zu den Nachbarländern.

Es heißt, wir würden strategische Positionen in Osteuropa verlieren. Dem kann man keineswegs zustimmen. In der Vergangenheit hielten wir zu lange an der überholten Meinung fest, sichere strategische Positionen könnten nur durch die Stationierung unserer Streitkräfte in

den Nachbarländern oder durch die möglichst weitgehende Vorverlegung der Grenzen, um ein „Vorfeld“ zu haben, garantiert werden. Das führte uns immer wieder in politische Katastrophen. Der Vertrag mit Hitler von 1939, die faktische Teilung Osteuropas, der Krieg 1939 – 1940 gegen Finnland und schließlich der Krieg in Afghanistan waren weitaus nicht zuletzt gerade von solchen „strategischen“, imperialen Überlegungen bestimmt.

Das Ergebnis? Eine solche Strategie brachte uns in Gegensatz zu den Nachbarn, zur Völkergemeinschaft, führte zu schweren politischen und militärischen Verlusten, zu Opfern und verschlang riesige Mittel.

Deshalb entspricht es nicht der Wahrheit, daß wir strategische Positionen in Osteuropa „verlieren“, sondern im Gegenteil, wir festigen sie. Ziehen wir ja die Streitkräfte in die Heimat zurück, geben wir neue Impulse für eine Verringerung der schweren militärischen Last für unser Land und unser Volk, erlangen wir die Sympathien der Nachbarn und der Völkergemeinschaft.

Was das „strategische Kalkül“ angeht, so muß man endlich begreifen: In unserer Epoche der Fernraketen, der Überschallflugzeuge sowie der totalen Kommunikations-, Nachrichten- und Aufklärungsmittel sind an die Stelle der traditionellen Begriffe von „Vorteil“ und „Nachteil“ schon seit langem andere Kategorien getreten, über die sich die Anhänger von Ansichten aus der Zeit des ersten Weltkrieges aus unserer und der ausländischen Fachliteratur informieren sollten.

Die Sowjetunion und Deutschland

Bisweilen heißt es ferner, indem wir den Prozeß der Vereinigung Deutschlands akzeptieren, helfen wir, im Herzen Europas ein neues mächtiges politisches, wirtschaftliches und militärisches Zentrum zu schaffen, das uns dann bedrohen wird. Wie berechtigt sind solche Befürchtungen?

Zweifellos wird sich die Architektur Europas ändern. Viele neue Probleme werden entstehen. Doch auch dann wäre es falsch, die Kategorien der Politik vergangener Zeiten auf die Zukunft zu übertragen. Die dynamische Demokratisierung Europas, die Entwicklung der Konzeption des europäischen Hauses, die allmähliche Verwandlung Westeuropas in eine konföderative Gemeinschaft, die enorme Zunahme des wirtschaftlichen und des technischen Potentials – all das verändert die alten, gewohnten Kategorien der Rivalität, verlagert die Akzente von militärischen auf wirtschaftliche und technologische Größen. Das neue Deutschland, einbezogen in das gesamteuropäische System, wird keinen „Marsch bis zur Wolga“ brauchen. Im Gegenteil: Die friedliche, auch die wirtschaftliche, Zusammenarbeit wird die Grundlage seiner Entwicklung sein.

Ich bin davon überzeugt: Es liegt in unseren Möglichkeiten, daß Deutschland in nicht allzu ferner Zukunft unser **Freund** sein kann. Der Schlüssel dafür liegt im Erfolg des neuen Denkens, der Perestroika und der Reformen in unserem Land.

Man kann auch Vorwürfe solcher Art vernehmen: Zu schnell und zu leicht haben wir der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zugestimmt. Doch eine solche Zustimmung

zeugt gerade vom realistischen Charakter unserer Politik, vom Verständnis dafür, was sinnvoll ist und was nicht, was wir können und was nicht, kurz gesagt, wie die politische Wetterlage um uns ist.

Die Annäherung der Deutschen erfolgt zügig und unabhängig von uns. Und zwar, weil sie den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt und von zutiefst demokratischer Natur ist. Unter solchen Bedingungen wäre es sinnlos, aus welchen Gründen auch immer die Deutschen „festzuhalten“.

Wir müssen schon jetzt die Grundlagen für gute Beziehungen zum künftigen Deutschland schaffen. Wir werden sie brauchen, ohne sie geht es nicht. Und die Deutschen werden kaum die Unterstützung vergessen, die sie in einer entscheidenden Phase ihrer Geschichte erhielten. Unsere klare Position ist die Gewähr einer kreativen Politik, die sich auf die Anerkennung der freien Entscheidung der Völker gründet.

Und schließlich stößt man auf Überlegungen folgender Art: Wir haben Millionen Menschenleben in den Schlachten um die Befreiung der Länder Osteuropas verloren, jetzt aber ziehen wir uns von dort zurück. Verraten wir nicht das Andenken an die Toten? Nein, das tun wir nicht. Die Großtat der Befreiung ist in die Geschichte eingegangen. Doch man darf nicht die patriotischen Gefühle der Menschen durch Methoden einer vereinfachten Ideologisierung zu mißbrauchen suchen, die zudem im Widerspruch zum Völkerrecht sind.

Der Kampf für die Befreiung Europas vom Faschismus und die Präsenz von Truppen auf fremdem Territorium, auf dem Territorium souveräner Staaten, sind verschiedene Dinge. Ersteres bedingt keineswegs automatisch zweites. Und wenn unter den veränderten Bedingungen souveräne Staaten auf dem Abzug unserer Truppen bestehen, dann fügt dies dem Land, das seine Truppen zurücknehmen muß, keinerlei politischen oder moralischen Schaden zu. Das ist viel mehr seine Pflicht.

Seit Beginn des Großen Vaterländischen Krieges ist bald ein halbes Jahrhundert vergangen. Neue Generationen sind ins Leben getreten. Die Erinnerung an die Taten jener Tage wird ewig leben. Doch Politik kann sich nicht ewig von Erinnerungen leiten lassen. Ich sage das auch als aktiver Teilnehmer des Kampfes gegen den Faschismus, darunter der Kämpfe um die Befreiung Osteuropas.

Wir leben in einer neuen Phase der Entwicklung Europas, in der mit dem Bau des gemeinsamen europäischen Hauses begonnen wird. Die allgemeine Demokratisierung und ein Erfolg der Perestroika können die wichtigsten Voraussetzungen eines Erfolges schaffen. Europa als Bestandteil einer einheitlichen, in sich geschlossenen Welt und all seine Länder Element eines einigen, interdependenten Europa. Das Ende des kalten Krieges schafft die Voraussetzungen für die unausweichliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Und da dies eine objektive Realität ist, sollten wir **schon jetzt** das Fundament für neue freundschaftliche Beziehungen zu dem deutschen Nachbarn schaffen, der über ein großes Ansehen verfügt und mit dem wir eine jahrhundertealte gemeinsame Geschichte haben.

Trotz der Prognosen

Wohin wird die bei den Wahlen siegreiche Opposition das Land führen?

Ich meine, die Ergebnisse der Wahlen in Nicaragua haben viele Beobachter – Journalisten und Diplomaten – überrascht. Die meisten von ihnen hatten gemeint, die Hauptkandidaten – die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) und das Nationale Oppositionsbündnis (UNO) – würden im Wahlausgang eng beieinander liegen. Und dabei wurde auf einen Vorsprung der Sandinisten gesetzt. Offizielle Vertreter der USA-Administration hielten es am Vorabend des Urnenganges sogar für erforderlich, sich in dem Sinne zu äußern, sie seien bereit, es mit einer sandinistischen Regierung zu tun zu haben, natürlich wenn die Wahlen „wirklich demokratisch“ sein würden...

Zu dem Zeitpunkt, da ich diesen Bericht diktiere, sind bereits 80% der Stimmen ausgezählt. Die UNO-Präsidentschaftskandidatin Violeta Barrios de Chamorro erhielt 55,2%, Daniel Ortega (FSLN) 40,8%. Ganz ähnlich ist das Stimmenverhältnis auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung.

Ohne das endgültige Ergebnis abzuwarten, erkannte der noch amtierende Präsident den Wahlsieg der Opposition an.

Eine gründlichere Analyse der Ursachen für die Niederlage der FSLN wird noch vorzunehmen sein. Bislang kann man konstatieren, daß die Vorteile der Stellung der regierenden Partei, die den Staatsapparat kontrolliert, für einen Erfolg nicht ausreichen sollten. Auch die militärischen und diplomatischen Siege, die in den letzten zehn Jahren errungen wurden, beeinflussten das Wahlergebnis nicht zugunsten der Sandinisten. Als unzureichend erwiesen sich auch die Erfolge bei der Demokratisierung der nikaraguanischen Gesellschaft, die von politischem Pluralismus geprägt ist.

Doch ebenso wie die Erfolge der Front erkennbar sind, ließen sich auch ihre Fehler, besonders im sozialen und ökonomischen Bereich, nicht verbergen. Die NZ konstatierte bereits wiederholt, daß die Wirtschaft die Achillesferse der Sandinisten ist. Natürlich ließ es sich die Opposition nicht entgehen, die Fehler der Front auszuschlachten, wobei sie in ihrem Wahlprogramm die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Wiedergeburt Nikaraguas, sollte die UNO an die Macht kommen, groß propagierte. Dabei geht es um die Gewinnung ausländischer, vor allem amerikanischer, Investitionen. Den hungrigen Nikaraguanern wurde immer wieder der Gedanke suggeriert, unter der Herrschaft der UNO würde die Wirtschaft einen Aufschwung nehmen.

Gleich nach Beginn der Wahlen am 25. Februar suchte ich einige Wahllokale von

Managua – sowohl in wohlhabenden als auch in armen Vierteln der Hauptstadt – auf. Zwei von je drei von mir befragten Wählern sagten, sie würden mit den Wahlen Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer materiellen Situation verbinden. Die 18jährige Jeannette C., eine Erstwählerin, erklärte, sie habe von der sandinistischen Regierung eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erwartet. Doch die Krise habe sich immer weiter verschärft. „Ich bin des Wartens überdrüssig“, sagte die junge

teilen, die dem Oppositionsblock angehören, ja keinen äußeren Feind, während die Sandinisten viele Jahre Krieg gegen die Contras führen mußten.

Offenbar haben die Sandinisten gewisse Fehler auch im Wahlkampf selbst begangen. Er war weitgehend darauf gerichtet, den Kampfgeist der Bevölkerung in der Auseinandersetzung mit dem inneren und dem äußeren Feind aufrechtzuerhalten. Die Reden der FSLN-Kandidaten strotzten nur so von emotionalen Losungen. Bei Meetings und Demonstrationen entstand der Eindruck, das Volk unterstütze die Sandinisten und ihre Aufrufe. Wahrscheinlich



Violeta Barrios de Chamorro und Virgilio Godoy wurden zum Präsidenten und zum Vizepräsidenten der Republik gewählt
Foto aus: „El País“ (Spanien)

Frau. Und mir wurde klar, für wen sie zu votieren gedachte.

Im armen Hauptstadtviertel Cuba trat ich an eine Gruppe junger Leute. Sie erklärten offen, für die UNO stimmen zu wollen. Die Gründe: der Hunger, die große Arbeitslosigkeit und die Aussicht auf Einberufung in die Armee.

In einem Armenviertel der Hauptstadt unterstützten von 9 bis 10 Menschen, die vor dem Wahllokal anstanden, nur 2 offen die Sandinisten, die anderen – mittlere Jahrgänge und Ältere – äußerten sich kritisch über deren Tätigkeit im sozialen und ökonomischen Bereich. Die 57jährige Gloria Delgado, die ihren Sohn beim Armeedienst verloren hatte, sagte, sie sei dafür, daß „die jungen Männer nicht marschieren und nicht Krieg führen, sondern lernen und arbeiten“.

Die UNO verspricht eine Aufhebung der Wehrpflicht. Das bedeutet für die Regierung von Violeta Barrios de Chamorro im Grunde kein Risiko – haben die meisten Par-

tat die Psychologie der Menge das Ihre. Schon lange vor dem 25. Februar gestanden die Sandinisten mir gegenüber ein, daß die Menschen nicht selten mit Zuckerbrot und Peitsche für die Meetings „motiviert“ wurden. Doch die Nikaraguaner, allein gelassen mit ihren Sorgen und Problemen, nahmen schnell Abstand von der Meetings-euphorie.

Die Nikaraguaner haben also ihre Entscheidung getroffen. Wie wird sie ihre Zukunft beeinflussen? Vorrangige Aufgabe der neuen Führer des Landes, der 60jährigen Violeta Barrios de Chamorro und des 55 Jahre alten Virgilio Godoy, der für das Amt des Vizepräsidenten kandidierte, ist die Bildung einer neuen Regierung.

Juri
Kudimow

NZ-Korrespondent
MANAGUA

Die bitteren Früchte der Revolution

Milovan Djilas zum Schicksal des Sozialismus

Milovan Djilas bezeichnet man oft als den Dissidenten im Jugoslawien der Nachkriegszeit, der die meisten Titel auf sich vereinigt. Die einen sprechen seinen Namen mit Begeisterung aus, andere mit unverhohlener Mißbilligung. Die einen bringen den langjährigen Kampfgenossen von Josip Broz Tito mit dem roten Terror in Zusammenhang, andere rechnen ihn zu den Begründern des gegenwärtigen Demokratisierungsprozesses. Jeder sucht sich also aus den ungewöhnlichen achtundsechzig Lebensjahren dieses Mannes das aus, was ihm paßt, so daß es sehr schwerfällt, diese Bilder im Rahmen eines einzigen Schicksals, auch wenn es das eines Politikers ist, miteinander auszuwählen. Genauso schwer ist es, allem, was er sagt, zuzustimmen, obwohl vieles von dem, was er sagt und schreibt, vernünftig ist. Vielleicht sollte man denen beipflichten, die, auch wenn sie nicht mit ihm übereinstimmen, christlichem Brauch gemäß sagen: „Gott ist sein Richter.“ Sie sind möglicherweise der Wahrheit am nächsten, denn irdische Mächte haben Djilas schon gerichtet. Mehr als einmal.

Worin liegen, Herr Djilas, die Ursachen Ihres Bruchs mit der Partei und des Bruchs der Partei mit Ihnen, der bei Ihnen zu Gefängnishaft und jahrzehntelanger innerer Emigration geführt hat?

Schon in den ersten Nachkriegsjahren hat mich der Hang der Kommunisten nach einem Luxus, der für die Mehrheit unerreichbar war, wie Autos, Datschen und alle möglichen Privilegien, geärgert. Zuerst dachte ich, es handelte sich dabei um eine vorübergehende Schwäche nach den Entbehrungen des Krieges, um Kleinigkeiten im Vergleich zur Erhabenheit des Ziels. Trotzdem wollte ich der politischen Laufbahn Lebewohl sagen und mich wieder meiner Leidenschaft von früher, der Literatur, zuwenden. Tito ließ mich nicht. Danach kam der Konflikt mit der Sowjetunion, im wesentlichen mit Stalin. Zu einem solchen für Jugoslawien schweren Zeitpunkt wäre mein Ausscheiden ein Verrat an der Partei gleichgekommen. Nach dem Tod von Stalin hätte, wenn es nach Tito gegangen wäre, ein bescheidener Liberalisierungsprozeß in Jugoslawien einsetzen müssen. Ein Kompromiß mit diesem Kurs hätte für mich den Verkauf meines Gewissens bedeutet. Meine öffentlichen Äußerungen zogen den Ausschluß aus der Partei nach sich, und mein scharfer Protest gegen die offizielle jugoslawische Position anläßlich der sowjetischen Einmischung in Ungarn führten zu meiner Verhaftung und meiner Verurteilung zu drei Jahren Gefängnishaft.

Während ich im Gefängnis war, kam die erste Auflage meines Buches „Die neue Klasse“ heraus, so daß ich 1957 noch einmal verurteilt wurde. Diesmal betrug die Haftzeit 9 Jahre. Nach 4 Jahren wurde ich entlassen, und nach vierzehn Monaten wieder verhaftet. Damals kam mein Buch „Gespräche mit Stalin“ heraus.

Ich war viele Jahre hindurch ein überzeugter, man könnte beinahe sagen, gläubiger Kommunist.

Später wurde Ihr Name dann öfter im Zusammenhang mit Antikommunisten genannt.

Dafür habe ich mich nie gehalten, ich habe manchmal sogar im Scherz gesagt: Schlimmer als der Kommunismus kann nur noch der Antikommunismus, der orthodoxe Antikommunismus sein. Ich zähle mich eher zu den konsequenten Kritikern des Kommunismus. Ich glaube nicht einmal, daß die Kritik an Marx und Lenin ihre gewaltige historische Bedeutung schmälern kann. Sie bringt ihre Lehre nur auf die vergängliche Erde zurück.

Wo nach Auffassung vieler Politiker im heutigen Osteuropa eine Lehre vom Sozialismus und Kommunismus schon nicht mehr am Platze ist.

Ich meine auch, daß es Zeit ist, sich von diesen Ideen zu verabschieden, und verstehe das als etwas Unvermeidliches. Die Ideen von Lenin gelten für bestimmte Länder und für bestimmte Abschnitte ihrer historischen Entwicklung. Andererseits teile ich nicht die gängige Auffassung, daß die in unseren Ländern vollzogenen Revolutionen Fehler oder gar verbrecherische

Fehler gewesen seien. Wie Sie wissen, sind solche Aussprüche jetzt in Mode. Ich meine, daß die Revolutionen Ergebnisse gebracht und Früchte getragen haben. Allerdings nicht ganz die, die wir, die Anführer, uns vorgestellt haben.

Zu diesen Ergebnissen zählt auch der Zusammenbruch der Ideologie, die Sie seinerzeit hart und kompromisslos in Jugoslawien verkörpert haben.

Heute gibt es praktisch keine kommunistische Ideologie mehr. Es hat sie jedoch gegeben. Die führende Rolle der Ideologie ist bezeichnend für kommunistische Parteien, die um die Macht kämpfen. Es wäre töricht, ihr inspirierendes und vereinigendes Moment zu leugnen. Dann aber, nach dem Sieg, wird die Ideologie zu einem Instrument der Machterhaltung und infolgedessen schematisiert, bis sie zerfällt.

Ihre Prognose ist also, das, was jahrelang als realer Sozialismus bezeichnet wurde, von der Bildfläche verschwindet?

Und zwar überall. In Jugoslawien und in der Sowjetunion ereignet sich dasselbe wie in Ungarn und in der Tschechoslowakei. In unseren multinationalen Staaten, die, wie wir sagen würden, echte Revolutionen erlebt haben, verläuft diese Entwicklung langsamer.

Was verstehen Sie unter echten Revolutionen?

Das waren Revolutionen, die mit einer bewaffneten Machtergreifung vonstatten gingen. Im Verlauf der revolutionären Veränderungen hat sich eine ziemlich starke Regierungsschicht etabliert. Sie hat ihre eigenen Überzeugungen, Fehlkalkulationen und Erfolge, ihre eigene Geschichte



1953: Milovan Djilas und Josip Broz Tito

und Gegenwart. Sie bezeichnen sie als Nomenklatura, ich habe sie neue Klasse genannt. Sie ist in der Lage, wie wir uns alle überzeugen konnten, den gegenwärtigen Prozessen starken Widerstand entgegenzusetzen.

Gewaltsamen Widerstand?

Ich hoffe sehr, daß es keine Bürgerkriege geben wird, obwohl diese Gewalt sich schon in nationalen Konflikten äußert, beziehungsweise äußern kann. Der Ausnahmezustand in der autonomen Region Kosovo erschwert die Lage in Jugoslawien nur und vertieft die Krise. Die derzeitige Führung in Albanien benutzt das übrigens, um sich als Führer der nationalen Einigung ihres Volkes aufzuspielen. Die Schwierigkeiten der albanischen Bevölkerung in Jugoslawien helfen einerseits, die Regierung in Tirana zu festigen und verzögern andererseits den Demokratisierungsprozeß in unserem Land ganz erheblich.

Und wo sehen Sie da einen Ausweg?

In der Offenheit der albanischen Nation, die in der Lage wäre, die kulturelle und geistige Einigung der Albaner unabhängig von ihrem Wohnort abzusichern. Zur Zeit gibt es übrigens in Jugoslawien, vor allem in Serbien, keine Möglichkeit, sich der Lösung dieses Konflikts auch nur anzunähern. Auch wir brauchen eine weite, echte Demokratisierung, die eine Entwicklung demokratischer Prozesse auch unter den in Jugoslawien lebenden Albanern gewährleisten könnte. Ich glaube so lange nicht an eine glückliche Lösung der Probleme der Albaner in Kosovo, solange die Bedingungen für ein Aufblühen chauvinistischer Einstellungen weiterbestehen. Außerdem wird die Beseitigung von nationalen Spannungen in einem nicht geringen Ausmaß auch vom allgemeinen demokratischen Klima in Europa abhängen.

Leider werden die Beziehungen zwischen den Nationen durch die Prozesse in Osteuropa oft noch verschärft. Hat ein geeintes Jugoslawien Ihrer Meinung nach eine Zukunft?

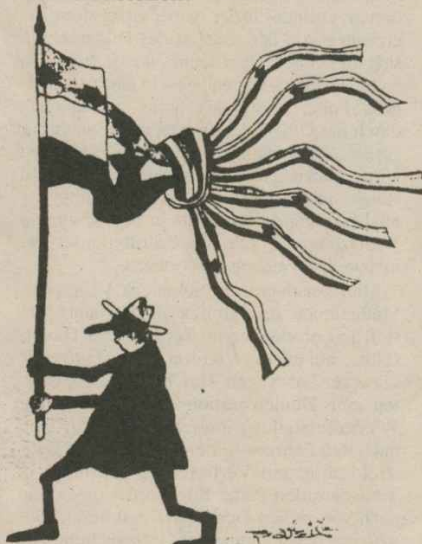
Als Idee ist Jugoslawien schon lange tot. Es gibt zwischen unseren Republiken und Regionen wirtschaftliche Wechselbeziehungen und aufgrund der Sprachverwandtschaft ein Verständnis von Menschen verschiedenen Glaubens füreinander. Für mich besteht Jugoslawien aus den Beziehungen zwischen Serben und Kroaten. So wie diese Beziehungen aussehen, wird auch Jugoslawien aussehen. Wenn hier der Nationalismus sich durchsetzt, wird Jugoslawien zerfallen. Das ist ganz unvermeidlich. Allerdings stelle ich mir einen extremistischen und separatistischen Nationalismus als eine vorübergehende, antihistorische Erscheinung vor.

Für die kommunistischen Parteien in den Ländern Osteuropas sagen Sie Machtverlust voraus. Es ist aber auch die polnische Variante möglich. Ein Militärregime. Würden Sie den BdkJ hier ausnehmen?

Nicht nur im Osten, sondern auch im

Westen verschwinden die kommunistischen Parteien von der politischen Bühne. Sie haben keine wirkliche Perspektive. Was den Osten angeht: In Jugoslawien oder in der Sowjetunion wäre ein Umschwung nach hinten, meinestwegen zu Militärregimes, nur dem Äußeren nach kommunistisch. Eine militärische würde die zivile Bürokratie ablösen. Eine solche Wende würde unweigerlich zu Demonstrationen, Streiks und bewaffneten Zusammenstößen führen. Was den BdkJ angeht, so nehme ich ihn hier nicht aus. Dieser Bund ist meiner Meinung nach nicht in der Lage, weiterzugehen, als schöne und unverbindliche Resolutionen zu verabschieden. Die Spaltung des BdkJ ist schon heute offensichtlich. Für meine Begriffe besteht er aus verschiedenen Parteien, die jetzt versuchen müßten, eine Koalition zu bilden.

Es ist ihrer Meinung nach also unmöglich, die Einheit im BdkJ wiederherzustellen?



Die Flagge ist zerrissen

Zeichnung: S. Sakic (Jugoslawien)

Das ist eine Illusion. Schon heute spricht niemand mehr von gleichen, sondern verschiedenen Parteien, die innerhalb des BdkJ entstanden sind, demokratischer oder sozialdemokratischer Parteien mit nationaler oder vielleicht auch nationalistischer Einfärbung. In Zukunft können sie, nachdem sie in jeder Hinsicht zu selbständigen politischen Kräften geworden sind, mit anderen Parteien Koalitionen eingehen. In unseren Republiken finden, wenn man sich so ausdrücken kann, verschieden große Prozesse statt. Für meine Begriffe hat Slowenien im Kampf gegen das Tito-System die Rolle eines revolutionären Vorreiters übernommen. Dort herrscht mehr Demokratie, und die Opposition ist legal. In Kroatien ist, wie ich meine, die halbe Opposition legal. In Serbien hat dieser Prozeß noch nicht einmal angefangen, obwohl man sich dort Andersdenkenden gegenüber schon toleranter verhält. Zumindest soll meine „Neue Klasse“ in diesem Februar in Belgrad erscheinen.

Die Erkenntnis, Koalitionen zu bilden, hat Osteuropa eben erst erreicht. Stellen Sie sich einmal vor, daß in jeder Republik völlig unterschiedliche Kräfte in den Vordergrund treten. Was könnte Jugoslawien in diesem Fall zusammenhalten?

Die Wirtschaft, Kultur, unsere geopolitische Lage. Die garantierte Selbstbestimmung bis zum Austritt aus der Föderation. Eine wirklich demokratische Föderation. Die Fortsetzung einer Entwicklung im Sinne Titos würde geradewegs zur Spaltung führen. Die Menschen haben keine Lust mehr, unter starren diktatorischen Regimes zu leben. Unter bestimmten Voraussetzungen finden sie sich damit ab, aber auch das nur vorübergehend.

Zu diesem Schluß sind Sie also gekommen, der Sie in der Vergangenheit für die Gründung eines solchen, wie Sie sagen, diktatorischen Regimes gearbeitet haben?

Ja. Für mich bedeutete Kommunismus Freiheit, auf lange Sicht, versteht sich.

Ich weiß, alles, was heute in Europa passiert, ist vor allem für die alten Kommunisten eine Tragödie. Eine fürchterliche Tragödie. Andererseits haben wir es aber mit einem normalen nachrevolutionären Prozeß zu tun.

Wie stellen Sie sich seinen Verlauf in Osteuropa vor?

Er wird überall stattfinden. Osteuropa wird sich Westeuropa annähern. Das gilt auch für die Sowjetunion. Ich halte allerdings nichts von der westlichen Theorie, daß der UdSSR nur dann Wirtschaftshilfe bereitgestellt werden soll, wenn sie auf jede Einflußnahme in Osteuropa verzichtet. Ebenso lehne ich ein sogenanntes Mitteleuropa ab, das heißt die Theorie, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und möglicherweise auch Jugoslawien in eine Art Puffer zwischen der UdSSR und Westeuropa, die USA eingeschlossen, zu verwandeln. Solche Theorien sind typisch für Politiker, die Einflußsphären unter sich aufteilen wollen. Elemente einer solchen Politik sind sicherlich solange unvermeidlich, wie es Supermächte gibt, ich bin da durchaus kein Idealist. Mit der gegenwärtigen Entwicklung in Osteuropa aber haben sie nichts zu tun. Der Annäherungsprozeß sollte positive Ergebnisse bringen. Theoretisch schließe ich nicht aus, daß unsere Länder in Zukunft sogar noch demokratischer als die Länder des Westens sein werden. Ich habe übrigens schon gesagt, daß ich die Veränderungen in Osteuropa als demokratische Revolution betrachte. Noch bewegt sich dieser Prozeß auf eine bürgerliche Liberalisierung zu. Für meine Begriffe darf es nicht darum gehen, die bestehende Situation und das gegenwärtige System zu reformieren oder zu verbessern. Das ist eine Illusion, die den Gang der Ereignisse zwar verzögern, aber nicht anhalten kann.

Es interviewten: Andrej Winogradow und Alexander Slabyanko

APN-Sonderkorrespondenten

Fotos: TANJUG - APN

Front an allen Fronten

Neue Parteien und alte Nöte • Was die Soldaten empört • Die Wahlen rücken näher

Während in den ersten Wochen nach der Revolution die Front der Nationalen Rettung die repressiven Gesetze Ceausescus annullierte und dafür sorgte, daß die Menschen Brot, Milch, Fleisch und Medikamente erhielten und die vom Diktator zurückgelassenen Trümmerhaufen beseitigte, erschienen auf der politischen Szene Rumäniens neue Parteien. Diese Parteien sind noch sehr jung. Nur drei von ihnen haben historische Ursprünge. Aber alle fordern sie die Demokratie. Wobei einige die Front beschuldigen, die Macht zu usurpieren. Die von den Sorgen der Staatsgeschäfte nicht belasteten und von Verpflichtungen gegenüber dem Volk freien politischen Führer bestanden auf der Durchführung der Wahlen ohne Teilnahme der Front oder notfalls darauf, daß die Front auf der gleichen Grundlage wie die anderen Parteien antreten solle.

Dahinter stand die Berechnung, daß es der Front nicht rechtzeitig gelingen würde, die Satzung und das Programm auszuarbeiten und sich registrieren zu lassen. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt: Die Front ist registriert und Mitglied können rumänische Bürger, politische Formationen und sogar gesellschaftliche Organisationen werden.

Auch das nach allgemeiner Absprache auf den 20. Mai festgelegte Wahldatum rief Widerspruch hervor. Jetzt würden die Gegner der Front die Wahlen gerne noch weiter hinausschieben in der Hoffnung, daß bis dahin die sozialen Schwierigkeiten offen zutage treten und es möglicherweise zwi-

schen der Bevölkerung und der Front wegen des Lebensmittelmangels, des schlecht arbeitenden Transportsystems und auftretender Inflation zu Konflikten kommt. Um Unzufriedenheit hervorzurufen und das labile Gleichgewicht zu stören, bedarf es nur weniger solcher Gründe. Denn jeden Tag treten neue unerwartete Probleme auf, die unverzüglich gelöst werden sollen.

Beispiele gibt es viele. Das in der Dobrukscha liegende Regiment fuhr unbewaffnet im Passagierzug zu einem nichtgenehmigten Marsch in die Hauptstadt. Die Soldaten forderten, Ordnung in der Armee zu schaffen. Sie erzählten von der zur Zeit des Diktators um sich greifenden Unordnung, die den sowieso nicht leichten Soldatendienst in eine unerträgliche Folter verwandelt hatte. Verhöhnung durch die Offiziere, Ausgang in die Stadt nur gegen Bestechung, Handgreiflichkeiten, Unterdrückung der unteren durch die höheren Ränge, minderwertige Verpflegung, unhygienische Zustände und Kälte in den Kasernen, Verletzung der Dienstvorschriften und der materiellen Versorgungsnormen...

Man beruhigte die Soldaten. Versprach, Maßnahmen zu ergreifen... Aber am nächsten Tag erschienen im Zentrum der Hauptstadt, auf dem Viktoria-Platz Dutzende schwerer Lastwagen. Ihre Fahrer organisierten eine Demonstration und forderten die Wiederherstellung ihrer Berufsrechte. Und nach den Fahrern tritten Offiziere der Luftstreitkräfte und Vertreter der Garnison in Timisoara den Platz. Ihre Forderungen, die auch von zivilen Demonstranten unterstützt wurden, bestanden in der Untersuchung von

Armeeoperationen und der Dezemberereignisse wie auch der Versetzung des Ministers für Nationalverteidigung, General Militaru, des Innenministers, General Chitac, sowie aller Offiziere und Generale, die sich kompromittiert hatten, in den Ruhestand... Zum Teil wurden die Forderungen der Demonstranten erfüllt: Man entließ General Militaru aus den Luftstreitkräften, und zur Untersuchung der übrigen Forderungen wurde eine kompetente Regierungskommission gebildet.

Aber es vergingen keine 5 Tage, als der Platz schon wieder mit aufgebrachtten Demonstranten gefüllt war.

Nachdem sie in das an den Platz angrenzende Gebäude des Außenministeriums, in dem heute die rumänische Regierung untergebracht ist, eingedrungen waren, kam es dort zu einer Rauferei, bei der sie den stellvertretenden Premierminister, Gelu Voican-Voiculescu, verprügelten. Kaum hatten die herangezogenen Truppen die ungebetenen Gäste aus dem Gebäude geschafft, als der Platz von flimmerndem Licht, das diesmal aus Grubenlampen stammte, erleuchtet wurde. Als die Bergarbeiter von dem Überfall des Vortages gehört hatten, eilten sie direkt aus den Gruben in die Hauptstadt der Regierung zur Hilfe...

Wer wird als nächstes auf dem Viktoria-Platz erscheinen? Die Angestellten der städtischen U-Bahn? Die Lehrer? Die Professoren? Oder die entrechteten bäuerlichen Rentner? In welchen Gebieten wird sich die Unzufriedenheit gewalttätig Luft verschaffen, deren Gründe in den unter dem Diktator gefaßten Entscheidungen zu suchen sind? Ob der auf Zeit gebildete Rat der nationalen Verständigung, der auf der Basis eines Kompromisses zwischen der Front der Nationalen Rettung und den im Land gegründeten neuen und wiederauflebenden Parteien entstand, in der Lage sein wird, die Probleme zu lösen, ohne die Sache in die Krise zu treiben, wird die Zukunft zeigen. Zumal bei weitem nicht alle Gegner der Front, wie oben bereits festgestellt wurde, an einer konfliktfreien Entwicklung interessiert sind. Was die Front selbst betrifft, so zeigt sich, daß sie sich während dieser Tage, ohne sich der Teilnahme an der Lösung der Tagesprobleme zu entziehen, auf die Ausarbeitung eines Programmes konzentriert hat, das auf die langfristigen Interessen der Rumänen reagiert und die Umgestaltung Rumäniens in einen modernen Staat vorsieht. Dem Programm liegt die Konzeption einer demokratischen Gesellschaft zugrunde, die auf politischem Pluralismus, der Trennung von politischer und staatlicher Gewalt und der Schaffung einer modernen Wirtschaft basiert, die auf verschiedenen Eigentumsformen, dem Rentabilitätsprinzip und individueller und gemeinsamer Initiative aufbaut. Es stellt sich die Aufgabe der schrittweisen und durchdachten Dezentralisierung der rumänischen Wirtschaft und des Übergangs zu einem Marktgefüge. Die Front tritt für die Wiederherstellung der bäuerlichen Kleinbetriebe ein. Die Bauern werden die Besitzer des Bodens sein. Zugleich werden die rentablen staatlichen landwirtschaftlichen Großbetriebe und Kooperativen weiter unterstützt werden.

Nach allem zu schließen, findet das Programm in der Gesellschaft Billigung. Wie eine unlängst durchgeführte Umfrage zeigte, unterstützen 95 von 100 Einwohnern der Hauptstadt die Front der Nationalen Rettung.

Sergej Swirin

NZ-Korrespondent
Bukarest



Viktoria-Platz in Bukarest. Regierungschef Roman spricht zu Kundgebungsteilnehmern

Foto: „Time“ (USA)

Auf der anderen Seite

Die lehrreiche Geschichte von einem Korrespondenten, der in Nord- und in Südkorea war und beide Seiten gehört hat. Woraufhin er sich immer noch schwertun zu müssen glaubte

Drei Jahre zuvor war ich auf der anderen Seite. Im direkten und etwas auch im übertragenen Sinne. Umringt von Offizieren der Koreanischen Volksarmee spähte ich vor drei Jahren zu der im traditionellen Stil erbauten Laube herüber, wo sich amerikanische Touristen auf einer Aussichtsplattform drängten. Sie schauten uns an, und wir sie. Sie ließen Kameras klicken, und auch ich richtete mein Objektiv auf sie und drückte auf den Auslöser. Zum Glück hatten wir alle bloß harmlose Fotoapparate in der Hand.

In der entmilitarisierten Zone von Panmunjon zwischen der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik und der Republik Korea, wo sich Soldaten von Armeen gegenüberstehen, zwischen denen nur ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen worden ist, hat man es schwer, unbeteiligt zu bleiben. Die alte Konfrontationslogik „Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns“ triumphiert hier im Umfeld einer Demarkationslinie, wo man nur einen Schritt zu machen braucht, um in einem anderen Land zu sein. Um diesen Schritt zu tun, mußte ich drei Jahre warten und mehrere tausend Kilometer von Moskau über Tokio nach Seoul fliegen.

Vor drei Jahren hatte ich zu dieser Laube herübergesehen, die voller amerikanischer Touristen war und als „Haus der Freiheit“ bezeichnet wird. Jetzt begab ich mich von amerikanischen Offizieren umringt selbst auf die Aussichtsplattform des „Friedenshauses“, um die Stelle zu sehen, auf der ich vor drei Jahren gestanden hatte. Dort steht auch jetzt wieder jemand, hört sich die Erklärungen von Offizieren der Koreanischen Volksarmee an und späht zu mir herüber. Ich hoffe nur, daß er in mir keinen Feind sieht. Nicht, weil wir höchstwahrscheinlich

Landsleute sind, was er nicht weiß, sondern weil sich in diesen letzten drei Jahren nicht nur um uns, sondern auch in uns manches getan hat.

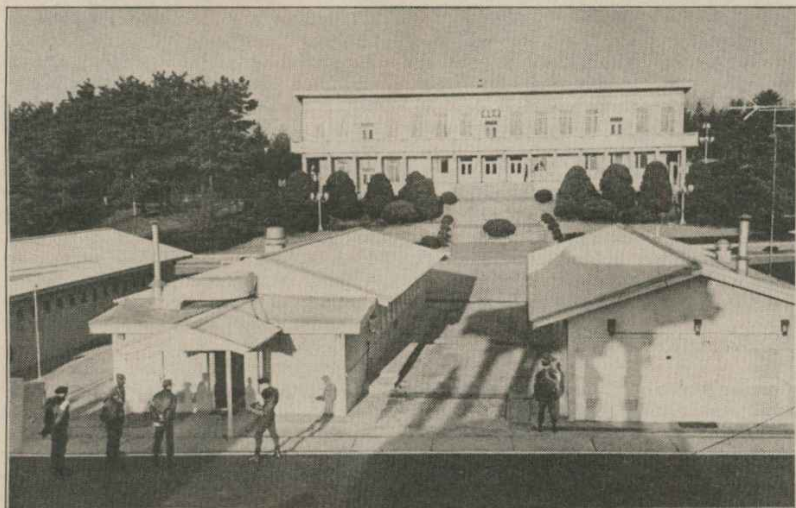
Wie verschieden sie sind

Die Offiziere der Koreanischen Volksarmee, hart und angespannt, sind natürlich in keiner Weise mit den Offizieren der südkoreanischen Armee zu vergleichen. Diese haben nicht nur die Uniformen, sondern auch das Verhalten der Amerikaner übernommen. Hier sieht man, was der Ausspruch aus früheren Zeiten „Zwei Welten – zwei Systeme“ bedeutet. Die Uniformierung der Koreanischen Volksarmee erinnert an die frühere Uniform unserer sowjetischen Truppen. Die Offiziere und Soldaten, nicht besonders hoch gewachsen, haben breite Schultern und machen einen zuverlässigen Eindruck. Unter den schwarzen Mützenschirmen kamen mir ihre wettergegerbten Gesichter mutig und schön vor.

„Seien Sie vorsichtig, es sind Provokationen möglich“, sprach der Übersetzer ihnen nach. „Die Amerikaner verhalten sich jetzt ruhig, aber die südkoreanischen Marionetten sind zu allem fähig.“

Daß den Journalisten die entmilitarisierte Zone gezeigt wurde, war für die Koreanische Volksarmee so eine Art Kampfhandlung. Fahrzeuge ohne Nummernschilder, strenge Geheimhaltung, Rangbezeichnungen durften nicht genannt werden, die Nummern der Einheiten erst recht nicht.

Aus einem Schützengraben sahen wir uns durch ein Scherenfernrohr die feindlichen Stellungen an. Von irgendwoher war Musik zu hören. Ein Lautsprecher orgelte, aber der Oberstleutnant sagte, wir sollten genau hinhören, denn die Amerikaner würden ganz in der Nähe der Demarkationslinie



In Panmunjon stehen sich Soldaten zweier jederzeit kampfbereiter Armeen gegenüber

Das „Haus der Freiheit“. Wenn man es von Norden sieht, ist es eine propagandistische Attraktion der Amerikaner und ihrer Marionetten. Sieht man es aber von Süden...



schießen. Wir hören auch ganz genau hin. „Sehr gefährlich“, setzte der Oberstleutnant hinzu, „deshalb muß ich Sie auch an einen ruhigeren Ort verbringen.“ Mir kam es so vor, als würde ich tatsächlich Schüsse hören.

Im Vergleich zu den Militärs von der Koreanischen Volksarmee machen die Amerikaner und ihre südkoreanischen Alliierten geradezu einen liederlichen Eindruck. Was für den Nordkoreaner der Kampfauftrag, ist für den Südkoreaner nur noch lästige Routinearbeit. Die Fremdenführer in Uniform beten ihren auswendig gebüffelten Text herunter und reißen zwischen ihren Ausführungen hin und wieder einen Witz. In der Armee lächeln die Amerikaner nicht weniger als im Alltagsleben.

Auf Anfrage von Kollegen der „Choson Ilbo“ aus Söul fuhr die Verbindungsoffizierin des Stabes der amerikanischen Truppen in Südkorea mich in einem Armeewagen durch die Militärsiedlung. Für einen Oberleutnant der Reserve der sowjetischen Armee war vieles erstaunlich. Überall hingen riesige Hinweistafeln, auf denen in beinahe meterhohen Buchstaben die Zahlen der Abteilungen, die Nachnamen und Rangbezeichnungen der Kommandeure und Stabschefs angegeben waren. Stabs- und Aufklärungs-Einheiten bildeten keine Ausnahme.

Einige zweimeterhohe Amerikaner erzählten mir etwas über Panmunjon und untermalten die Geschichte des Orts mit Dias. Es war faszinierend zu hören, was ich schon vor drei Jahren erfahren hatte, diesmal nur in einer anderen Interpretation.

Beide Berichte setzten bei 40 Jahre alten Ereignissen an.

Was macht man mit der Geschichte?

Die Nordkoreaner hatten geschildert, daß die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionette Li Syn Man nach der Befreiung Koreas den südlichen vom nördlichen Landesteil abgetrennt hätten. Am 25. Juni 1950 hätten sie einen Krieg gegen Nordkorea angezettelt, aber die Koreanische Volksarmee hätte sie völlig zerschlagen und in wenigen Tagen beinahe den ganzen Süden befreit. Dann allerdings hätten sich die Amerikaner eingemischt und unter „der UNO-Flagge“ eine riesige Armee bei Inchon anlanden lassen und zur Gegenoffensive angesetzt. Sie hätten Pjöngjang erobert und seien bis zum Yalu-Fluß vorgestoßen, als chinesische Freiwillige ihren nordkoreanischen Brüdern zu Hilfe geeilt seien. Schließlich waren die Amerikaner am 27. Juli 1953 gezwungen gewesen, in Panmunjon ein Waffenstillstandsabkommen abzuschließen.

Diese Variante ist von der sowjetischen Geschichtsschreibung völlig übernommen worden.

Über dieselben Ereignisse berichten die Südkoreaner anders.

1949 hätten die Amerikaner ihre Truppen von der Halbinsel Korea abgezogen und in Südkorea nur noch eine schlecht bewaffnete Armee von 96 000 Mann zurückgelassen. In Nordkorea dagegen sei

bereits gegen Sommer 1950 mit Hilfe von sowjetischen Instruktoren und sowjetischen Waffen eine 200 000 Mann starke Armee ausgerüstet worden. Als US-Außenminister Dean Acheson vor dem Nationalen Presseklub erklärte, daß Südkorea sich außerhalb der Verteidigungszone der USA befinde, wurde das von Nordkorea als Signal aufgefaßt. Pjöngjang habe den Krieg angefangen und die südkoreanische Armee praktisch völlig aufgerieben. Nicht nur Washington, sondern der ganze Westen hätte Nordkorea als Aggressor bezeichnet, und das habe seinen Ausdruck in einer Resolution des UNO-Sicherheitsrats gefunden. Die Truppen von 16 Staaten seien in Südkorea abgesetzt worden, um einen demokratischen Staat zu retten. Die Niederlage Nordkoreas war unvermeidlich, aber für Washington unerwartet entsandte Mao Zedong 150 000 „Freiwillige“ an die Front. Der Vorschlag, Verhandlungen aufzunehmen, ging von Nordkorea aus, aber das Waffenstillstandsabkommen ist erst nach dem Tod von Stalin unterzeichnet worden, der den Krieg allem Anschein nach abgesegnet hatte. Diesem Krieg sind etwa 2 Millionen Südkoreaner zum Opfer gefallen. Noch einmal so viele sind von Nord- nach Südkorea geflohen.

Diese Version ist praktisch von allen Ländern übernommen worden, die nicht durch Bündnisverträge mit der KDVR verbunden sind. In diesen Sommer fällt der 40. Jahrestag des Korea-Krieges, der inzwischen schon so gut wie vergessen, aber seinerzeit in der sowjetischen Öffentlichkeit antelektornend erörtert worden ist. Selbst Alexander Twardowski hat in „Fernen über Fernen“ seine Auffassung dieses Krieges für uns festgehalten:

Wieder zieht sich das Werk schlafloser Nächte, die Schwerarbeit der Verteidiger Koreas dahin.

Seit dem frühen Morgen dröhnen ermüdet die Küstenbatterien.

Haben sowjetische Historiker vor, ihre Einstellung zum Korea-Krieg beizubehalten? Wer immer beabsichtigt, die Ereignisse dieses dreijährigen Krieges darzulegen und sich dabei auf sowjetische und amerikanische Archivmaterialien zu stützen, wird es nicht leicht haben. Dieser Krieg ist schließlich nur eine Episode in der gesamten Nachkriegsgeschichte der Halbinsel Korea, die man, wie inzwischen klar wird, noch einmal von neuem schreiben muß. Nicht nur, um die Wahrheit wiederherzustellen, sondern weil das Ziel selbst es wert ist.

Politik und Moral

In den letzten zwei Jahren, seit eine behutsame Annäherung zwischen Moskau und Söul stattfindet, erlebt unsere Presse gewisse Peinlichkeiten im Umgang mit der KDVR. Die zwischenstaatlichen Beziehungen im Rahmen des Bündnisses und die zwischenparteilichen Beziehungen bestehen weiterhin. Wir wissen nicht, in welchem Zustand sie sich befinden, und wie hoch die Ebene der Kontakte ist, können aber vermuten, daß es um den Dialog nicht gerade zum besten

bestellt ist. Auf der einen Seite sind da die Moskauer Reformer, welche die Gesellschaft umstrukturieren wollen, auf der anderen Seite stehen Männer, die nichts so sehr wünschen, wie den Status quo beizubehalten, nämlich der große Führer Kim Il Sung und der lebenswürdige Leiter Kim Jong Il, sein Sohn und offizieller Erbe (die Erbschaft von Staatsmacht ist in der Welt von heute eine einmalige Erscheinung).

In Moskau wird alles getan, um Pjöngjang nicht zu irritieren. Allerorten haben Veröffentlichungen der zentralen Presse einen süßsaurigen Beigeschmack gewonnen. Im Unterschied zur Presse insbesondere der baltischen Republiken, in der schon längst westliche Presseveröffentlichungen nachgedruckt werden, die Nordkorea in noch schwärzeren Farben malen als Rumänien unter Ceausescu.

Die Tatsache, daß inzwischen in Rumänien antisowjetische Emotionen aufkommen, läßt sich eindeutig als Reaktion auf das lange Schweigen aus Moskau und die Leninorden erklären, die Ceausescu verliehen worden sind. Jetzt hat der Außenminister der UdSSR erzählt, wie Genosse Worotnikow, der die KPdSU-Delegation beim letzten Parteitag der Rumänischen KP geleitet hat, davon ermüdet war, immer wieder aufzustehen, wenn der Saal Ceausescu gehuldigt hatte: Es hätte doch nicht gut ausgesehen, wäre er als einziger sitzen geblieben. Die Rumänen aber, die den Parteitag beobachteten, ohne in die feinen seelischen Empfindungen des sowjetischen Gesandten eingeweicht zu sein, mußten das als Billigung und Unterstützung von Ceausescu durch Moskau aufnehmen. Im nachhinein kann man viel über die innerliche Unzufriedenheit und über Diskussionen bei den Verhandlungen erzählen, aber werden die Rumänen sich das noch anhören wollen?

Politik und Moral, Bündnisverpflichtungen und der Kampf um Menschenrechte sind im praktischen Leben nur schwer miteinander zu vereinbaren. Seinerzeit hatte man hierzulande sarkastisch berichtet, wie Präsident Carter das zu leisten versucht hatte. Er hat übrigens seine Unzufriedenheit über die Lage der Menschenrechte in Südkorea, wo einander ablösende Militärregimes herrschten, offen zum Ausdruck gebracht. Carter hatte die Frage aufgeworfen, ob die amerikanischen Truppen nicht von der Halbinsel zurückgezogen werden müßten. Der ihn im Weißen Haus ablösende Reagan war da schon weniger empfindsam. Er sagte, daß die Truppen bleiben, und zeigte, indem er nach Söul fuhr, daß ihm ein strategischer Verbündeter wichtiger sei als Abrechnungen mit Amnesty International. Als in Kwangju Studentenunruhen einsetzen, die der südkoreanische Präsident Chun Doo Hwan mit Panzern niederrollen ließ, mischten die Amerikaner sich nicht ein. Das kam sie teuer zu stehen.

Während Südkoreaner mittleren und fortgeschrittenen Alters den Vereinigten Staaten noch dankbar für ihre Hilfe während des Korea-Krieges und im wesentlichen dafür sind, daß amerikanische Truppen auf der Halbinsel verbleiben, sind anti-amerikanische Stimmungen unter Jugendlichen stark vertreten. Wir wissen das, denn das sowjetische Fernsehen hat mehrfach Studentendemonstrationen in Söul und anderen Städten übertragen, bei



Satelliten und Verbündete

Journalisten, die heute in die KDVR reisen, haben eine Ausweichmöglichkeit gefunden: Sie reproduzieren wortwörtlich entweder die Huldigungen an den großen Führer Kim Il Sung und an den geliebten Leiter Kim Jong Il, oder das, was diese selbst gesagt haben. Der Effekt ist stark genug, aber nur für solche, die es über sich bringen, das alles zu lesen.

Unser Land braucht Verbündete. Nicht aber, um Kampfhandlungen zu bestehen, bei denen man sich über jedes Bajonett freuen muß. Malta hat einen Schlußstrich unter Zeiten gezogen, in denen jeder recht war, der Antiamerikanismus vorweisen konnte.

Wir brauchen Verbündete und Partner für eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung und für die Lösung von weltweiten Problemen. In diesem Sinne könnte die Republik Korea Verbündeter und Partner werden, denn sie ist ein dynamisch sich entwickelnder Staat, der sich von einem autoritären Regime auf die Demokratie zubewegt.

Schon längst sagen sowjetische Wissenschaftler, daß es erforderlich sei, diplomatische Beziehungen zu Söul aufzunehmen. Vor allem liege das im wirtschaftlichen Interesse der Sowjetunion. Die Republik Korea will ein kleines Japan werden und sucht neue Märkte. Im Unterschied zu Japan aber ist sie bereit, sich auf Osteuropa einzulassen, wenn sie von hier politische und diplomatische Anerkennung erhält, welche für ihr Selbstbewußtsein wichtig sind. Früher als alle anderen hat das Ungarn begriffen und diplomatische Beziehungen hergestellt, wofür es die besten Verträge erhalten hat. Seinem Beispiel folgen Polen und Jugoslawien. Die Sowjetunion hinkt nach. Die Gründe sind verständlich. Wir erinnern uns noch alle an die rüde Reaktion aus Pjöngjang auf den Beschluß Ungarns. Man darf annehmen, daß das Außenministerium der UdSSR vorgewarnt worden ist.

Kommerzielle und wirtschaftliche Vorteile sind nicht das einzige Argument „dafür“. Die Teilung Koreas ist ein Erbstück des kalten Krieges, an dem wiederum nicht nur die Vereinigten Staaten schuld sind. Auf jeden Fall ist eine Abgrenzung

zwischen den Großmächten wie „Ihr unterstützt den Süden, wir unterstützen den Norden“ heute schon ein nicht ganz ungefährlicher Anachronismus. Diese Abgrenzung schafft ein Kraftfeld, das die Spaltung Koreas vertieft. Solange Pjöngjang die eindeutige Unterstützung Moskaus und Söul die der Vereinigten Staaten hinter sich wissen, wird keiner von beiden auf den anderen zugehen.

Auf einem anderen Blatt steht, daß Vereinbarungen zwischen Nord- und Südkorea in der gegenwärtigen Situation unmöglich sind. Pjöngjang und Söul produzieren in gleichem Maße eine Unmenge unterschiedlicher Initiativen, Dutzende von Themen werden für Verhandlungen vorgemerkt. Manchmal beginnen solche Verhandlungen tatsächlich in Panmunjon, aber dennoch sind sie nicht von Erfolg gekrönt. Mir scheint, solange beide Seiten nicht den Wunsch haben, sich zu einigen, werden ihre Vorschläge aneinander vorbeilaufen und sich nie überschneiden. Söul und Pjöngjang können, wie sie heute sind, nicht koexistieren. Das eine Regime schließt das andere aus. Deshalb wird man auf eine Vereinigung von Korea warten müssen. Möglicherweise wird man nicht gar so lange warten müssen. Nichts ist ewig. Die Regimes ändern sich, die Menschen und die Politik ändern sich. Dieser Prozeß kann wie der zwischen den deutschen Staaten sehr schnell einsetzen. Man muß nur darauf vorbereitet sein und Arbeitsbeziehungen mit beiden Partnern herstellen.

Die letzten Ereignisse in der Alten Welt haben den Eurozentrismus in der sowjetischen Außenpolitik erzwungenermaßen verstärkt. Ich fürchte, daß die fernöstliche Problematik wieder einmal in den Hintergrund gerät. Doch auch hier erwarten uns eindeutig große Veränderungen. Sie können auch für die sowjetische Gesellschaft, die im Gegensatz zu den Diplomaten immer noch keinen Zugang zu einem bedeutenden Teil der außenpolitischen Informationen hat, zu einer bösen Überraschung werden. Um den möglichen Schock zu lindern, müssen Journalisten und Historiker über die laufende politische Konjunktur hinwegsehen. Was auf der Halbinsel Korea vorgefallen ist und heute vorfällt, muß offen und ehrlich berichtet werden. Auch die Diplomaten haben keinen Grund, verärgert zu reagieren, denn die unangenehmen Klärungsgespräche mit Pjöngjang von heute erleichtern die Herstellung von freundschaftlichen Beziehungen mit dem geeinten Korea von morgen. Wie man auch immer auf die Demarkationslinie schaut, ob von Norden oder von Süden, ob von den Stufen des Stabsgebäudes des Vereinigten Kommandos der Koreanischen Volksarmee und der chinesischen Freiwilligen oder von der Aussichtsplattform des „Freiheitshauses“, ob umgeben von verspannten Offizieren in der bekannten Uniform oder von lächelnden Amerikanern, die Absurdität und die Tragik in der Teilung des Landes sind sofort einsichtig. Es gibt aber niemanden, gegen den man Blitz und Donner schleudern könnte, denn die Nachbarn, Alliierten und Freunde der beiden koreanischen Staaten haben in 40 Jahren nichts unternommen, um dieses Volk zusammenzuführen. Das Gegenteil ist der Fall.

Leonid Mletschin

Fotos: der Autor

denen der Abzug der Amerikaner gefordert worden ist.

In Söul habe ich die Bibliothek des amerikanischen Kulturzentrums gesehen. Studenten hatten sie mit Molotow-Cocktails beworfen. Die Bibliothek war ausgebrannt. Bücherverbrennungen sind schlimm, um so mehr, als diese Bibliothek gerade für Studenten bestimmt war. Die Menge aber handelt nicht nach den Gesetzen der Vernunft. In Krakow fordert sie, das Lenin-Denkmal abzureißen. In Söul verbrennt sie die Bibliothek.

Die jungen Südkoreaner interessieren sich nicht für strategische Überlegungen, die man in Washington anstellt. Sie wollen nicht mehr dankbar sein, für etwas, was vor langer Zeit geschah. Sie hassen Amerikaner, weil diese einen Diktator unterstützt haben.

Ähnlich sind auch die antisowjetischen Empfindungen in Osteuropa strukturiert. Die Gründe dafür braucht man nicht draußen zu suchen. „Wenn wir meinen, daß man uns kaum noch respektiert, müssen wir überprüfen, ob wir auch richtig leben“, hatte Alexander Solchenizyn noch geschrieben. Wir müssen aus den betrüblichen Erfahrungen der Amerikaner, die man in einem Land beleidigt, in dem das Blut amerikanischer Soldaten geflossen ist, die entsprechenden Lehren ziehen.

Unsere zentrale Presse zeigt in Hinsicht auf die KDVR ein Höchstmaß an Toleranz. Kein einziger Journalist will der sowjetischen Außenpolitik schaden. Die KDVR und Kuba sind die beiden letzten Staaten, für die noch die alte Devise gilt, die man so formulieren könnte: Wir schreiben über euch nur das, was ihr selbst in eurer Presse veröffentlicht. Einst war das die einheitliche Position für das ganze sozialistische Lager.

Was erwartet die Blockfreien?



Eine Welt ohne Militärblöcke. Wie beeinflusst das die Zukunft der größten Massenbewegung der Gegenwart?

Professor **Rais Tasmuchamedow**, Ratsvorsitzender der Gruppe zur Unterstützung der allgemeinschlichen Werte der Blockfreiheit (SCSN).

Solange in der Welt der Geist des kalten Krieges herrschte, haben die Perspektiven der Bewegung der Nichtpaktgebundenen bei niemandem Zweifel geweckt. Neue Züge in der Weltpolitik haben aber anscheinend die Zukunft dieser Bewegung in Frage gestellt.

Im September v. J. versuchte die Bewegung der Blockfreien bei der Konferenz in Belgrad diesbezügliche Zweifel zu zerstreuen, indem sie einen historischen Schritt tat: Sie ging von der Position eines außenstehenden Kritikers der Supermächte und deren Blockpolitik zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit diesen Mächten und anderen Staaten der Blöcke über.

Professor **Nikita Tschaldymow**, Generalmajor, Leiter eines Lehrstuhls an der Militärpolitischen Akademie.

Leider verstanden viele in der Bewegung der Blockfreien die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen als Wechsel von der West-Ost-Konfrontation zur Nord-Süd-Konfrontation. Meiner Ansicht nach haben diese positiven Veränderungen im Gegenteil eine günstige Grundlage für die Aktivierung der paktfreien Staaten im Kampf um die Herstellung einer auf dem Primat der Menschenrechte und der allgemeinschlichen Werte sowie auf den Interessen anderer Staaten beruhenden internationalen Ordnung geschaffen, dafür also, wofür die Bewegung eigentlich auch von Anfang an eintritt.

R. T. Es kann also zu einer Situation kommen, daß eines der wichtigsten Kriterien der Nichtpaktgebundenheit, die Nichtteilnahme an den Blöcken

der Supermächte, sich von selbst erübrigt und jedes blockfreie Land frei zu politischen Bündnissen mit den Supermächten stoßen kann, ohne seinen Status der Nichtpaktgebundenheit zu verletzen?

N. Tsch. Je weiter der Prozeß der Politisierung der NATO und des Warschauer Vertrags voranschreiten wird, umso mehr Möglichkeiten wird es für die blockfreien Staaten geben, an der Politik der heutigen Blöcke teilzunehmen.

Beim Warschauer Vertrag müssen dringend politische Mechanismen geschaffen werden. Das ist sehr wichtig, wenn wir unsere Aufgaben mit den Interessen der Blockfreien verknüpfen wollen.

Professor **Anatoli Glinkin**, Abteilungsleiter im Institut für Lateinamerika.

Nicht weniger wichtig ist auch die Tatsache, daß die Bewegung ihrerseits für eine Teilnahme der Mitglieder beider militärpolitischen Blöcke, wenn auch nur als Gäste, offen wird. Es sieht ganz so aus, als verschwände die langjährige „Paktphobie“...

Professor **Nodari Simonija**, stellvertretender Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen.

Ein solcher Begriff hat wohl seine Berechtigung. Zur Konferenz nach Belgrad hatte man ja wirklich „Gäste“ vom Warschauer Vertrag – Bulgarien, Ungarn, die DDR, Polen, die Tschechoslowakei – geladen. Und auch von der NATO, und da nicht nur die „Kleinen“, Griechenland, Portugal und Spanien, sondern auch solche einflußreichen Mitglieder des Nordatlantikpakts wie Kanada und Norwegen.

R. T. Ich möchte noch hinzufügen, daß ich in den Wandelhallen bei der Konferenztagung Vertreter der Botschaften und der Außenministerien der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der BRD sah...

BEOGRAD '89
ninth non-aligned summit

التوتر التاسع لرؤساء دول
أو حكومات البلدان غير المتحالفة

ninth conference of heads of state
or government of non-aligned countries

neuvieme conference des chefs d'état
ou de gouvernement des pays non alignés

novena conferencia cumbre de jefes de estado o
de gobierno de países no alineados

deveta konferencija šefova država
ili vlada nesvrstanih zemalja



Belgrad, September 1989. Bei der 9. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder

Foto aus der Zeitschrift: „Jeune Afrique“

Aufruf der sowjetischen Fachleute

Wir, sowjetische Wissenschaftler und Publizisten, die Probleme der Nichtpaktgebundenheit untersuchen, wenden uns an unsere Kollegen in den Ländern der Bewegung der Blockfreien sowie in den Ländern, die der NATO und dem Warschauer Vertrag angehören, mit dem Aufruf, die Anstrengungen der Öffentlichkeit der nichtpaktgebundenen und der Blockstaaten für die Schaffung einer gewalt- und atomwaffenfreien Welt zu vereinen. Wir sind der Meinung, daß die Konzeption der Blockfreiheit in vielem mit den Grundlagen des neuen politischen Denkens übereinstimmt, das vieles aus dieser Konzeption entlehnt hat.

Was imponiert uns an der konzeptuellen Grundlage der Bewegung? Das sind vor allem:

- das gewaltlose, Konfrontationen verurteilende Herangehen an die internationalen Beziehungen;
- die Anerkennung der Interdependenz und der Integrität der Welt;
- der Kampf um das Überleben der Menschheit und die Festigung des Friedens auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz;
- das konsequente Streben nach Demokratisierung in den internationalen Beziehungen und im internationalen Recht auf der Grundlage der Anerkennung der Priorität der Interessen und Rechte der Individuen und der Völker;
- die Suche nach allgemeinem menschlichen Nennern für die Einheit der Völker der ganzen Welt auf der Basis der allgemeinem menschlichen Werte.

Wir sind überzeugt, daß das eine solide Grundlage dafür ist, daß sich die demokratischen friedliebenden Kräfte der blockfreien, als auch aller anderen Blockländer zur Schaffung einer von Ängsten freien und für die kommenden Generationen sicheren Welt vereinen, die sich auf die juristische und moralische Festigung der allgemeinem menschlichen Interessen und Werte stützt, damit jedes Individuum und jedes Volk sich entfalten kann. Davon hat uns ein weiteres Mal die Initiative der Bewegung der Blockfreien zur Verkündung der Jahre 1990-1999 als „Jahrzehnt des internationalen Rechts“ überzeugt, die auf der 44. UNO-Vollversammlung bestätigt wurde.

Die Organisationsformen einer solchen Vereinigung können verschieden sein. Das wichtigste ist die reale Einwirkung und die Schließung der Reihen für das edle Ziel, den Kult der Gewalt in den internationalen Angelegenheiten zu liquidieren und die gewaltfreie Politik in den internationalen Beziehungen zu verankern. Denn davon würde jeder Mensch, jedes Volk und jeder Staat profitieren.

Mit diesem Ziel haben wir uns zur Sowjetischen Gruppe zur Unterstützung der allgemeinem menschlichen Werte und der Blockfreiheit zusammengeschlossen.

Wir rufen unsere Kollegen in anderen Ländern zu einer initiativreichen und konstruktiven Zusammenarbeit auf.

Moskau. Angenommen bei der Gründungstagung der Sowjetischen Gruppe zur Unterstützung der allgemeinem menschlichen Werte der Blockfreiheit (SCSN)

N. S. Ich bin mit Professor Glinkin völlig einverstanden, daß die Bewegung heute aus der Isolation herauskommt, in der sie sich befunden hatte. Dafür gibt es viele Gründe. Erstens, überwogen bisher die Schutz- und Ausgleichfunktionen. Die Entwicklungsländer gehörten zu einer Welt, die in nach Hegemonie strebende Blöcke aufgeteilt ist. Unter diesen Bedingungen erfüllte die Bewegung für sie in bedeutendem Maße eine Schutzfunktion.

Junge Staaten sind nach der Erlangung der Unabhängigkeit stark an der Vereinigung der Anstrengungen interessiert, um ihre politische und wirtschaftliche Schwäche auszugleichen. Zweitens bleiben diese Funktionen der Bewegung zwar bestehen, verändern sich aber vor unseren Augen. Einige Länder entwickeln sich ziemlich schnell, die anderen können sich von der Rückständigkeit nicht frei machen. Unter diesen Bedingungen ist es durchaus möglich, daß sich innerhalb der Bewegung neue Vereinigungen bilden, was sich in einigen Regionen schon andeutet. Gleichzeitig wächst aber auch das Verständnis dafür, daß es nicht genügt, von der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung nur zu sprechen, gleichzeitig aber aufzurüsten und sich gegenseitig zu bekriegen... Man muß sich endlich von dem Gedanken frei machen, daß friedliche Koexistenz und Abrüstung nur

Sache der Supermächte sind, die ihnen zudem noch wirtschaftliche Unterstützung gewähren sollten.

Deshalb ging die Bewegung der Blockfreien in Belgrad an die Lösung allgemeinem menschlicher Probleme wie ökologische Sicherheit und Garantierung der wichtigsten Freiheiten und Menschenrechte vom Standpunkt des neuen Denkens heran... Darin sehe ich die wachsende Rolle der Bewegung in der Weltgemeinschaft für die Zukunft.

R. T. Stellen wir doch mal die Frage ganz konkret. Wird die Bewegung in der einen oder anderen Form im 21. Jahrhundert erhalten bleiben?

N. S. Ich denke, sie entstand in einer bestimmten Epoche und erfüllte bestimmte Aufgaben. Jetzt zeichnet sich die Tendenz ab, daß sich die Bewegung der Nichtpaktgebundenen im 21. Jahrhundert „assimiliert“, wenn auch nicht sofort. Kann sein, sie zersplittet in regionale Gruppen.

R. T. Ich denke, daß uns in allernächster Zukunft die völlige Auflösung der Blöcke noch nicht „droht“.

Darum geht es aber nicht allein. Ich war immer der Meinung, daß das wichtigste Ziel der Bewegung nicht darin besteht, keinem Block anzugehören, sondern in der Verteidigung der Unabhängigkeit seiner Teilnehmer und der Sicherung ihres Fortschritts. Unter-

dessen wächst die Kluft im Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen der Gruppe der Blockfreien und den Industriestaaten. Die nichtpaktgebundenen Länder und wir sitzen faktisch in einem Boot, weil die UdSSR und die osteuropäischen Länder ebenfalls an der Technologie und dem Kapital des Westens interessiert sind.

N. Tsch. Ich möchte Professor Simonija bezüglich der „Assimilierung“ der Bewegung der Paktfreien widersprechen. Wenn die heutigen globalen Prozesse erhalten bleiben, werden sich unabhängig von der Existenz der Blöcke die Beziehungen zwischen den Blockstaaten und den nichtpaktgebundenen Staaten natürlich verändern. Es wird aber nicht die Struktur dieser Beziehungen verschwinden, sondern die antagonistischen Widersprüche zwischen den Blöcken.

A. G. Ich bin auch nicht einverstanden mit Professor Simonija. Ich denke, daß die Bewegung in der einen oder anderen Form erfolgreich die Jahrhundertwende passiert. Die Unterschiede zwischen den Ländern bleiben doch erhalten, also wird das ihre Vereinigung in der einen oder anderen Form, darunter auch als Bewegung der Blockfreien z. B. auf der Grundlage der gleichen wirtschaftlichen Rückständigkeit, begünstigen. Sie werden gemeinsam nach der Lösung ihrer Probleme suchen. Deshalb steigt jetzt schon enorm das Interesse der Bewegung an der UNO. Hier stehen zwar vorerst spezifische Probleme im Vordergrund, hauptsächlich die Entwicklungsprobleme, doch in Belgrad klangen auch andere allgemeinem menschliche Ziele an, der Schutz des Ökosystems, die Menschenrechte...

N. S. Ich möchte meine Position etwas konkretisieren. Das Verschwinden der Bewegung der Blockfreien rechne ich nicht zu den nächstliegenden Ereignissen, das wird wohl im Laufe des 21. Jahrhunderts geschehen.

Jetzt noch zu einer qualitativ neuen Eigenschaft der Bewegung. Früher hat sie für die Befreiung von Kolonialismus und Rassismus gekämpft. Und das tat sie, indem sie in der Manier „revolutionärer Attacken“ den Imperialismus angriff. Daher auch die Losungen von antiimperialistischer Einheit, die, wie mir scheint, jetzt zu Unrecht beschimpft werden. Diese historische Mission ist erfüllt. Jetzt, nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit, stehen die nichtpaktgebundenen Staaten vor der Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung. Hier kann man mit „Kavallerieattacken“ nichts ausrichten.

Die Zeit der realistischen Einschätzungen ist gekommen. Natürlich erfolgt die Entwicklung der Länder der dritten Welt nicht gleichmäßig, ich bin jedoch nicht einverstanden mit Professor Tuschmamedow, daß sich die Kluft zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern vergrößert. Unsere gesamte Propaganda und unsere Wissenschaft beruhen auf dieser These. Man muß doch aber die Differenzierung in diesen Ländergruppen sehen: Die einen (10-12 Länder, nicht nur die „Vier Drachen“) haben einen Riesenschritt in ihrer Wirtschaftsentwicklung auf kapitalistischer Grundlage gemacht. Andere (30-40 Länder) stagnieren und können wahrscheinlich ohne die Hilfe der Weltgemeinschaft nicht vom Fleck kommen.

Auch die Bewegung der Blockfreien kann ihnen dabei nicht helfen. Hier kann es nur ein globales Vorgehen geben. Der wirtschaftliche Faktor kann also nicht die Konsolidierung der Bewegung selbst unterstützen, sondern, im Gegenteil, seine Teilnehmer in die Weltgemeinschaft integrieren.

Das geschieht natürlich nicht alles innerhalb von 10-12 Jahren, dieser Prozeß hat jedoch schon begonnen.

R. T. Kann man dann aber in diesem Fall behaupten, daß die Zunahme der Zahl „neuer Industrieländer“ die Bewegung von innen sprengt, weil sie das Fundament einbüßt, die Vereinigung auf der Grundlage von Entwicklungsinteressen?

N. S. In Südasien z. B. beschwerten sich einige kleinere Länder darüber, daß andere Länder – und das sind nicht etwa die Supermächte – die Vorherrschaft über sie übernehmen wollen. Ich denke jedoch, daß der Trend zur globalen Integration diese Prozesse verhindern wird. Einige nichtpaktgebundene Staaten werden Rettung nicht bei ihren Partnern in der Bewegung, sondern bei der Weltgemeinschaft suchen. Und in diesem Falle ist auch der Anschluß an irgendwelche politische Bündnisse außerhalb der Bewegung denkbar.

A. G. Ich bewerte vor allem die Zukunft der Bewegung der Blockfreien optimistisch. Sie hat doch schon ihre Fähigkeit bewiesen, sich in Übereinstimmung mit den Veränderungen in den internationalen Beziehungen zu transformieren. Wenn Sie so wollen, hat die Bewegung der Blockfreien mit Jugoslawien und einigen anderen Ländern an der Spitze nach den sozialistischen Ländern die Perestroika in Angriff genommen. Dazu stießen jetzt schon fast zwei Drittel der Teilnehmer der Bewegung.

Bei der Belgrader Tagung der Konferenz entstand die „Gruppe der 15“, die führenden Staaten der dritten Welt wie Indien, Brasilien, Argentinien und einige afrikanische Staaten vereint. Die Gruppe ist bestrebt, der Bewegung einen neuen Impuls zu verleihen, der es der Bewegung der Blockfreien ermöglicht, selbst in einer stark veränderten Welt an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts bestehen zu können.

Gleichzeitig ist jedoch die Perestroika, wie wir aus eigenen Erfahrungen wissen, ein komplizierter und widersprüchlicher Prozeß. Erstens sind nicht alle Mitgliedsländer der Bewegung der Blockfreien für die Perestroika. So gehören in Lateinamerika Argentinien, Venezuela und Kolumbien zu den aktiven Anhängern der Perestroika, Kuba, Nicaragua und Panama dagegen halten sich sehr zurück.

Zweitens kann ich einigen Prozessen nicht zustimmen, die sich in der Bewegung der Blockfreien abzeichnen. So z. B. dem Standpunkt des peruanischen Präsidenten Alan García Pérez, der bekanntlich eine große Rolle bei den Umgestaltungsprozessen der Bewegung der Blockfreien in Belgrad spielte. In seinem Beitrag „Die Entspannung in der Welt und die Bewegung der Blockfreien“ behauptete er, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost und West den Süden an den Rand der politischen und wirtschaftlichen Prozesse in der Welt

dränge und sich die Bewegung der Nichtpaktgebundenen konsolidieren müsse, um den Hegemoniebestrebungen des Nordens entgegenwirken zu können. Das steht im Widerspruch zum allgemeinen philosophischen Standpunkt der Bewegung über die Interdependenz und die Integrität der Welt.

R. T. Ich möchte noch einen neuen Trend in der Bewegung der Blockfreien hervorheben. Hier wurde früher der Standpunkt idealisiert, daß das allgemeine internationale Recht nicht den Interessen der nichtpaktgebundenen Staaten entspricht, weil es sich in Europa herausgebildet hat und nur den Interessen der Westmächte entspricht.

Deshalb kam die Initiative der Konferenz der Außenminister der Bewegung der Blockfreien in Den Haag, die am 30. Juni 1989 die UNO dazu aufrief, das bevorstehende Jahrzehnt zum „Jahrzehnt des internationalen Rechts“ zu erklären, für viele unerwartet. Die 44. UNO-Vollversammlung erklärte die Jahre 1990-1999 auf Initiative der Bewegung der Blockfreien einstimmig zum „Jahrzehnt des internationalen Rechts“.

Das bedeutet auch die Übernahme einer Reihe von neuen Verpflichtungen durch die blockfreien Staaten. Nehmen wir mal den humanitären Bereich, die Frage der Menschenrechte. Das stand zum ersten Mal in Belgrad auf der Tagesordnung der Bewegung der Blockfreien. Bis dahin haben wir uns immer nicht recht getraut, die Verletzung der

Menschenrechte in den Entwicklungsländern zu bemerken. Es entspricht aber den Tatsachen, daß gegenwärtig die Menschenrechte nicht so sehr im Westen und im Osten als vielmehr in der dritten Welt massiv verletzt werden...

N. Tsch. Ich möchte noch eine wichtige Sache ansprechen, die wir oft vergessen, wenn es um die dritte Welt geht. Das ist der Waffenhandel. Die nichtpaktgebundenen Staaten sind die wichtigsten Käufer. Deshalb könnten sie, wenn sie auf solche Käufe verzichten würden, einen bedeutenden Beitrag zur Aufhebung des Wetttrübens leisten.

A. G. Aus unserem Gespräch wird deutlich, daß die Bewegung der Blockfreien ein kompliziertes, sich ständig weiterentwickelndes Phänomen des modernen internationalen Lebens ist. Und mir scheint, daß es wert wäre, daß man es systematisch untersucht.

R. T. Ich möchte unsere Kollegen aus den anderen Ländern des Nordens und des Südens, des Ostens und des Westens aufrufen, an der Erörterung der globalen Rolle und der Bedeutung der Bewegung der Blockfreien teilzunehmen und dabei die allgemeins menschlichen Werte zu entlehnen oder einzubringen, die uns bei der Schaffung einer gewaltfreien Welt von freien und prosperierenden Völkern helfen.

Das Rundtischgespräch wurde vorbereitet
von J. Borowoi

Das sowjetisch-britische Joint-Venture

ASMARAL

ist immer für Sie da.

- Hotelwesen „Interservice“
- Limousine-Service
- Transfers von und zu Flughäfen
- Betreuung durch hochqualifizierte Dolmetscher
- „Shaurma“-Gaststättenbetrieb
- Export-Import-Operationen
- Bau- und Restaurationsarbeiten

ASMARAL in Moskau:

109240 Moskau, Kotelnitscheskaja Nabereshnaja
1/15, B-Gebäude
Telex: 411823
Telefon: 227 44 46, 227 42 86, 227 04 92

Verrechnungen in frei konvertierbarer Währung

Gewaltlos

Sambias Präsident Kenneth Kaunda ruft die Führer des ANC und der Administration in Pretoria zu einem friedlichen Dialog auf

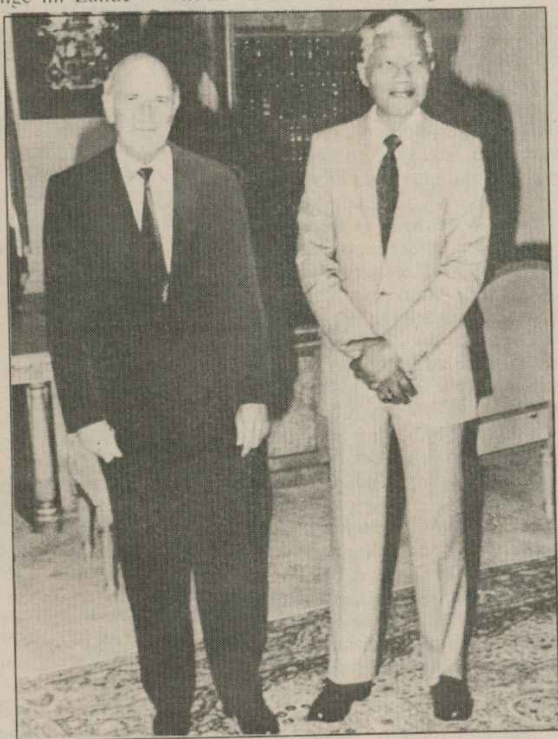
Am ersten Tag nach der Freilassung von Nelson Mandela setzte sich der Führer der Frontstaaten, Sambias Präsident Kenneth Kaunda, telefonisch mit dem ANC-Führer in Verbindung. Die Einzelheiten dieses Telefongesprächs gelangten durch einen glücklichen Zufall in die afrikanische Presse. Kenneth Kaunda erklärte, er wolle den RSA-Präsidenten Frederik de Klerk bitten, den Ausnahmezustand möglichst bald aufzuheben und alle politischen Häftlinge im Lande freizulassen. Nur solche unverzüglichen Schritte der Regierung Südafrikas, versicherte Kenneth Kaunda, könnten ein Klima schaffen, das zur Aufnahme eines friedlichen Dialoges zwischen den Vertretern der beiden größten Volksgruppen Südafrikas beitragen würde.

Unterdessen appellierte der sambische Präsident an den ANC, auf den bewaffneten Kampf gegen das Apartheidregime zu verzichten, um so de Klerk die Chance zu geben, die in der RSA bereits begonnenen Reformen fortzuführen.

Die führenden Vertreter der Frontstaaten reagierten unterschiedlich auf diesen Aufruf. Die einen sahen darin einen Verzicht auf die Prinzipien der Erklärung von Harare, die die Konzeption des ANC von der Verbindung politischer und militärischer Formen des Kampfes unterstützt. Andere meinten, Kaundas Appell sei der kluge Ratschlag eines der erfahrensten Staatsmänner Afrikas, um in nächster Zeit und vor allem ohne Blutvergießen eine Lösung der südafrikanischen Frage zu erreichen. Noch vor Mandelas Freilassung sagte Kenneth Kaunda zu mir, das Leben selbst verlange vom Führer des ANC die Entscheidung, welchen Formen des Kampfes er in der jetzigen Situation in der RSA den Vorzug gebe.

Die ersten Tage nach seiner Freilassung

zeigen, daß Nelson Mandela seine Wahl getroffen hat. Es ist eine Wahl des gesunden Menschenverstandes. Der ANC-Führer, der seine enormen Erfahrungen und seinen Einfluß unter den Afrikanern nutzte, rief die Teilnehmer von Massenmeetings und Demonstrationen auf, Recht und Ordnung zu wahren, die Disziplin aufrechtzuerhalten und sich darauf vorzubereiten, die Macht politisch zu erringen. Seine ruhigen, ausgeglichenen Äußerungen wollen so gar nicht zu den wilden Schreien der Anhänger des Pan-



Nelson Mandela und Frederik de Klerk – die beiden einflußreichsten Politiker Südafrikas

Telefoto: AP – TASS

afrikanischen Kongresses von Südafrika passen, die verlangen, Frederik de Klerk mit Waffengewalt zu Verhandlungen zu zwingen. Ob sie es wollen oder nicht – sie handeln im Grunde unisono mit den ultrarechten Kräften der Weißen in der RSA. Es ist ja kein Geheimnis, daß Frederik de Klerks Reformen auf den erbitterten Widerstand der weißen Konservativen in Südafrika stoßen. Frederik de Klerk wird nicht nur an der Verwirklichung seiner Reformen gestört, sondern es werden

auch Unruhen provoziert und der Präsident erhält sogar Morddrohungen.

Auch im ANC selbst vollzieht sich eine deutliche Polarisierung der Kräfte. Die Anhänger der einen Konzeption bestehen weiter auf bewaffneter Gewalt, solange die Gefahr besteht, daß Frederik de Klerk unter dem Einfluß der Ultrarechten in der USA seine Politik der Aussöhnung ändern kann. Die Gegner solcher Ansichten meinen, daß man, verzichtet man jetzt auf gewaltsamen Druck auf die Regierung, die Initiative ergreifen und mit friedlichen Mitteln die strategischen Ziele des ANC erreichen kann.

Zweifelloos ist der ANC die allgemein anerkannte Kraft, die die schwarzen Südafrikaner zu mobilisieren vermag. Sein Ansehen und Einfluß sind selbst bei den erbittertesten Gegnern des ANC über jeden Zweifel erhaben. Doch in letzter Zeit haben auch andere Organisationen ihre Tätigkeit spürbar verstärkt – die Vereinigte Demokratische Front (UDF), die Gewerkschaftsverbände COSATU und SACTU sowie der Panafrikanische Kongreß, die alle ebenfalls einen Platz in der künftigen politischen Struktur der südafrikanischen Gesellschaft beanspruchen. Folglich wird der ANC in Zukunft sein Recht auf die führende Rolle in der Gesellschaft erkämpfen müssen.

Die Gegner des ANC stellen es so hin, als gäbe es zwei Organisationen des ANC – eine im Ausland tätige (mit Hauptquartier in Lusaka) und eine in der RSA aktive, die von Mandela geleitet werden müsse. Die Ereignisse der letzten Tage haben deutlich werden lassen, wie haltlos derartige Behauptungen sind. Nelson Mandela erklärte ebenso wie sieben früher aus dem Gefängnis entlassene Führer des ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, daß es nur einen Afrikanischen Nationalkongreß gibt.

Auf der jüngsten Tagung des Nationalen Exekutivkomitees des ANC in Lusaka wurde der Beschluß gefaßt, für Verhandlungen mit Frederik de Klerk eine Delegation aus den führenden Vertretern des Inlands- und des Auslandsflügels der Organisation zu entsenden. Unterdes hat der Kongreß den ersten offiziellen Kontakt mit den Behörden und beabsichtigt, gemeinsam eine Position zu einer nationalen Lösung zu erarbeiten. Ein Schritt zum Dialog seitens des ANC ist getan. Jetzt hat die Administration in Pretoria das Wort.

Nikolai Reschetnjak

NZ-Korrespondent

LUSAKA

Eine Sicherheit, die wir nicht brauchen

Juri Ryshow, Vorsitzender des Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR für Wissenschaft, Volksbildung, Kultur und Erziehung

Ein Staat, der kolossale Rüstungspotentiale gehortet hat, erweist sich als äußerst verwundbar, sobald es um die inneren Probleme und die politischen, nationalen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen, um die geistige Stagnation und das intellektuelle Zurückbleiben unserer Gesellschaft geht

„Nur ja keinen Krieg!“ war der sehnlichste Wunsch der Sowjetbürger in den vergangenen Jahren. Die Drohung schien aus dem Ausland zu kommen. Heutzutage wird diesen Worten ein anderer Sinn unterlegt: Nur ja keinen Bürgerkrieg! Heute lauert die Gefahr für die Sicherheit unseres Landes und folglich für jeden seiner Bürger innerhalb der Grenzen. Die größte Gefahr ist die triste Aussicht auf eine hoffnungslose wirtschaftliche und technische Rückständigkeit, den sozialen Niedergang und die Zerstörung der gesellschaftlichen und nationalen Bindungen.

Sehen wir uns jetzt die gewohnten Konzepte der nationalen Sicherheit an, so erweisen sie sich als völlig widersinnig. Man könnte sogar behaupten, daß wir jetzt überhaupt kein Konzept der nationalen Sicherheit haben. Wie wurde es traditionell geformt? Man mußte ebensoviel (nach Möglichkeit auch viel bessere) Waffen haben wie der wahrscheinliche Gegner. Außerdem hatten wir das Komitee für Staatssicherheit (KGB), das dazu da war, Geheimnisse zu hüten, die Umtriebe der schon erwähnten Gegner zu enthüllen und die Spitzen der Gesellschaft zu schützen. Heute ist die nationale Sicherheit eine militärische, aber in gleichem Maße auch eine wirtschaftliche, ökologische, politische Frage, eine Frage der Beständigkeit der Kultur und der Durchbrüche in der Wissenschaft.

Die während des Stalinismus erreichte und bis heute noch nicht überwundene totale „Verstaatlichung“ der Gesellschaft führte dazu, daß der breit aufgefaßte Begriff der Sicherheit als einer Sicherheit von Gesellschaft und Land auf die Sicherheit der bestehenden Staatsinstitute reduziert wurde, die gegen äußere Gefahren nur mit militärischer Stärke und gegen innere Anschläge nur durch Unterdrückungsorgane zu schützen waren. Die administrative Kommandopolitik im Bereich der Sicherheit des Landes und die dieser Politik entsprechenden Methoden zur Gewährleistung der Sicherheit bestimmten auch unsere wirtschaftliche Entwicklung (unsere Wirtschaft wurde immer unter dem Blickwinkel des „Wettbewerbs zwischen beiden Systemen“ betrachtet, ganz zu schweigen von der in ihr herrschenden absoluten Priorität der Verteidigungsbranchen).

Ist das Hinlängliche vernünftig?

In unserer parlamentarischen Tätigkeit stolpern wir, wenn wir partielle Fragen zu lösen versuchen, immer über globale Probleme. Das kam zum Vorschein, als wir vorschlugen, die system-

bildenden ökonomischen Gesetze über die Eigentumsformen, den Grund und Boden und die Pachtverhältnisse zu erörtern. Ähnlich verhält es sich mit der nationalen Sicherheit. Als die Volksdeputierten sich mit den Problemen der Konversion beschäftigten, sah zunächst alles recht harmlos aus: Es gehe darum, kolossale Ressourcen (Roh- und Werkstoffe, Arbeitskräfte, wissenschaftliche und finanzielle Ressourcen) der zivilen Produktion zuzuführen. Bei näherer Betrachtung erwies es sich, daß es ein systembildendes Element gibt, bei dem man anfangen muß: das Konzept der nationalen Sicherheit.

Erst wenn wir ein solches Konzept formuliert haben, können wir uns konkreteren Dingen widmen. Beispielsweise: Was ist für die Organisation der Landesverteidigung von vernünftiger Hinlänglichkeit? Von welcher Vernunft geht man da am besten aus? Was ist die militärische Sicherheit? In den USA versteht man darunter nicht den Umfang der Rüstung, nicht die Ist-Stärke der Armee, sondern eine dynamische Modernisierung der Kriegstechnik. Im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit schenkt man in den USA der Information als einem Faktor der politisch-ökonomischen Beherrschung der Welt die größte Beachtung. Daher die gigantischen Datenbanken der Amerikaner.

Bei uns dagegen läuft die militärische Sicherheit nach wie vor darauf hinaus, unsere Muskeln zu vergrößern. Das wurde von unserer Machtstruktur gefördert. Es gab eine Zeit, da war ein und derselbe Mann, Marschall Ustinow, als Verteidigungsminister ein Auftraggeber für Militärtechnik und als Chef des Militär-Industrie-Komplexes, der diese Technik produzierte, auch der Auftragnehmer.

Der Etat des Verteidigungsministeriums kannte keine Beschränkungen, den Militärs wurde nichts verweigert. Beliebige, selbst völlig wahnwitzige und ruinöse Projekte wurden durchgeführt. Für ihre Realisierung geizte man weder mit materiellen Werten noch mit Rohstoffen oder Geld. Wir lebten jahrzehntelang nicht bloß unter den Bedingungen einer militarisierten Wirtschaft, sondern praktisch unter den Bedingungen einer Kriegswirtschaft. In Kriegszeiten gibt es nur ein einziges Ziel: Waffen zu produzieren und zu kämpfen. Unter diesen Umständen wurde alles, was die Militärs verlangten, ihnen ohne Einwände gewährt, während für das Volk sehr wenig übrigblieb. Nämlich die Beschwörung: „Nur ja keinen Krieg!“

Was geschieht jetzt, bei unserem heutigen Kurs auf Konversion? Bei uns werden in erster Linie die Bewilligungen für die Wissenschaft (den Brain Trust!) gekürzt, obwohl sie den Militär-Industrie-Komplex stützt, während die Finanzierung der Produktion (Vergrößerung der Muskeln) unangetastet bleibt. So kommt es, daß wir mit der einen Hand Waffen vernichten (und werden das in immer größerem Umfang tun), mit der anderen aber diese traditionellen Waffen weiter

produzieren. Wir vernichten Raketen und bauen Raketen, wir schneiden Panzer auf und lassen andere in Serie gehen. Das heißt, daß wir nach wie vor unsere Wirtschaft furchtbar überbelasten, nach wie vor Rohstoffe, Arbeitskräfte und Geld vergeuden.

Außerdem wird die Rüstungsindustrie, heute infolge ihres intellektuellen Potentials und der Qualifikation ihrer Arbeiter beinahe der einzige Faktor, der uns dazu berechtigt, uns unter die Industrieländer einzustufen, auf einen Befehl von oben und ohne Rücksicht auf ihre Spezifik mit der Herstellung von zivilen Erzeugnissen beauftragt, die das Land zwar braucht, die aber viel zu einfach sind. Statt die Betriebe des Militär-Industrie-Komplexes (der immer ein „Staat im Staat“ war und bleibt) zivilen Organen zu unterstellen, beobachten wir, wie zivile Branchen sich den MIK unterordnen. In den Betrieben der Rüstungsindustrie nimmt unterdessen der Ausstoß von zivilen Erzeugnissen, die auch früher produziert wurden, einfach mengenmäßig zu. Bei dieser Art Konversion riskieren wir, unsere ohnehin bescheidenen Positionen in den wissenschaftsintensiven Zweigen zu verlieren, ohne deshalb eine wesentliche Verbesserung auf dem Verbrauchermarkt zu erzielen.

Schon in diesem Jahr wird in Wien wahrscheinlich ein Abkommen über die Rüstungsbegrenzung in Europa zustande kommen. Die schon vereinbarten Obergrenzen für einzelne Waffenkategorien lassen den Schluß zu, daß der Bedarf an den wichtigsten traditionellen Waffen in der nächsten Zeit auf die Hälfte bzw. ein Drittel zurückgehen wird. Das aber betrifft unmittelbar die Zukunft gigantischer Betriebe, um sie entstandener Infrastrukturen und sogar ganzer Städte.

Gegenüber 1989 stieg der Anteil des Haushalts 1990, der für die militärischen Käufe, d. h. für die Serienproduktion, bestimmt war, von 42 auf 44 % (im amerikanischen Militäretat entfallen 28 Prozent des Gesamtumfangs auf solche Käufe). Besonders alarmierend ist, daß im laufenden Finanzjahr der Anteil der Ausgaben für die F/E-Arbeiten in der Verteidigungsindustrie an unserem Militäretat schätzungsweise um rd. 9 % zurückgegangen ist. Ferner sei darauf hingewiesen, daß die Ausgaben für den Unterhalt des Personalbestands unserer Streitkräfte weniger als 10 % des Verteidigungs-etats ausmachen, bei Betrieb und Instandhaltung der Militärtechnik sind es ca. 18 %, während die Amerikaner für die gleichen Ziele

über die Hälfte aller ihrer militärischen Bewilligungen – 27 resp. 29 % – ausgeben. Folglich herrscht in unserem Etat das Bruttodenken, der Kauf von großen Waffenmengen, vor, als könnte die Waffenmenge allein unsere Sicherheit garantieren.

Selbst wir Deputierten wissen bis heute nicht, wie die Mittel des Militäretats auf die Ministerien aufgeschlüsselt werden, wie unsere größten militärischen Programme aussehen und inwiefern sie sich mit dem Prinzip der defensiven Hinlänglichkeit vereinbaren lassen. Unser parlamentarisches Komitee war das einzige, das dem von der Regierung vorgelegten Haushaltsplan 1990 nicht zustimmte. Als wir die einzelnen Posten des Plans untersuchten, mußten wir an der Realität einiger seiner Größen zweifeln. Die Militärausgaben wurden dort mit mehr als 70 Md. Rubel festgelegt. Nach Berechnungen unserer Experten aber beläuft sich diese Ziffer auf rd. 200 Md. Rubel. Aufgrund unserer alten Sicherheitsvorstellungen, die letztendlich auf eine Supersicherheit hinausliefen, haben wir uns in eine Lage hineinmanövriert, in der diese Sicherheit die Wirtschaft unseres Landes einfach ruiniert. Wir müssen unserer nationalen Sicherheit eine zivile Grundlage geben. Anzufangen wäre vielleicht mit der Berufung eines Zivilisten zum Verteidigungsminister. Das muß vor allem ein Politiker sein und nicht ein (mitunter recht eigenartiger) Kenner der Kriegskunst.

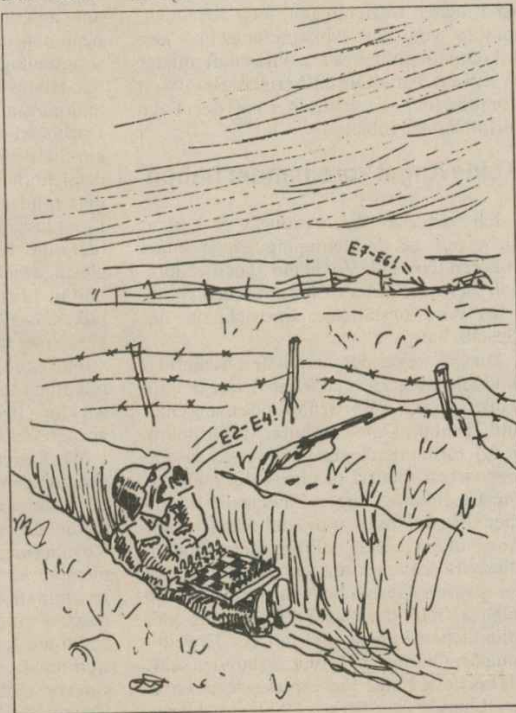
Euler und Iwanow

Es werden immer mehr unverarbeitete Rohstoffe ausgeführt und importierte Ausrüstungen nicht installiert (eine Ausnahme bildet nur die militärische Raumfahrtindustrie); Potential und Mechanismus der wissenschaftlich-technischen Innovationen sind untergraben. Die weitere Nutzung importierter Spitzentechnologien, die uns gegen Kredite gewährt werden, kommt einem allmählichen technologischen Selbstmord gleich.

Entscheidend für die Gewährleistung der militärischen und wirtschaftlichen Sicherheit des Landes ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt. Heutzutage zeugt es von der wirtschaftlichen Gesundheit eines Landes, wenn seine Bürger Entdeckungen machen oder Hochtechnologien meistern. Das ist eine Hauptkomponente der nationalen Stärke und eine unerlässliche Voraussetzung für die Stärkung der Verteidigung durch technische Erkenntnisse. Trotz der internationalen Arbeitsteilung müssen wir in jeder wissenschaftlichen Richtung wenigstens einen Forschungsansatz haben, denn man weiß nie, wo es zu einem Durchbruch kommen kann. Solche Themen dürfen nicht als Verschlusssachen behandelt werden, nur weil jemand sagte, dieses sei wenig perspektivisch und jenes nicht aktuell. Erst recht dürfen Arbeiten nicht aus ideologischen Erwägungen niedergehalten werden, wie das mit der Genetik und der Kybernetik war. Braucht man noch zu beweisen, wie sehr unsere Sicherheit wegen der Hetze gegen die Kybernetik geschwächt war?

Unsere Wissenschaftler müssen die Möglichkeit haben, sich mit ihren ausländischen Kollegen über jede mögliche wissenschaftliche Richtung auszutauschen. Sonst könnte es sein, daß es in einer Richtung zu einem Durchbruch kommt, wir aber nicht einmal einen einzigen Wissenschaftler haben, der versteht, worum es geht. Es ist z. B. gut, daß wir Menschen haben, die die Hochtemperatur-Supraleitfähigkeit theoretisch voraussagten, wenn sie auch nicht bei uns realisiert wurde.

Mit Geld für die Wissenschaft zu sparen, bedeutet, das Land zu schwächen. Neuerdings reisen Wissenschaftler aus, nicht nur deshalb, weil dort die Lebensverhältnisse besser oder die Honorare höher sind, sondern einfach deshalb, weil dort die entsprechenden Bedingungen für wissenschaftliche Arbeit bestehen. Theoretische Physiker leisten keinen unmittelbaren Beitrag zum Wirtschafts- und Rüstungspotential. Aber sie sind die Zukunft der Welt, der nationale Stolz. Wir dagegen trennen uns leicht von ihnen. Einst war der Schweizer Bürger Leonhard Euler ein großer russischer Wissenschaftler. Heute ist nicht ausgeschlossen, daß ein Russe Iwanow sich zu einem hervorragenden amerikanischen Wissenschaftler ent-



Zeichnung: Viktor Bogorad

wickelt. Beispiele dafür gab es schon früher (Wirtschaftswissenschaftler Leontjeff, Flugzeugkonstrukteur Sikorski).

Angst vor dem eigenen Schatten

Zahlreiche Organisationen sorgen bei uns für die Geheimhaltung, aber wie es so oft ist... Das Traurigste ist: Wir geben Riesengelder für die Geheimhaltung aus und erreichen dabei rein gar nichts.

Die gegenwärtige Etappe der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und die ihr entsprechenden Produktivkräfte sind mit Informationstechnologien und der Entwicklung der Informatik verbunden. Bedenkt man, daß über 50 % des Bruttosozialprodukts eines entwickelten Landes unmittelbar mit der Produktion, Verbreitung und Aufbereitung von Information zusammenhängen, so sieht man ohne weiteres: Die in der UdSSR bestehende Mißachtung der eigenen Informationsressourcen, die durch nichts begründete Geheimhaltung, die Unkultur auf dem Gebiet der Informatik tun unserer Stärke als Staat Abbruch. Die unbegründete Geheimhaltung fügt uns einigen Angaben gemäß einen Schaden von 30–40 Md. Rubel im Jahr zu; fast ebenso hoch ist der Staatshaushalt der UdSSR für Bildungs- und Gesundheitswesen. Das bedeutet, daß die Geheimhaltungstätigkeit, was den Umfang der einbezogenen Informationsressourcen und die Höhe der entsprechenden Ausgaben betrifft, eine ganze Branche bildet, die sich ohne eine durchdachte Strategie, rein impulsiv und chaotisch entwickelt.

Der Austausch zwischen Wissenschaftlern und anderen Fachkräften ist bei uns erschwert. Wegen der Geheimhaltung und in Abwesenheit jeder Konkurrenz überlappen sich angewandte Forschungen oft. Am schlimmsten ist, daß unter dem Mantel der Verschwiegenheit auch gepfuscht, Geld zum Fenster hinausgeworfen wird.

Der Ministerrat der UdSSR faßte am 15. November v. J. einen Beschluß, worin es u. a. heißt: „Der Obersten Attestationskommission den Auftrag erteilen, ... einen spezialisierten Rat zu bilden ... und ihn mit dem Recht auszustatten, den Titel eines habilitierten Doktors bzw. eines Doktors der technischen Wissenschaften ohne Verteidigung einer Dissertation, ohne Vorlegen wissenschaftlicher Referate und ohne Ablegen der entsprechenden Examina zuzuerkennen. Die Zusammensetzung des Rates wird durch die Kommission auf der Grundlage von Empfehlungen der Ministerien bestätigt... Dem Präsidium der Obersten Attestationskommission erlauben, ... die Zuerkennung eines akademischen Titels auf Empfehlung des genannten Rats zu bestätigen.“

Undenkbare, daß im fünften Jahr der Perestroika verheimlicht vor dem Volk und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit ein solches Dokument erscheinen konnte. Wir wissen, welche Mißbräuche es im System der Attestationskommission früher gab. Nun sollen die akademischen Titel prak-

tisch ohne Expertise verteilt werden, denn nicht einmal die Erörterung durch die Expertenräte der Kommission ist vorgesehen. Nun soll der erwähnte spezialisierte Rat akademische Titel in Dutzenden Fachbereichen zuerkennen. Diese Ausmaße kannte nicht einmal die Stagnation! Dabei gibt es in den diesem geschlossenen spezialisierten Rat vorgelegten Themen und Ausarbeitungen nichts Geheimen. Das Fehlen einer unabhängigen Expertise ist ein schlimmes Leiden unserer Gesellschaft. Sie ist totalitär. Wir arbeiten alle für ein und denselben Herrn. Deshalb ist es praktisch unmöglich, Akademiemitglieder oder Professoren für eine unabhängige Expertise über ein Großprojekt zu versammeln. Sie sind sämtlich Diener ihrer Branche. Es gab Versuche, eine unabhängige Expertise zu den wichtigsten Fragen der sowjetischen Militärtechnik einzuberufen. Zuerst (in der ersten Sitzung) zeigte sie sich durchaus staatsbürgerlich gesinnt, aber schon bei der zweiten Sitzung demonstrierte ein jeder seine Treue zum entsprechenden Ministerium.

Die gegenwärtige kosmetische Auffrischung des Systems der Geheimhaltung ist nicht dazu angetan, den wirklichen Erfordernissen der Sicherheit zu genügen. Die heutige Praxis der Bewachung von Geheimnissen widerspricht nicht nur der Glasnost-Politik, sondern auch dem Recht auf intellektuelles Eigentum und den auf dem Weltmarkt bestehenden Traditionen des Austausches von Wissen und wissenschaftsintensiven Waren.

Die größte Gefahr für die wirtschaftliche Sicherheit der UdSSR geht heute vom zentralen bürokratischen Kommandosystem in der Wirtschaft, darunter in den außenwirtschaftlichen Beziehungen, aus, aber nicht minder von der Abkapselung und der Inkompatibilität unserer Wirtschaft mit der Weltwirtschaft. Die bisherigen Reformen konnten der Verschlechterung der Lage nicht Einhalt gebieten.

Keine Angst voreinander haben

Ich verstehe die nationale Sicherheit nicht nur als Verteidigung gegen einen äußeren Überfall. Vor allem ist es die Stabilität der gesellschaftlich-politischen Situation, eine beständige Entwicklung der Gesellschaft.

Die Strategie der nationalen Sicherheit muß alle anderen staatlichen Strategien (in Außenpolitik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Umweltschutz, Militärpolitik usw.) zusammenfassen. Damit sie zusammenwirken, bedarf es eines Mechanismus der Beschlußfassung auf höchster staatlicher Ebene, und zwar unbedingt unter Anwendung von Prognosemethoden. Diese Beschlüsse müssen den Interessen der ganzen Gesellschaft entsprechen und folglich mit der Demokratisierung des öffentlichen Lebens und mit der Erweiterung der Glasnost unlösbar verbunden sein.

Das bestehende Sicherheitssystem unseres Landes ist überholt. Seine baldigste Reform tut not.

Das Programm der Landessicherheit muß juristisch abgesichert werden. Der Oberste Sowjet der UdSSR könnte die Grundlagen einer Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken zur Gewährleistung der Sicherheit vorbereiten. Erst nach ihrer Verabschiedung könnte man auch die Gesetze über Verteidigung, staatliche Sicherheit, das KGB, die sowjetische Miliz, das Staatsgeheimnis usw. formulieren. Die Erörterung einiger dieser Gesetzentwürfe ist für die 3. und die 4. Tagung des Obersten Sowjets geplant. Dabei dürften sie meines Erachtens nicht einmal zur ersten Lesung vorgelegt werden, solange sie nicht auf ihre Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Sicherheitskonzept geprüft sind.

Die Grundlagen der Gesetze über die Sicherheit müssen sich auf die Verfassung der UdSSR stützen. Es gilt, der Verfassungskommission neben den Grundlagen der nationalstaatlichen Einrichtung auch die Grundbestimmungen eines Konzepts der Staatssicherheit vorzulegen, damit am entsprechenden Abschnitt der neuen Verfassung gearbeitet wird.

Auch der staatliche Aufbau im Bereich der Landessicherheit erfordert grundsätzlich neue Entscheidungen. Vor allem sind vollwertige Strukturen im Obersten Sowjet der UdSSR zu schaffen, die imstande sind, sich mit diesem komplexen Problem regelmäßig und qualifiziert zu befassen, und mit erforderlichen Befugnissen auszustatten sowie mit Informationen zu versorgen. Der mögliche Übergang zum Präsidentschaftssystem macht es zweckmäßig, beim Staatschef ein höchstes Verfügungsorgan für Fragen der komplexen Landessicherheit zu bilden.

Mit Rücksicht darauf erscheint es zweckmäßig, sofort mit der Ausarbeitung eines neuen Konzepts der Landessicherheit zu beginnen und die Schaffung eines verfassungsmäßigen Mechanismus zum Schutz der lebenswichtigen Interessen des neuen nationalstaatlichen Systems zu erörtern. Dazu sind im Obersten Sowjet der UdSSR ein Sonderkomitee sowie ein Rat für Landessicherheit beim Staatschef und ein koordinierender Krisenstab zu schaffen. Beschlüsse über Fragen der Landessicherheit, die Gewährleistung des Interessengleichgewichts zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen, zwischen Republiken und Zentrum wie auch über die volle Erfassung der Bedürfnisse der politischen, militärischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und sozialen Entwicklung der UdSSR müssen demokratisch vorbereitet werden.

Wir kommen ohne die Vorbereitung der Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR über die Landessicherheit nicht aus, sie wären das juristische Fundament für die Regulierung der gesellschaftlichen Beziehungen im Bereich der lebenswichtigen gesamtstaatlichen Interessen. Außerdem müssen wir eine qualifizierte Expertise der gesamten legislativen Tätigkeit des Obersten Sowjets der UdSSR haben. Die Aufgabe besteht darin, diese Tätigkeit auf ihre Entsprechung den Erfordernissen der Landessicherheit hin zu prüfen.

Jungens im fremden Garten

Ausverkauf des Nationalreichtums – wirklich ein Business?

Hier ein kleiner Intelligenztest, zu dem mich folgende Zeitungs-meldungen veranlaßen:

„In Containern für Ausrüstungen und Ersatzteile hätten sich Behälter für Safffermentation befinden sollen, kamen jedoch Musikinstrumente, Rundfunk- und Fernsehapparaturen für insgesamt 25 000 Mark als Schmuggelware in einem Betrieb an.“

„Anstatt des deklarierten Schlepplumpens entdeckte der Zoll in festgehaltenen Kraftfahrzeugen 40 t Titandioxid. Für diese Lieferung wollte die Firma der Vereinigung Haushalt-Fernseh- und Videogeräte liefern.“

Und nun die Frage: Würde sich ein vom Wahnsinn umnachteter japanischer Unternehmer finden, der mit einem US-Kaufmann ein Abkommen über die Lieferung von Kfz schließt, statt dessen aber die Container mit Kameras, Gitarren und Pralinen-schachteln füllt? Wohl kaum. Würde ein Erdölindustrieller aus Kuwait Erdöl höchster Sorte liefern, in den Begleitpapieren aber es als Abfälle ausweisen? Auch kaum wahrscheinlich. In einem gesunden Wirtschaftssystem kann so etwas einem normalen Menschen nicht einfallen. Zu einem solchen Hokuspokus sind nur sowjetische Geschäftsleute und Genossenschafter fähig, die unter den spezifischen Verhältnissen des sozialistischen Marktes arbeiten. Die ganze Spezifik aber läuft darauf hinaus, frei zu handeln und zugleich „im Rahmen“ bleiben.

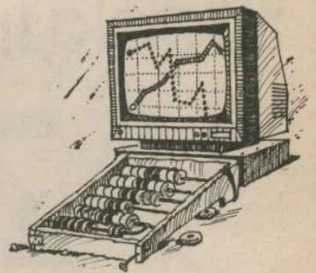
Hochgestellte Beamte erlaubten sowjetischen Betrieben nach zahlreichen Diskussionen, mit dem Ausland selbstständig zu handeln. Natürlich ging man davon aus, daß besagte Betriebe langfristige Verträge über Ausrüstungen

schließen würden, mit deren Hilfe man später Konsumgüter – die schon erwähnten Videoanlagen, Baßgitarren und sonstiges – herstellt. Da kannte man aber unsere Betriebe schlecht. Mit der Erlaubnis, ausländische Märkte selbstständig zu beliefern, verkauften sie prompt alles, was sie nur konnten. Kamen ihnen Rohstoffe unter die Augen, verschacherten sie sie ans Ausland, statt damit selber zu produzieren. Waren Rohre verfügbar, wurden sie schleunigst nach Übersee abtransportiert. Zu billig? Macht nichts, Goldrubel sind allemal besser als die nationalen „Kohlen“. Ganz zu schweigen von den verlockenden Möglichkeiten, Europa oder die „Wirtschaftstiger“ in Asien persönlich in Augenschein zu nehmen. Diese Leidenschaft ist stärker als die Angst vor der Obrigkeit wegen Plannichterfüllung oder die Angst vor dem Strafgesetzbuch.

Ergebnis dieses Handelns zwecks Valutamamerei war ein über alle Kanäle betriebener unverhohlener Ausverkauf von Nationalreichtümern, ob Holz oder Erdöl, Titan oder einzigartige Heilpflanzen. Sofort erhob sich das Geschrei: „Eure Genossenschaften, da habt ihr es! Da seht ihr die gierige Fratze des Privaten!“ Ja, was hat ein Privatindustrieller damit zu tun? Stellen wir uns vor, wie ein Privater im Westen verfährt. Vor allen Dingen sorgt er daran, mit seinen Erzeugnissen den Inlandsmarkt zu saturieren. Wenn ihm die nationalen Grenzen zu eng werden, unternimmt er wohlberechnete Schritte, einen ausländischen Markt zu beliefern. Freilich wirkt er mit maximaler Umsicht und Sachkenntnis. Für ihn ist ein Auslandsmarkt nicht Selbstzweck, sondern eine zusätzliche Gewinnquelle. Allerdings muß er dafür vorarbeiten.

Was unterscheidet jeden westlichen Firmeninhaber von unserem „Unternehmer“? Jedesmal, wenn sie über Kauf und Verkauf verhandeln, rechnen sie in Dollars, wobei jeder verausgabte Dollar von ihm selbst erwirtschaftet ist und nicht nur zurückfließen, sondern auch Profit bringen muß. Der Firmeninhaber denkt ständig an Gewinn und riskiert bei Mißerfolg sein persönliches Geld. Wenn unser sozialistischer Unternehmer ein Geschäft tätigt, denkt er nicht an das Risiko, sondern daran, ob ihm eine „Provision“ winkt. Am wenigsten schert er sich um den Gewinn, weil dieses, egal, hoch oder nicht hoch, vom Finanzministerium, Ministerrat oder dem eigenen Ministerium für „gesamtnationale“ Zwecke eingezogen wird. Da bleibt unseren Unternehmern nichts anderes übrig, als sich wie diebische Jungens in einem fremden Garten aufzuführen: soviel wie möglich einheimsen und fortlaufen, um dann die grünen Äpfel im Gebüsch zu verdrücken, in ständiger Angst, die werden einem weggenommen. Unsere Wirtschaftsleute benehmen sich deshalb so, weil sie die Unbeständigkeit und Feindseligkeit des bestehenden Wirtschaftssystems spüren. Sie leben in den Tag hinein und plündern das Land aus.

Wie hätte unser administratives System auf den einsetzenden hemmungslosen Ausverkauf von Roh- und Hilfsstoffen reagieren sollen? Klar, wie: **verbieten!** Nunmehr haben die Betriebe kein Recht auf Exportverträge ohne die Lizenz von oben, vom Ministerium für Außenwirtschaftliche Beziehungen. Sie müssen sich nach einer vom Ministerrat der UdSSR aufgestellten Liste richten, die Dutzende Artikel umfaßt. Somit ist der Status quo, die Aufschlüsselung laut



Plan, wiederhergestellt. Die Genossenschafter werden nicht mehr in der Lage sein, „Rußland zu verramschen“. Das darf nur noch der Ministerrat, und zwar nach einem von ihm selbst aufgestellten präzisen Plan.

Zweifelloos ist der Außenhandel zu regulieren. In zivilisierten Gemeinschaften bestehen entsprechende genaue Regeln. Man braucht nur an die Vanick-Jackson-Klausel zu erinnern, die beträchtliche Hindernisse im Handel zwischen UdSSR und USA schafft. Oder an die COCOM-Regeln. Das mag uns gefallen oder nicht, aber die westlichen Firmen halten sich in ihrer kommerziellen Tätigkeit genau an diese Beschränkungen. Bei uns herrscht ein völliges Chaos. Rechtsvorschriften interpretieren die Bedingungen für die Tätigkeit auf Auslandsmärkten verschwommen. Das Ergebnis ist, daß die Ministerien ihre Betriebe, die Betriebe das Land plündern und daß sie alle zusammen das Volk bestehlen.

Hätten wir freie, wirtschaftlich und juristisch selbstständige Betriebe, so würde ihnen kein Psychotherapeut den Gehorsam einflößen können. Da aber die sozialistischen Betriebe nie solche waren, es nicht sind und allem Anschein nach bis Ende unseres Jahrtausends auch nicht sein werden, haben sie das neue Verbot fügsam hingenommen, auf Reisen nach Übersee verzichtet und warten geduldig auf eine neue Erlaubnis.

Larissa Pijaschewa

Ist es leichter, Raumschiffe zu bauen als
Wurstmaschinen?

Stockungen auf zivilen Gleisen

**In drei Jahren
Konversion wurden
schon viele Fehler
gemacht. Beim
Herumprobieren
geht zu viel Zeit
verloren.
Der Preis
der Fehler ist
zu hoch**

Zunächst einige Zitate aus Reden, die beim Februarplenium (1990) des ZK der KPdSU gehalten wurden.

V. Koslenkow, Parteisekretär des Betriebes „Progress“ (Gebiet Kuibyschew): „Es entsteht der Eindruck, als würde sich niemand mit den Fragen der Konversion beschäftigen.“

V. Schabanow, Obermeister in der Produktionsvereinigung für Elektroaggregate Saratow: „Die Praxis zeigt, daß die Konversion von Rüstungsbetrieben gründlicher durchdacht und systematischer betrieben werden muß.“

B. Beloussow, Minister für Rüstungsindustrie der UdSSR: „Ich bin der Ansicht, daß es Zeit ist, ein Gesetz über die Konversion der Rüstungsindustriestrukturen der UdSSR auszuarbeiten, zu diskutieren und zu bestätigen.“

N. Gubenko, Minister für Kultur der UdSSR: „Wenn die KPdSU mit einem Konversionsprogramm auftritt, dann soll die Verteidigung die Kultur unter ihre Fittiche nehmen... Gebt uns bitte das von Stassow errichtete Kultur- und Architekturdenkmal zurück... gemeint ist das Proviandlager, wo gegenwärtig der Fahrzeugpark des Verteidigungsministeriums untergebracht ist.“

Mit dem gegenwärtigen Stand der Konversion ist niemand zufrieden, von den Arbeitern bis hin zu den Ministern. Woran liegt das?

Zahlen oder Phantome?

Glasnost im militärökonomischen Bereich wird am falschen Ende angepackt. Ihr wollt Informationen? Da habt ihr welche, aber an denen kann sich selbst der Teufel die Zähne ausbeißen.

Alles begann mit der Veröffentlichung des sowjetischen Rüstungshaushalts. Die genannten Zahlen, 77,3 Md. Rubel im vorigen und 71 Md. Rubel im laufenden Jahr, lösten im In- und Ausland Befremden aus, da sie aus dem ökonomischen Zusammenhang herausgerissen wurden.

Aus der angeführten Statistik ist nicht zu ersehen, ob es sich hierbei um Subventionen oder Ausgaben handelt, ob in den genannten Zahlen die Kosten für den Unterhalt der im Ausland stationierten Truppen, die Militärhilfe für andere Staaten und die Produktion von Kernmunition und spaltbarem Material enthalten sind. In den USA, deren Militärhaushaltsstruktur offensichtlich zugrunde gelegt wurde, werden diese Ausgaben den Budgetposten „Internationale Angelegenheiten“ und „Ausgaben des Energieministeriums“ zugeordnet.

Unklar ist außerdem, in welchen Preisen das Budget und die Einschätzung des Wertes welcher F/E-Arbeiten militärischen Charakters vorgenommen wurden. Wird ein Teil davon dem Haushalt der Akademie der Wissenschaften und anderer Behörden angelastet oder handelt es sich um eine

Wiederholungsrechnung? Welche Finanzquellen werden für die Konversion herangezogen: Mittel des Rüstungskomplexes oder andere Ressourcen des Staatshaushaltes?

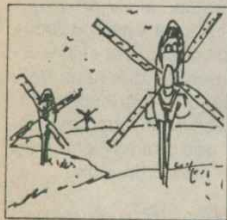
Dann wurde mitgeteilt, daß die Rüstungsproduktion gegenüber dem Fünfjahrplan um 19,5 %, die Lieferung von Panzern um 52 %, von Munition um 20 %, von Kampfflugzeugen um 12 % und von Kampfflurschrauben um 60 % gesenkt wird. Ein wunderbares Beispiel für Glasnost in der Rüstung! Auf welche Zahlen beziehen sich aber diese Prozente? Handelt es sich um eine wertmäßige oder physische Verringerung des Produktionsumfangs? Diese Fragen sind bislang unbeantwortet geblieben.

Danach geschahen noch verwunderlichere Dinge. Die Leiter unserer Rüstungsbehörden schalteten sich aktiv in die Propaganda der Konversionsideen ein und überschütteten buchstäblich die Forscher mit Zahlen. Hierbei bezeichnete man auch die Übergabe militärischer Technologien an zivile Branchen, die Erweiterung der Produktion ziviler Waren in Rüstungsbetrieben, den Transport von Apfelsinen für die Rentierzüchter auf der Tschuktschen-Halbinsel mit Militärflugzeugen und sogar den Verkauf rostiger Kriegsschiffe als Konversion.

Die Konversion ist für uns etwas Neues, und nicht alle wissen, daß man darunter eine Erweiterung der zivilen Produktion nicht parallel, sondern **anstatt** der Rüstungsproduktion versteht, wobei Rentabilitätsniveau erreicht werden soll, das mit dem vorkonversionellen vergleichbar ist. Deshalb darf man nicht einzelne Versuche, militärische Technik für friedliche Zwecke einzusetzen oder einen Teil ihrer Kosten durch Verkauf zu decken, als Konversion bezeichnen. Die Überleitung technologischer Neuerungen aus dem militärischen in den zivilen Bereich wird unabhängig von der Konversion in allen westlichen Ländern umfassend praktiziert, wo dieser Prozeß als „Spin off“ bezeichnet wird.

Besorgnis erregt auch die mangelnde Akkuratez beim Umgang mit Zahlen und anderen militärökonomischen Informationen, die aus verständlichen Gründen die Aufmerksamkeit im In- und Ausland auf sich ziehen. Selbst der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR und Vorsitzende der staatlichen Kommission für Rüstungsindustrie I. Beloussow führt in seinen vielen Interviews (allein im vorigen Jahr waren es fünf) miteinander unvergleichbare Zahlen an.

Gegenüber der Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ (10. Februar 1989) sagte er, daß bis 1995 die Rüstungsbranchen 3000 neue Positionen an Konsumtechnik für insgesamt 7 Md. Rubel produzieren werden. Bei seinem „Prawda“-Interview vom 28. August 1989 hieß es, man beabsichtige, dieselben 3000 Positionen für insgesamt 17,5 Md. Rubel zu produzieren. Es fällt nicht schwer, noch mehr Ungeheimheiten anzuführen. Sie werden von westlichen Forschern aufmerksam analysiert, die daraus ihre



Schlußfolgerungen ableiten, wie ernst wir es mit der Konversion meinen.

Außerdem ist ein beträchtlicher Teil der Informationen über die Rüstungsindustrie völlig sinnlos. So wurde beispielsweise die Nachricht verbreitet, bis 1995 würden die Rüstungsbranchen die Produktion ziviler Erzeugnisse von gegenwärtig 40 % auf 60 % des gesamten Produktionsumfangs erhöhen. Man kann sich nur schwer vorstellen, wie dieses Verhältnis berechnet wurde. Mit Stückzahlen geht das bestimmt nicht, denn Panzer und Waschmaschinen lassen sich nicht miteinander vergleichen. Die Preise lassen sich auch nicht gegeneinander aufrechnen, da Waffen und Kriegstechnik zum Selbstkostenpreis oder billiger geliefert werden und niemand ihren Marktwert kennt. Haushaltsgeräte werden dagegen mit einer riesigen Umsatzsteuer belastet, und ihr Preis wird nicht vom Markt, sondern vom Staatlichen Komitee für Preisbildung festgelegt. Wie kann man Unvergleichbares miteinander vergleichen?

Das Monopol festigt sich

Erstmals wurde von der Notwendigkeit, die Konversion zu planen, nach der Rede von Michail Gorbatschow vor der UNO gesprochen, in der er die Bereitschaft der UdSSR zum Ausdruck brachte, im Rahmen der Wirtschaftsreformen einen Konversionsplan auszuarbeiten und vorzulegen. Etwas später erklärte die Regierung, dieser Plan werde Ende 1989 fertig sein.

Nun schreiben wir das Jahr 1990. Offiziellen Verlautbarungen zufolge wird das inzwischen ausgearbeitete staatliche Konversionsprogramm von interessierten Organisationen, Ministerien und Behörden erörtert. Das Projekt wurde jedoch nicht veröffentlicht, weswegen die Öffentlichkeit es auch nicht kennt. Inzwischen kommt die praktische Konversion schnell voran, offensichtlich jedoch völlig planlos.

Anhand von Pressekommentaren wird ersichtlich, daß bei uns dieselben Leute mit der Planung und Realisierung der Konversion beschäftigt sind, die jahrzehntelang die Aufrüstungspläne verwirklicht haben. Die Abrüstung wurde ausgerechnet jenem anvertraut, der am wenigsten daran interessiert ist, nämlich dem Rüstungskomplex. Damit verstößt man gegen ein wichtiges Gebot weltweiter Erfahrungen: Die Konversion muß von Kräften geplant und stimuliert werden, die nicht mit dem militärisch-industriellen Bereich verbunden sind und frische, alternative Ansichten zum Problem der Demilitarisierung vertreten.

Pressemitteilungen zufolge beabsichtigt der sowjetische Rüstungskomplex nicht, mit dem

Obersten Sowjet der UdSSR viel Federlessen zu machen. Er ist es gewöhnt, die Mittel bewilligt zu bekommen, die er braucht, ohne sich sonderlich um den Staatshaushalt zu kümmern. Ihr wollt Konversion? Dann gebt uns Geld. G. Filschin sagte beim zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR, die Rüstungsindustrie habe zunächst um 63 Md. Rubel (ohne Investitionsbau) ersucht, ohne recht erklärt zu haben, wozu sie diese Mittel braucht.

Aus der nachfolgenden Diskussion ging hervor, daß dieser Geldberg nötig sei, um die Schaffung neuer Produktionskapazitäten für zivile Erzeugnisse innerhalb der Rüstungsindustrie zu schaffen. Vor diesem Hintergrund nehmen sich die 9 Md. Rubel recht bescheiden aus, die für die Umprofilierung bestehender Rüstungsbetriebe, d. h. für die eigentliche Konversion, ausgegeben werden sollen.

Wenn man außerdem berücksichtigt, daß vor einigen Jahren dem Rüstungskomplex bereits die Betriebe des aufgelösten Ministeriums für Maschinenbau für die Leicht- und Lebensmittelindustrie unterstellt wurden, dann wird offensichtlich, daß unter dem Deckmantel der Konversion tatsächlich eine Aufblähung des Rüstungskomplexes erfolgt, der sich immer mehr Zweige der zivilen Produktion unter den Nagel reißt. Damit wird die Konversion in ihr Gegenteil verkehrt. Anstatt Kapazitäten, die durch die Verringerung der Rüstungsproduktion freigesetzt werden, zivilen Branchen zu übertragen, fordert der Rüstungssektor zusätzliche Finanzspritzen für die Herstellung ziviler Erzeugnisse bei minimaler

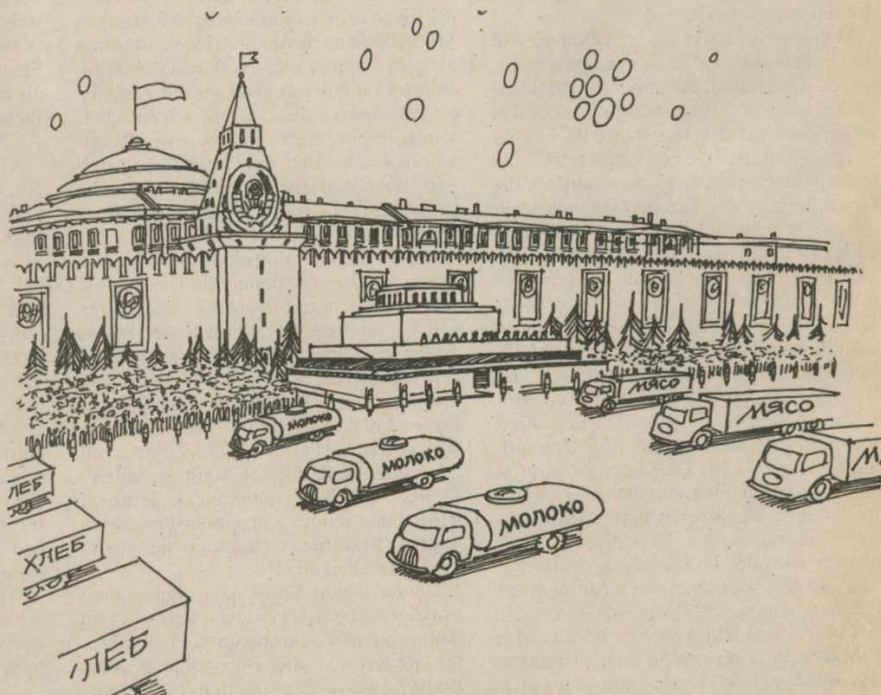
Umprofilierung des vorhandenen Potentials der Rüstungsindustrie.

Damit verpassen wir den einmaligen Moment, da man ein breitangelegtes Manöver der Ressourcen und eine tiefgreifende Demilitarisierung der Wirtschaft gewährleisten könnte. Das würde seinerseits nicht nur einen bedeutenden strukturellen Umbau bewirken, bei dem die Barrieren der Geheimhaltung fallen würden, die unsere Wirtschaft in zwei separate Sektoren, einen zivilen und einen militärischen, teilen, sondern würde eine beachtliche Erhöhung der Effektivität unseres Verteidigungspotentials zur Folge haben, das sich nicht nur auf eine beschränkte Enklave geheimer Branchen stützen müßte, sondern auf das ganze Wirtschaftspotential des Landes.

Vorerst aber festigt die hypertrophierte Rüstungsindustrie unter den Losungen der Konversion ihre Monopolstellung bei der Produktion vieler ziviler Waren. Das aber führt unsere stagnierende Wirtschaft noch weiter weg vom Markt und von der Entwicklung gesunder Konkurrenzbeziehungen. Vielleicht hat es der Westen, der die Konversion mit Worten unterstützt, trotz all unserer Aufrufe nicht eilig, Beziehungen zur sowjetischen Konversionsbetrieben aufzunehmen?

Teekessel? Sehr schwierig!

Erstmals wurden die Ergebnisse der Konversion Ende 1989 vorgelegt. Sie sind nicht gerade beruhigend. Das Programm für Massenproduktion von hocheffektiven Anlagen zur Verarbeitung von landwirt-



Zeichnung: Marat Walischuchmetow

schaftlichen Erzeugnissen wurde nicht erfüllt. In den ersten neun Monaten wurden drei Viertel des Jahresarbeitszeitfonds aufgewandt, jedoch nur 68 % des Produktionsumfangs realisiert. Von 120 Maschinen und Anlagen wurden lediglich 23 in Serie genommen. Nur 15 % der Technik entspricht dem Weltniveau. Viele kritische Worte zur Konversion waren auch beim zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR zu hören.

Es ist offensichtlich geworden, daß die Konversion nicht richtig vorankommt. Die Rüstungsbranchen werden nicht mit der Produktion elementarer Erzeugnisse fertig. So hat z. B. das Ministerium für Flugzeugindustrie 1988/89 Maschinen für 15,6 Mio Rubel weniger produziert. Das sind 21 % der geplanten Menge. Erklärt wurde das mit dem Hinweis darauf, daß die Presse für das Stanzen von Schuhsohlen, das Aggregat zum Einfärben von Leder und andere Maschinen für die Schuhindustrie zu komplizierte Erzeugnisse seien. Das bekannte Leningrader Kombinat „Krasny Wyborshez“ erfüllte seine Planaufgaben bei der Produktion von elektrischen Teekesseln nicht. Auf die Frage, woran es liege, antwortete der Generaldirektor, Teekessel wären sehr schwierige Erzeugnisse.

Korrespondenten bemerkten voller Ironie, daß ein Betrieb, der erfolgreich Raumschiffe produziert, mit der Herstellung einfacher Wurstmaschinen nicht fertig wird. Mich persönlich wundert das gar nicht. Das zeugt vor allem von dem nicht ausgefeilten Mechanismus der Konversion, vom Fehlen präziser Vorstellungen von ökonomischen Stimuli und Hebeln.

Man muß in erster Linie begreifen, daß die Konversion nur dann zweckmäßig ist, wenn sie sich durch ökonomische Effektivität auszeichnet. Unter diesem Blickwinkel lassen sich die Rüstungsbetriebe in drei Gruppen unterteilen, nämlich in solche, die im Falle der Abrüstung vollständig auf die Herstellung ziviler Erzeugnisse umgestellt werden müssen, die einer partiellen Konversion unterzogen werden und andere, die zu demontieren oder zu konservieren sind.

Soweit man aus Pressemitteilungen schlußfolgern kann, sind mehr als 420 Betriebe der Rüstungsindustrie von der Konversion betroffen, deren Tiefe zwischen 5 und 100 % schwankt. In einigen Fällen ist also mit einer völligen Umprofilierung zu rechnen. Hier wäre es wichtig, gleich zu entscheiden, was ökonomisch vorteilhafter ist: eine Anpassung der Rüstungskapazitäten an die Herstellung ziviler Erzeugnisse oder die Schließung des Betriebes, um für die eingesparten Mittel einen neuen zu bauen.

Vorerst versucht man hier und da, das Problem der Konversion durch Bremsen des militärischen Fließbandes oder durch die Erweiterung der Produktion von Kon-

sumgütern in Nebenabteilungen zu lösen. Die weltweiten Erfahrungen beweisen jedoch, daß beide Wege ökonomisch gesehen nicht effektiv sind. Die Einschränkung der vom Band laufenden Panzer und SPW bietet keine Möglichkeit, sie durch Traktoren oder Lastwagen zu ersetzen. Die Produktionskapazitäten werden lediglich in geringerem Maße genutzt. Der Versuch, die zivile Produktion in Nebenabteilungen zu steigern, zeigt aufgrund der Überalterung und des hohen Verschleißgrades ihrer Grundfonds keinen Effekt.

Der rationellste Weg der Konversion wäre daher die völlige Umprofilierung einzelner Rüstungsbetriebe und ihre Abtrennung vom militärischen Wirtschaftssektor. Hierbei braucht man nicht zu versuchen, Betriebe umzuprofilieren, die nicht der Konversion unterliegen. Es wäre billiger, sie zu konservieren und Spezialanlagen zu verkaufen.

Im Unterschied zu westlichen Unternehmen sind die sowjetischen Betriebe nicht mit dem Problem des Absatzes ihrer Konversionserzeugnisse konfrontiert. Bekanntlich herrscht auf dem sowjetischen Binnenmarkt Ebbe. Käufer finden sich für alles mögliche. Aber selbst unter diesen Bedingungen erfolgt keine Kopplung zwischen Möglichkeiten und Bedürfnissen. Die Rüstungsbetriebe, an feste Staatsaufträge gewöhnt, haben noch nie etwas von Marketing gehört und stehen plötzlich vor der Notwendigkeit, Käufer für ihre Konversionswaren selbst zu suchen.

Auch der staatliche Verteilerschlüssel, der zwar eher von einem hypothetischen Modell und nicht von der realen Situation ausgeht, konnte nicht helfen. Dem Ministerium für Flugzeugbau sei die Aufgabe gestellt worden, beschwerte sich ein Chefkonstrukteur, die Produktion von Paketautomaten bis 1995 auf 1000 Stück zu steigern. Die Betriebe haben 90 Maschinen hergestellt, aber es gibt schon keine Käufer mehr.

Die Generaldirektoren vieler Rüstungsbetriebe, denen die Herstellung von Landwirtschaftstechnik übertragen wurde, mußten, als sie sich der neuen Aufgabe widmeten, voller Verwunderung feststellen, daß es keine technologischen Zielpprogramme für die Entwicklung konkreter Anlagenarten für diesen Zweig der Volkswirtschaft gibt. Es gibt Zahlen, mit denen der Bedarf einer Stadt an Milch-, Fleisch- und Brotprodukten ausgedrückt wird, ohne jedoch mit einem Programm über die Schaffung technologischer Strukturen versehen zu sein.

Denen, die die Konversion planen, muß exakt gesagt werden, wieviel Betriebe und Anlagen eine konkrete Stadt, ein konkreter Rayon für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse an bestimmten Lebensmitteln benötigen. Das ist keine Marotte der

Rüstungsfachleute, sondern eine primäre Forderung der zivilisierten Planung des Ausmaßes und der Nomenklatur der Produktion.

Die Verwirklichung der Konversion wird deutlich durch das veraltete Geheimhaltungsregime behindert, das weiter wuchert. Ein Fernsichtteam wurde in Wladimir nicht in eine Produktionshalle eingelassen, wo Traktoren gebaut werden. Das ist nun wirklich keine Technik, die der Geheimhaltung unterliegt. Die militärischen Kapazitäten des Betriebes sind lediglich zu einem Fünftel ausgelastet. Im Zusammenhang mit der Einschränkung der Rüstungsproduktion wird die Auslastung weiter sinken. Man könnte auf den freien Anlagen durchaus Kleintraktoren herstellen, für die in der Volkswirtschaft ein großer Bedarf besteht. Aber nein, das geht nicht. Hinter dem Werkzeug ist alles geheim. Die Tore dürfen nur mit einer Sondergenehmigung des Ministerrats geöffnet werden, die es bis heute noch nicht gibt.

Ich fürchte, daß wir noch lange darauf warten müssen. In der ganzen Rüstungsindustrie hat sich das ANT-Syndrom ausgebreitet. ANT, das war der skandalumwobene Konzern, der 12 Panzer ins Ausland verkaufen wollte. Um dem einen Riegel vorzuschieben, wurde das Geheimhaltungsregime verschärft. Nun trifft kein Direktor eines Rüstungsbetriebes irgendeine Entscheidung zur Konversion ohne Segnung von „oben“.

Ein positiver Effekt ist bisher noch nicht zu spüren, negative Effekte umso mehr. Die Unzufriedenheit mit den Formen und Methoden, mit denen die Konversion durchgeführt wird, wächst in gesellschaftlichen Organisationen, im Obersten Sowjet und in der Bevölkerung allgemein. Verwundert schaut man im Westen auf diese Konversion „nach sowjetischer Art“.

Vielleicht ist jetzt die Zeit gekommen, Rückschau zu halten und vernünftig alle Seiten der Konversion zu analysieren, ihre Pläne einer unabhängigen Expertise zu unterziehen. Ich denke, daß sich nicht nur das Komitee zu Fragen der Verteidigung und der Staatssicherheit des Obersten Sowjets der UdSSR, sondern auch die Komitees zu Fragen der Wirtschaftsreform, der industriellen Entwicklung, der Arbeit, der Preisbildung und Sozialpolitik, der Ökologie, der Gesetzgebung u. a. aktiv mit den wunden Punkten der Konversion befassen und den Grad der Übereinstimmung der Handlungen auf diesem Gebiet mit den Interessen des Landes insgesamt werten und entsprechende Empfehlungen ausarbeiten müssen.

Wir können uns nicht länger tastend vorwärts bewegen. Beim Probieren geht zu viel Zeit verloren. Der Preis von Fehlern ist viel zu hoch.

Dr. oec. Alexej Kirejew

Befehl oder Gesetz?

Das „oder“ in der Überschrift mag befremdlich erscheinen. Sind Befehl und Gesetz etwa nicht ein und daselbe? Ist der Befehl des Vorgesetzten etwa nicht Gesetz für den Untergebenen? Ist das Gesetz etwa kein Befehl, der an alle ergeht? Wahrscheinlich wird das Problem etwas klarer, wenn man es als die Frage nach dem Verhältnis zwischen Gesetzesbefehl und moralischem Gesetz formuliert.

Diese Frage, bis vor kurzem nur ein Thema für theoretische Erörterungen unter Philosophen und Rechtskundlern, hat in unseren Tagen einen alarmierenden Beiklang erhalten. Der Afghanistankrieg, die Ereignisse in Tbilissi, der Ausbruch von Leidenschaften in nationalen Konflikten und die Sprengung von ungenehmigten Versammlungen und Demonstrationen zwingen uns nun schon zum zweiten Male im Verlauf unserer Geschichte, für diese beinahe unlösbare Aufgabe eine Lösung zu finden. Muß ein Soldat, wenn sein Kommandeur ihm einen tatsächlich unmenschlichen oder gar ungesetzlichen Befehl erteilt, diesen ausführen?

Lastet, wenn er ihn ausgeführt hat, noch die ganze Verantwortung auf dem Kommandeur? Ist eine Schuld des Soldaten vollständig auszuschließen?

Schuld der Befehl verweigert worden, welchen Wert hat er dann überhaupt noch? Ein gesetzlicher oder ungesetzlicher Befehl: Was soll das eigentlich bedeuten? Ein Soldat wird nicht erst zum Juristen eilen. Er kann aber auch einen durchaus rechtmäßigen Befehl für ungesetzlich halten.

In diesem Zusammenhang fiel mir das Kriegsjahr 1943 ein, als unsere marschbereite Kompanie auf ihren Fronteinsatz vorbereitet wurde. Damals wurde uns eingehämmert: Der Soldat muß jeden Befehl ausführen, und der Kommandeur muß ihn notfalls auch mit Gewalt oder mit der Waffe dazu zwingen. Man erklärte uns, wie „fehlerhaft“ die Dienstvorschrift vor dem Krieg war, die, weniger eindeutig gehalten, dem Soldaten das Recht auf Befehlsverweigerung einräumte.

Ich weiß, daß die Armee eine starre Organisationsstruktur braucht. Was ist aber mit der Miliz und ihren freiwilligen Helfern? Als der Kampf gegen „nicht erarbeitete Einkommen“ anging, zerstörten Mitarbeiter der Organe für Inneres und ihre Hilfsheerführer Gewächshäuser, zertrampelten Tomatenbeete und vernichteten die Früchte schwerer menschlicher Arbeit. Auf Anweisung eines Rayonpartei- oder eines Rayonexekutivkomitees. Die wiederum handelten in höherem Auftrag. Lassen sich barbarische Akte etwa mit „Anweisungen“ legitimieren? Es gab nämlich nichts, was diesen Pogromhelden ernsthaft gedroht hätte. Den Milizionären konnte allenfalls eine Amtsenthebung, den freiwillig dreinschlagenden Enthusiasten nichts widerfahren. In diesem Fall konnte man sich nicht einmal mit dem Argument rechtfertigen, das die Mitarbeiter von Stalins „Organen“ für sich in Anspruch nahmen: Wenn ich nicht geschossen hätte, dann wäre ich erschossen worden.

Auch das Tribunal von Nürnberg, das die wichtigsten faschistischen Kriegsverbrecher abgeurteilt hat, wurde mit diesem Problem konfrontiert. Ein Rechtfertigungsgrund der Angeklagten und ihrer Verteidiger lautete denn auch: Wir haben einen Befehl ausgeführt. Wir hatten keine andere Möglichkeit. Soll doch der dafür geradestehen, der diese Befehle gegeben hat. Letztlich also der tote Führer. In Paragraph 8 der Satzung des Internationalen Kriegstribunals heißt es: „Die Tatsache, daß der Angeklagte auf Anordnung der



Wer soll für einen verbrecherischen Befehl geradestehen? Der Befehlsempfänger und Ausführende? Nach dem Afghanistankrieg und den Ereignissen von Tbilissi ist das keine müßige Frage mehr

Regierung oder auf den Befehl seines Vorgesetzten hin gehandelt hat, entbindet ihn nicht von seiner Verantwortung...“

Disziplin, sei es militärische, parteipolitische oder körperschaftliche Disziplin, bringt sich selbst in Mißkredit, wenn sie als blinde Unterwerfung unter das Wort eines Vorgesetzten, eines Anführers, eines Führers verstanden wird. Wie sollen nun aber diese nicht ganz einfachen Beziehungen geregelt werden? Freilich sollen unser Gewissen, unsere innere moralische Richtschnur, sollen Gottes Gebote oder gesamtgesellschaftliche Werte unser Verhalten diktiert oder es zumindest korrigieren. Doch auch das Gesetz soll den Menschen Antworten geben. Wenn es von den hier aufgeführten Wertvorstellungen ausgeht, muß es moralische Kategorien auf eine bestimmte Weise in juristische Normen überführen.

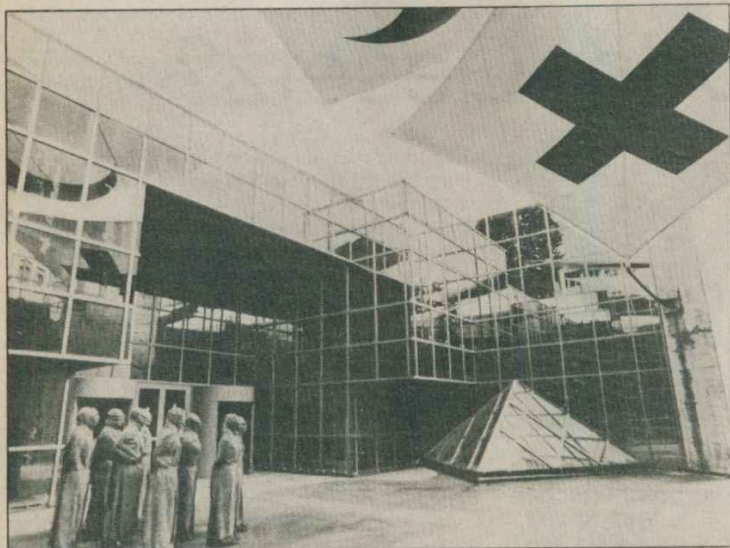
Der Entwurf für die Grundlagen des neuen Strafrechts hat dieses außerordentliche diffizile Problem nicht ausgespart. Im Entwurf wird vorgeschlagen festzustellen, daß der unmittelbar Ausführende eines verbrecherischen Befehls, wenn er dessen kriminellen Gehalt erkannt hat, für das von ihm begangene Verbrechen zur Verantwortung gezogen wird. Genauso wie derjenige, der einen verbrecherischen Befehl erteilt hat. Es kann auch Situationen geben, da der Befehlsempfänger und Ausführende, der gewöhnlich zum Sündenbock gemacht wird, den kriminellen Gehalt einer Anordnung oder eines Befehls nicht erkennt oder nicht begreift und seine naheliegenden und Spätfolgen nicht absehen kann. In diesem Fall trägt der Erteiler des Befehls die volle Schuld. Hier können verwickelte Kollisionen auftreten,

in denen sich zurechtzufinden für die Staatsanwaltschaft und die gerichtlichen Behörden nicht ganz leicht sein dürfte. Schon die Tatsache jedoch, daß eine solche Norm in den Grundlagen unserer Strafgesetzgebung vorliegt, ist von prinzipieller Bedeutung.

Soll das darauf hinauslaufen, daß der Befehl des Vorgesetzten kein Gesetz mehr für den Untergebenen ist? Nein, er ist Gesetz. Er ist ein Gesetz, das die gesellschaftliche Vernunft und die Erfahrungen von Jahrtausenden in seine Normen aufgenommen hat und sich an den Menschen als vernunftbegabtes und verantwortungsbewußtes Wesen richtet. Cicero hat gesagt: „Das höchste Gesetz ist die höchste Gesetzeswidrigkeit“. Das ist inzwischen eine abgedroschene Phrase. Viele solcher Handlungen werden auch in staatlichen Angelegenheiten begangen. So ging einer vor, der mit seinem Feind einen Waffenstillstand über dreißig Tage geschlossen hat und dann des Nachts über seine Felder herfiel.“ Die Paragraphen oder „Buchstaben“ eines Gesetzes mögen noch so hoch formalisiert sein, durch seine Unbeugsamkeit und seinen verpflichtenden Charakter jedoch bindet es dem Ausführenden immer noch die Hände.

Entwicklung und Durchsetzung demokratischer Grundsätze in unserer Gesellschaft und unsere Absage an autoritäre Leitungsmethoden bedeuten keineswegs, daß die Einzeileitung in der Armee oder in der Produktion abgeschafft wird; daß satzungsgemäße Verfahren in verschiedenen Organisationen untergeben werden oder die Disziplin in Parteien, nicht unbedingt nur in der KPdSU, gelehrt wird. Es gibt Bereiche und Momente im Leben, da die unhinterfragte Ausführung eines Befehls lebensnotwendig ist. Es kann vorkommen, daß nicht genug Zeit ist, um über die Rechtmäßigkeit einer Anordnung nachzusinnen. Dennoch sind Gewissen und Rechtsbewußtsein als Kompaß zuverlässig genug, um damit eine Handlung exakt bestimmen zu können. Wenn der Mensch sich für sich selbst und für seine Gesellschaft verantwortlich fühlt.

Juri Feofanow



Die „Versteinerten“ von Karl Bucher:
Gefangene aller Kriege mahnen...

Dreihundertelf

General Gromow irrte, als er nach dem Abschluß des Truppenabzugs sagte, kein sowjetischer Soldat sei zurückgeblieben. Dreihundertelf Vermißte, dreihundertelf ungewisse Schicksale. Wo sind sie? Wie kann man ihnen helfen?

Ich möchte nicht, daß wir die bitteren Erfahrungen der USA wiederholen. Washington sucht bis heute nach den Gräbern oder einfach nach Spuren seiner Soldaten in Vietnam. Auf die Bitte Moskaus, bei der Suche nach sowjetischen Kriegsgefangenen in Afghanistan behilflich zu sein, bat man um Auskunft über die eigenen, die seit mehr als 15 Jahren als vermißt gelten. In der ganzen Welt suchen Menschen nach ihren Angehörigen, die das Opfer von Mißtrauen, Feindschaft und Kriegslüsterneheit geworden sind. Sie suchen Jahre, Jahrzehnte... Ich möchte nicht, daß dieses Schicksal 311 sowjetische Familien ereilt.

Es gab da eine Möglichkeit

Schon das Gebäude des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), ein ehemaliges Hotel, das auf einem Hügel steht, lädt zum Eintreten ein. Das rote Kreuz steht ihm gut zu Gesicht. Hier spürt man die jahrhundertealte Tradition und Ordnung. Hier arbeitet man dafür, um das Leid der vom Krieg Betroffenen zu lindern. Hier fließt die Not des ganzen Planeten zusammen. Die Angestellten haben sich schon daran gewöhnt, daß ihre wichtigste Aufgabe in der humanitären Vermittlung zwischen den kriegführenden Seiten und der Hilfe für die Opfer von militärischen Konflikten besteht. Durch das IKRK erhielten elf unserer Gefangenen die Möglichkeit, in Freiheit zu leben. Doch das war vor vier Jahren. Und was ist jetzt?

Mein Gesprächspartner Jean de Courten leitete Mitte der 80er Jahre die Missionen des Roten Kreuzes in Afghanistan und Pakistan. Jetzt steht er der Abteilung für operative Einsätze in Asien vor.

„1982 haben wir mit beiden Seiten Verhandlungen geführt, in deren Ergebnis wir die sowjeti-

schen Gefangenen in ein neutrales Land, die Schweiz, bringen konnten. Sie sollten vereinbarungsgemäß zwei Jahre lang interniert bleiben und dann auf Wunsch in ihre Heimat zurückkehren können. Denselben Absprachen zufolge sollte das IKRK die Möglichkeit erhalten, eine möglichst große Zahl von Gefangenen zu besuchen, die in den Gefängnissen der Kabuler Regierung einsaßen. Diese Besuche sollten unter Wahrung des Völkerrechts, also ohne Zeugen, mit dem Recht auf einen zweiten Besuch und Zuwendung medizinischer und anderweitiger Hilfe, die viele dringend nötig hatten. Wir sollten außerdem die Möglichkeit haben, Verbindung zwischen ihnen und ihren Verwandten herzustellen. In der Genfer Konvention sind spezielle Formulare für schriftliche Botschaften, die ausschließlich den Charakter privater Korrespondenz tragen, vorgesehen. Der bewaffnete Konflikt in Afghanistan und die Lage im Land haben dazu geführt, daß viele Familien jahrelang nicht wußten, wo sich ihre Angehörigen aufhalten. Diese Prozedur gestattete es, elf sowjetische Kriegsgefangene in die Schweiz zu bringen. Dann waren wir gezwungen, die Arbeit einzustellen, aber nicht auf Wunsch des IKRK... Die afghanische Opposition, die afghanische Regierung in Kabul und die sowjetischen Behörden brachten uns und unserer Arbeit nicht das nötige Vertrauen entgegen.“

Ich war in die Schweiz gefahren, um zu erfahren, ob wir alles für die Freilassung unserer Mitbürger aus der Gefangenschaft getan haben. Die Beobachtung der Tätigkeit offizieller und der Bemühungen inoffizieller Organisationen, die sich mit diesem Problem befassen, gibt leider keinen Grund für eine positive Beantwortung der Frage. Warum wurde 1985 das Internierungslager in Zugerberg geschlossen? Warum hat in den vergangenen vier Jahren (bis 1989) keiner von denen, die sich in den Händen der bewaffneten Opposition befinden, in die Sowjetunion zurückkehren, ja noch nicht einmal ihren Verwandten mitteilen können, daß er am Leben ist?

Den Worten von de Courten war nicht zu entnehmen, wer die „Initiative“ ergriff, auf die Dienste des IKRK zu verzichten. Das muß noch geklärt werden. Ich wollte etwas anderes verstehen: Angenommen, die Mujaheddin hätten beschlossen, die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht mehr in den Westen zu entlassen und auf die Dienste des IKRK auf ihrem Territorium zu verzichten (und wieder: waren sie die ersten?). Wer aber gab uns das Recht, ebenso zu verfahren? Warum konnte das IKRK ab 1985 nicht mehr in den Gefängnissen der Republik Afghanistan arbeiten? Ich habe kein Recht, die andere Seite, die Opposition, danach zu fragen, muß diese Frage aber der eigenen Seite stellen: Warum wurde das getan? War es wirklich so schwer, Barmherzigkeit, Humanität und Achtung der Normen des humanitären Völkerrechts an den Tag zu legen, wenn auch nur einseitig? Wir haben doch auch ein einseitiges Moratorium für Kernwaffenversuche verkündet. Das aber betrifft die „Sicherheit des Landes“ weit mehr als ein einseitiges Moratorium für Inhumanität und Mißachtung der Genfer Konvention, die wir übrigens unterzeichnet und ratifiziert haben.

Ich bekam auch die Meinung zu hören, man habe auf unsere Soldaten im Schweizer Lager „ideologischen Druck“ ausgeübt und sie mit „Feindpropaganda“ vollgestopft. Die Mitarbeiter der sowjetischen Mission in Genf hatten das Recht, einmal pro Monat die Internierten zu besuchen. Aber selbst bei diesen seltenen und kurzzeitigen Besuchen im Lager konnten sie feststellen, daß um die Häuser herum, wo die jungen Männer untergebracht waren, Lautsprecher standen, aus denen „Desinformationen und Lügen“ quollen, daß die Internierten mit „antisowjetischer Literatur“ förmlich zugeschlachtet wurden. Aus diesem Grund, heißt es offiziell, haben sich drei der elf Kriegsgefangenen entschlossen, nicht in die Heimat zurückzukehren. (Einer der drei, der aus dem Lager in der Schweiz in die BRD geflüchtet war, kehrte 1988 in die UdSSR zurück.) War das etwa der Grund für Moskaus Mißtrauen gegenüber dem IKRK? Von keinem der neun Gefangenen, die durch das Lager in der Schweiz gegangen sind, habe ich etwas Derartiges gehört. Die meisten offiziellen sowjetischen Vertreter, die seinerzeit für den Kontakt mit dem IKRK verantwortlich waren, sind inzwischen pensioniert.

Ich würde nicht darüber schreiben, wenn ich davon überzeugt wäre, daß wir jetzt in anderen Kategorien denken, wenn ich nicht gehört hätte (und dabei recht oft und durchaus offiziell), daß wir keine Vermittler brauchen, daß wir die Gefangenen nicht über Drittländer schleusen wollen, daß alle direkt in die Heimat zurückkehren sollen.

„Was geschah nach der Schließung des Internierungslagers, Herr de Courten? Die IKRK-Missionen in Afghanistan und Pakistan arbeiteten soviel ich weiß weiter, beschäftigten sich jedoch ausschließlich mit medizinischer, Lebensmittel- und anderweitiger Hilfe.“

„Wir haben mehrmals an alle interessier-

ten Seiten den Aufruf gerichtet, die Frage der Kriegsgefangenen auf humanitärer Grundlage zu lösen und dem IKRK die Möglichkeit zu geben, seiner Bestimmung bezüglich dieser Kategorie von Opfern bewaffneter Konflikte gerecht zu werden. Unseren Pflichten konnten wir jedoch erst Anfang 1988 wieder nachkommen. Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen, daß wir uns sowohl mit dem Schicksal gefangener Mujaheddin und gefangener Soldaten der regulären Armee der Republik Afghanistan als auch mit dem Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener beschäftigen. Leider kommen wir nur schwer voran. Wir hier, in der Schweiz, und besonders meine Kollegen, die in Afghanistan und in den Grenzgebieten Pakistans arbeiten, sind ständig gezwungen, alle davon zu überzeugen, daß die Frage der Kriegsgefangenen in Übereinstimmung mit der 3. Genfer Konvention und den Normen des humanitären Völkerrechts zu betrachten sei.“

„Was bedeutet das in der Praxis?“

„Alle Kriegsgefangenen sind beim IKRK innerhalb einer möglichst kurzen Frist nach ihrer Gefangennahme zu registrieren. Alle Gefangenen müssen die Möglichkeit haben, sich mit Vertretern vom Roten Kreuz zu treffen. Alle müssen die Möglichkeit haben, brieflich Verbindung zu ihren Familien aufzunehmen, wovon wir bereits sprachen. Aber ungeachtet der Tatsache, daß wir seit 1988 bedeutende Erfolge erringen konnten, können wir nicht allen Gefangenen diese Rechte garantieren.“

„Soviel ich weiß, hat die afghanische Regierung die Gefängnistore für die Mitarbeiter des IKRK geöffnet, und der gesamte Briefwechsel zwischen den einsitzenden Mujaheddin und Söldnern sowie deren Verwandten läuft über ihre Organisation. (Davon konnte ich mich selbst überzeugen, als ich im Kabuler Gefängnis Pul-i-Charhi war.) Und wie steht es mit der Opposition?“

„Die afghanische Regierung hat uns tatsächlich gestattet, jene zu besuchen, die schon verurteilt sind und ihre Haftstrafe in den Gefängnissen verbüßen. Wir haben allerdings noch keinen Zugang zu jenen, die inhaftiert sind, aber noch nicht vor Gericht gestellt wurden, und zu denen, die auf ihr Urteil warten. Seitens des afghanischen Widerstandes wurde uns ebenfalls die Möglichkeit geboten, uns mit einer recht großen Zahl von gefangenen Soldaten der regulären Armee Afghanistans und mit einigen gefangenen Sowjetbürgern zu treffen. Wir hatten auch die Möglichkeit, über den Verband der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond der UdSSR ihre Briefe an Verwandte weiterzuleiten. Aber weder die eine noch die andere Seite gestattete uns bislang, ausnahmslos alle Gefangenen zu besuchen. Dies zu erreichen, ist gegenwärtig unsere wichtigste Aufgabe. Ich hoffe, daß wir in nächster Zukunft endlich volle Handlungsfreiheit erhalten.“ (Als ich dieses Gespräch führte, waren Valeri Prokotschuk und Andrej Lopuch noch nicht frei, aber ihre Namen hatte das IKRK bereits registriert.)

„In den Gefängnissen der Republik Afghanistan sind aber nicht nur solche interniert, die auf dem Gefechtsfeld gefangenommen wurden. Dort gibt es noch etwa 1500 politische Häftlinge. Was soll mit ihnen geschehen?“

„Die einen wie die anderen sind für das IKRK von Interesse. Wir sind bereit, uns um beide Kategorien zu kümmern. Ich wiederhole nochmals, daß wir alles tun, was von uns abhängt.“

Am 15. Januar 1982 unterzeichneten also die sowjetische Regierung und das IKRK eine Vereinbarung über die Eröffnung eines Internierungslagers in der Schweiz. Im Mai kamen die ersten drei Sowjetsoldaten aus der Gefangenschaft hierher. Dann folgten weitere Gruppen. 1985 lief die Internierungsfrist des letzten ab, und das Lager wurde geschlossen. Sowjetische Hände arbeiteten seitdem nicht mehr in der Nebengewirtschaft der Schweizer Armee in Zugerberg. Die kleinen Holzhäuschen in denen die ehemaligen Gefangenen wohnten, blieben leer. Und dabei war es doch eine Möglichkeit...

Vom Standpunkt des Rechts

Als ich versuchte, mich im Labyrinth des in sowjetischen Journalisten- und Leserkreisen noch recht unbekannten humanitären Völkerrechts zurechtzufinden, begriff ich, was für einen komplizierten Präzedenzfall Moskau mit der Entsendung seiner Truppen nach Afghanistan geschaffen hat. Alle internationalen Abkommen, darunter auch die Genfer Konvention von 1949 und die dazugehörigen Zusatzprotokolle, berücksichtigen die Möglichkeit von nur zwei Arten bewaffneter Konflikte: internationale und interne. Dementsprechend existieren auch Gefangene bei inneren Kon-



In Kabul gibt es ein Prothesierungszentrum des IKRK und ein Kinderkrankenhaus

flikten und Kriegsgefangene bei internationalen. Der „zweiten Kategorie“ ist fast die ganze 3. Genfer Konvention gewidmet. Landesinternen Konflikten ist lediglich der Artikel 3 gewidmet, in dem von der Notwendigkeit die Rede ist, sich human gegenüber allen zu verhalten, die auf irgendwelche Art und Weise in die Hände der Gegenpartei geraten sind. Unsere Gefangenen in Afghanistan fallen weder unter die erste noch unter die zweite Kategorie. Es fehlt in den Dokumenten ein Begriff wie „gemischter Konflikt“, sagte Yves Sandoz, ein Spezialist für humanitäres Recht beim IKRK und Mitglied des Internationalen Instituts für humanitäres Recht in San Remo.

„Wie steht es nun um unsere Gefangenen in Afghanistan? Um ihre Rechte, Pflichten und ihren „Status“?“

„Zunächst einmal muß man das System der Menschenrechte vom System des humanitären Rechts unterscheiden. Das sind zwei gesonderte Gebiete, die allerdings nicht im Widerspruch zueinander stehen. Das System der Menschenrechte muß auch während eines bewaffneten Konfliktes eingehalten werden, obwohl vielleicht in etwas eingeschränkter Form, weil einige Normen aus Gründen der Staatssicherheit nicht realisierbar sind. Das System des humanitären Rechts wirkt für die Zeit eines bewaffneten Konfliktes und setzt die Einhaltung eines bestimmten obligatorischen Minimums von Rechten der kämpfenden Seiten voraus. Das IKRK bemüht sich selbst dann, etwas zu tun, wenn nicht zwei Staaten gegeneinander kämpfen, sondern ein Bürgerkrieg geführt wird.

Was die gemischten Konflikte betrifft, so ist hier alles viel schwieriger. Beispiele hierfür gibt es genug: Afghanistan, wo die Sowjetunion die Rolle einer Seite spielte, die sich in einen inneren Konflikt einmischte; Angola, wo die Rolle dieser Seiten von Kuba und der RSA gespielt wird; Vietnam nach der Einmischung der USA; Äthiopien. In diesen Fällen versuchen wir, die Seiten davon zu überzeugen, wenigstens gewisse minimale Regeln einzuhalten, um danach den Einflußbereich des humanitären Völkerrechts auszudehnen. Das ist sehr kompliziert, weil selbst bei internationalen Konflikten, z. B. beim Krieg zwischen Iran und Irak, das humanitäre Völkerrecht nicht in jedem Fall beachtet wird. Deshalb meine ich, daß der juristische Streit über den Charakter eines Konfliktes für die praktische Anwendung von Rechtsnormen nicht besonders wichtig ist.“

„Und dennoch?“

„Bei einem internationalen Konflikt



Bobryschew (links) und Wanejew (oder Skoroplotow) (rechts) wurden noch nicht gefunden. Foto von 1985

kann ein Mensch, der in Gefangenschaft geriet, nur wegen Kriegsverbrechen verurteilt werden, d. h. für das Töten von Kindern, Frauen und der friedlichen Bevölkerung. In allen anderen Fällen, wenn sich der Mensch wie ein richtiger Soldat benommen hat, ist er zu isolieren, darf jedoch keinen Repressmaßnahmen ausgesetzt werden. Bei einem inneren Konflikt können die Gefangenen vor Gericht gestellt und zu Strafen verurteilt werden. Wichtig ist aber: Es darf nicht die Höchststrafe, die Todesstrafe, sein. Die Todesstrafe ist nicht ausgeschlossen, erschwert jedoch während eines bewaffneten Konfliktes die Anwendung der Normen des humanitären Rechts. Wenn eine der kämpfenden Seiten damit beginnt, Gefangene hinzurichten, werden alle Prinzipien des humanitären Rechts bedroht. Deshalb ist der Moment zwischen Gefangennahme und Registrierung des Gefangenen durch das IKRK sehr wichtig. Sobald der Gefangene registriert ist, gibt es schon bestimmte Garantien dafür, daß er überlebt und sein Schicksal bekannt ist. Zu diesem Zweck bitten wir darum, uns die Möglichkeit zu gewähren, alle Gefangenen ohne Ausnahme unverzüglich zu registrieren.“

„Gegenwärtig kommt es zu Kriegen oder, sagen wir, bewaffneten Konflikten vorwiegend in solchen Regionen, wo die Religion eine große Rolle spielt. Der Prophet Mohammed gebot, sich Gefangenen gegenüber menschlich zu verhalten. Was aber, wenn der Gefangene einer anderen Konfession angehört?“

„Leider tritt die Religion manchmal in Widerspruch zu den Normen des humanitären Rechts. Manchmal jedoch kann man den Koran verwenden, um zur Einhaltung der Rechtsnormen aufzurufen. Das ist möglich, aber sehr schwierig. Es ist sehr kompliziert für uns Nichtmuslime, einem Muslim zu erklären, was dem Koran entspricht und was nicht. Schlimm ist es auch, daß die Religion manchmal dafür genutzt wird, um zu beweisen, daß es wichtigeres als die Einhaltung der

Normen des humanitären Rechts gibt. Jedenfalls haben sich alle Staaten zu dem Zeitpunkt, da die Genfer Konventionen unterzeichnet wurden, darauf geeinigt, daß, wenn ihre Gesetzgebung nicht mit den Normen des Völkerrechts übereinstimmt, diese in Übereinstimmung damit zu bringen ist.“

„Wenn aber eine der kämpfenden Seiten kein Staat, sondern eine Bewegung ist, die die Konvention von 1949 nicht unterzeichnet hat? Was dann?“

„Auch in diesem Fall ist nicht zu vergessen, daß die Menschenrechte und das humanitäre Recht universell sind. Wir kämpfen darum, daß dieser universelle, überstaatliche Charakter von

allen und überall unabhängig von ihrer Nationalität und Konfession anerkannt wird. Mir scheint, das Problem besteht auch noch darin, daß nur wenige die Normen des humanitären Völkerrechts kennen. Deshalb müssen wir auch einen so langwierigen und erschöpfenden Dialog mit den kämpfenden Seiten führen. Beim Dialog geht es nicht um Ideologie, auch nicht um Religion, sondern um die Notwendigkeit, in Übereinstimmung mit international anerkannten Gesetzen zu handeln.“

Und was ist in der UdSSR über das humanitäre Völkerrecht bekannt? Das letzte Mal wurde die Genfer Konvention von 1949 bei uns 1969 veröffentlicht. Ich spreche schon gar nicht von den dazugehörigen Zusatzprotokollen, von denen wir erst kürzlich aus einer kurzen Pressemitteilung erfuhren, daß die Sowjetunion sich entschlossen hat, sie zu ratifizieren. Was wußten die Burschen von ihren Rechten als Kriegsgefangene, als man sie nach Afghanistan schickte? Hatten sie überhaupt eine Vorstellung davon, daß es eine solche internationale Organisation wie das IKRK gibt, der man ruhig sein Schicksal anvertrauen kann, wenn man in Gefangenschaft gerät? Es wäre angebracht, wenn man sich beim Politunterricht in der Armee auch mit der Genfer Konvention befassen würde. Und noch ein Vorschlag. Ist nicht die Zeit gekommen, das humanitäre Recht mit einem Abschnitt über bewaffnete Konflikte gemischten Charakters zu erweitern und gleichzeitig die Rechte und Pflichten von Gefangenen bei derartigen Konflikten, die Prozedur ihrer Repatriierung u. ä. festzulegen. Vielleicht finden sich plötzlich wieder unvernünftige Regierende auf unserem Planeten, die Bürger ihrer Länder in fremde Gebiete entsenden, um dort Krieg zu führen?

Irina Lagunina

NZ-Sonderkorrespondentin

GENF – MOSKAU

Die Redaktion dankt dem IKRK und Lord Betell für die zur Verfügung gestellten Fotos

Richter urteilen über Richter

Wer ist für einen Justizfehler verantwortlich?

Gioorgio Miglior aus der Ortschaft Tertenia auf Sardinien wurde eines schweren Verbrechens, eines Mordes, bezichtigt. Er saß 15 Monate im Gefängnis, bis befunden wurde, er sei freizulassen, da es keine Beweise für ein Verbrechen gebe. Erleichterung, Freude bedeutete das für den 32-jährigen Giorgio – doch auch Leid und Kränkung.

Ein ähnliches Gefühl empfand sicher auch die Neapolitanerin Anna Bruno. Sie wurde, des Diebstahls verdächtig, für 18 Monate ins Gefängnis gesteckt. Nachbarn, Hunderte Einwohner von Neapel setzten sich für diese Frau ein. Anna wurde aus der Haft entlassen und für unschuldig befunden. Doch für die Mutter von vier Kindern gab es keine moralische, psychologische Wiedergutmachung.

So sei es eben gekommen. In irgendeiner Phase seien die Untersuchungsrichter gestolpert, irgendwo hätten die Richter Inkompetenz demonstriert und Menschen, die in den riesigen Justizapparat gelangt seien, hätten eben das Nachsehen gehabt. Wer aber ist schuld? Wen soll man dafür zur Verantwortung ziehen?

Kann man einen Richter, einen Untersuchungsrichter zur Verantwortung ziehen? Vor zwei Jahren wurde diese Frage formuliert und einem Referendum vorgelegt. Es ging um die zivilrechtliche Verantwortung der Richter. Die meisten Italiener, die an dem Referendum teilnahmen, sprachen sich für die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes aus. Jetzt ist ein solches Gesetz verabschiedet.

In den verschiedenen Parteien wird es unterschiedlich bewertet. Die einen behaupten,

das Gesetz werde weder den Richtern noch den Bürgern nutzen. Andere, darunter Justizminister Giuliano Vassalli, sehen es als effektives Instrument, um eine schwierige Situation durch die Rechtspflege klären zu lassen. Auf die positiven Seiten des Gesetzes verwies, wenn auch mit Vorbehalten, die IKP.

Während die Vertreter der Judikative früher bei einem beliebigen Prozeßausgang so gut wie ungeschoren blieben, macht sie das Gesetz jetzt verantwortlich vor den Opfern eines Fehlurteils – zumindest in einigen wichtigen Fällen. So, wenn wegen grober Fahrlässigkeit ein Verstoß gegen die Strafprozeßordnung unterliefe, oder wenn ein Umstand, der in der Voruntersuchungssache nicht fixiert ist, als Beweis akzeptiert wurde. Die Richter werden bei Verschweigen einer Tatsache, die in der Voruntersuchungssache enthalten ist, bestraft. Die Aufmerksamkeit der Richter wurde besonders auf unbegründete Festnahmen und Verhaftungen von Menschen angeblich im Interesse der Untersuchungsführung gelenkt.

Alle besagten Varianten werden in dem neuen Gesetz über die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Richter als schwerste Fehler qualifiziert. Sie können fahrlässig begangen sein, doch Justiz Diener müssen dafür nichtsdestoweniger vor den Opfern der Rechtspflege geradestehen. Unterschiedliche Strafen sind vorgesehen – die berufliche Rückstufung, die Versetzung an eine weniger angesehene Einrichtung. Doch vor allem schlägt das Gesetz auf den Geldbeutel – bis hin zum Entzug eines Drittels des Jahresgehalts. Die so zurückgehaltenen Gelder sollen zusammen mit staatlichen Mitteln helfen, den Justizopfern Wiedergutmachung zu leisten.

Geld kann natürlich nie schaden. Doch nicht jeden Schmerz, den man einem Menschen zugefügt hat, kann man mit Geld beseitigen. Guido Cambria, von Beruf Koch, wurde verhaftet, als man in seiner Tasche ein Päckchen mit einigen Gramm Rauschgift fand. Einige Monate später begann das Drama: Guido spürte einen jähen Schmerz im rechten Bein. Er teilte das den Gefängnisaufsehern, dann seinem Rechtsanwalt mit. Wochen vergingen, doch mit ärztlicher Hilfe hatte man es nicht eilig. Auch die Proteste seines Rechtsanwalts blieben unbeachtet. Erst als Guido in schwerem Zustand ins Krankenhaus gebracht wurde und die Chirurgen nur durch eine Amputation des Beines sein Leben retten konnten, beschlossen die Richter im Eilverfahren, dem Verhafteten das Recht auf Hausarrest zuzugestehen.

Der 29-jährige Invalide wandte sich mit seiner Geschichte an die Öffentlichkeit. Der Mailänder „Corriere della Sera“ konstatierte: „Wie viele Geschichten werden die Italiener noch erfahren, wenn alle, die zu Unrecht gelitten haben, den Mut haben werden, über die eigenen Dramen zu berichten.“ Es fällt sicher nicht leicht, nach der Haftentlassung erneut in Justizeinrichtungen auf Suche nach Gerechtigkeit zu gehen.

Die Reaktion der Richter auf das verabschiedete Gesetz war unterschiedlich. Die einen begannen, wie die Presse schreibt, aufmerksamer und verantwortungsbewußter zu arbeiten. Immerhin ist der Verlust eines Drittels des Gehalts kein Pappenstiel. Und auch der Ruf spielt für die berufliche Praxis nicht die letzte Rolle. Andere Richter ziehen unter dem Vorwand einer gründlicheren Behandlung der Fälle die Fristen bis zum Prozeß und zur Urteilsfindung in die Länge.

Gegenwärtig warten Zehntausende in den Gefängnissen des Landes auf ihren Prozeß. Der Justizapparat wird mit dieser Zahl nicht fertig. Jährlich werden in Italien nur 12% der Zivilfälle und ein Drittel der Straffälle endgültig abgeschlossen. Und das Leben nicht stillsteht und die Zahl der Verbrechen nicht geringer wird, wird sich die Situation vor allem gegen diejenigen, die hinter Gitter gelangten, wenden.

„Wir hoffen, daß dies nicht der Fall sein wird“, sagte mir der Sozialist Salvatore Ando, Mitglied des Parlamentsausschusses für Fragen der Rechtsordnung. „Das Gesetz wurde vom Parlament gebilligt. Die Verantwortung der Richter vor den Bürgern muß in die Praxis umgesetzt werden. Das Neue dabei besteht darin, daß die Fehler der Vertreter der rechtsprechenden Gewalt nicht von irgendeinem Sonderausschuß, sondern von gewöhnlichen Gerichten behandelt werden. Richter sind ja – so bitter nötig ihre Freiheit und Unabhängigkeit ist – ebenso Bürger unseres Landes wie alle anderen und keineswegs Heilige...“

Pawel Negoiza
ROM



Zeichnung: Viktor Bogorad

Wenn weiße Eltern schwarze Kinder haben

Eine typisch amerikanische Geschichte

Olga Boguslawskaja

Jetzt wissen wir immerhin, daß Kinder und das eigene Haus die amerikanische Familie zementieren und ihr unerschütterliches Fundament bilden. Wie die Familien der Präsidenten versuchen auch andere, nicht einmal allzu wohlhabende Eltern, viele Kinder zu haben. In den letzten Jahrzehnten hatten die Familien der Präsidenten durchschnittlich vier Kinder. Der 43jährige Justizminister und Bruder eines Präsidenten, Robert Kennedy, hinterließ nach seiner Ermordung 11 Kinder. Die Existenz einer solchen kinderreichen Familie, Erziehung, Verpflichtungen und Anschaffungen sind genau durchdacht und werden konsequent von einem auf den nächsten weitergegeben. Eine große Familie: Das ist echt amerikanisch, bezeichnet den Status des einzelnen und sein Kapital.

Es kann aber auch anders kommen.

Vor meinem Abflug nach Dallas bin ich bei Louise Searks zu Gast und kann mich in dem reinlichen Haus in einem grünen Vorort von Los Angeles umsehen. Ihr von einem gepflegten Garten umgebener Bungalow steht mit anderen ähnlichen Häusern in derselben Straße. Hochhäuser gibt es hier keine. Das ganze Viertel ist mit Bungalows bebaut, die wie Kürbisse im Grün eines Gewächshauses in einem Meer von Blumen, grünen Büschen, Berberitzen und bis an die Fenster reichenden Rosenbüschen zu versinken scheinen.

Die intelligente Louise in ihrer Kurzhaarfrisur strahlt Lebenswürdigkeit und Rücksichtnahme aus, als sie uns in Wohnung und Garten herumführt und ihre Geschichte erzählt.

Sie fühlte sich schon früh zur Erzieherin berufen. Als sie zwei schwarze Waisenkinder adoptierte, hatte Louise eine klare Vorstellung davon, daß eine weiße Frau und Mut-

ter zweier schwarzer Kinder nicht nur für Amerika, sondern auch für jeden anderen Ort auf dem Erdball eine ungewöhnliche Erscheinung ist.

„Wie ist es dazu gekommen?“

„Als ich von meinem Arzt erfuhr, daß ich keine Kinder zur Welt bringen kann“, sagt Louise mit einem Anflug von Lächeln, „habe ich mich dafür interessiert, wie man zwei Waisenkinder adoptieren könnte. Mein Mann und ich lebten in einer Stadt, wo es weißen Familien zum ersten Mal erlaubt war, schwarze Kinder aufzunehmen. Vielleicht deshalb, weil es nicht genug Kinderheime für verlassene farbige Kinder gab. Kinder von Müttern, die eine Haftstrafe verbüßen, oder Kinder von halbwüchsigen Mädchen, die noch kein Kind aufziehen können, solche Fälle gab es immer mehr, dazu kommen noch die üblichen Situationen, wenn ein weißes Mädchen mit einem schwarzen Bur-schen geschlafen hat und ein schwarzes Kind zur Welt bringt, von dem sie sich später lossagt. Als mein Mann und ich über eine Adoption

nachdachten, haben wir uns gefragt, ob wir nicht auch schwarze Kinder nehmen könnten. Wir haben uns das genau überlegt. Wir beide beteiligen uns schon lange und aktiv in der Menschenrechtsbewegung und haben uns gesagt: Das wird die anschaulichste Form unserer Unterstützung für diese Bewegung, wenn wir selbst zeigen, daß wir Eltern von schwarzen Kindern sein können. Wir haben alle Umstände eines solchen Schrittes geprüft und was in dieser Situation mit den Kindern sein wird, wie wir ihnen eine gesunde Atmosphäre bieten können. Wir hatten nicht besonders viel Geld und auch kein eigenes Haus, das war der wichtigste Hinderungsgrund. Wenn man in Amerika Kinder adoptieren will, ist das ziemlich schwierig und es gibt alle möglichen Anforderungen, denen man nicht so schnell gerecht wird. Die Bestimmungen für die Adoption von schwarzen Kindern waren für uns leichter, weil wir in diesem Fall nicht nachweisen mußten, daß wir viel Geld und ein eigenes Haus hatten.“

„Wollen Sie damit sagen, daß Ihre Entscheidung mehr mit den Adoptionsbedingungen zusammenhing, oder haben Sie sich doch ganz bewußt für schwarze Kinder entschieden?“

„Das war eine bewußte Entscheidung. Als Beweis für unsere Überzeugungen und als Hoffnung, daß wir ihnen gute Eltern werden könnten.“

Ihr kurzer Haarschnitt mit den grauen Einsprengseln, ein lebendiges, mienenreiches Gesicht, schnelle Bewegungen und der schnelle Redefluß eines Menschen, der gewohnt ist, sich Gehör zu verschaffen: Damit ist Louise für mich ein lebendiger Beweis für die fortschrittlichen Ansichten einer Zeit, da die Handlungen einer Frau einfach und eindeutig sind. Hier fehlt jeder Vorführ- und Werbeeffekt.

„Haben Sie das nie bereut? Wahrscheinlich hat es doch auf Schritt und Tritt Konflikte gegeben?“

„Weniger, als wir gedacht hatten. Aber selbst wenn es schwieriger gewesen wäre, hätten wir unsere Entscheidung nie bereut.“

„Haben die Kinder in der Schule Ihren Kindern denn nie mit quälenden Fragen zugesetzt, wie sie zu weißen Eltern kommen?“

„Als sie vier oder fünf Jahre alt waren, haben die anderen Kinder gesagt: ‚Das ist nicht deine Mutter, und das ist nicht dein Vater, weil weiße Mamas und Papas haben keine schwarzen Kinder.‘“

„Was haben sie darauf gesagt?“

„Mein Sohn hat gesagt: ‚Fragt sie doch selbst.‘ Damals haben wir ihnen zu Hause sofort die ganze Wahrheit gesagt. Wir haben ihnen erklärt, daß es leibliche und daß es adoptierte Kinder gibt. Wir lieben sie, wie Eltern



Atlanta. Ein schwarzer Junge in einem schwarzen Stadtteil

Foto: Lew Jelin

ihre Kinder lieben, deshalb sind sie unsere richtigen Kinder. Wir haben ihnen gesagt, daß wir sie adoptiert haben, weil wir das selbst sehr gewollt hätten.“

„In der Erziehung selbst gibt es aber doch wahrscheinlich Unterschiede?“ Ich stelle mir diese ganzen psychologischen Schwierigkeiten vor, die bei den Kindern selbst auftreten können. Sind sie froh, daß sie zu weißen Eltern gekommen sind? Seit meiner Kindheit lebt in mir die Allegorie von „Prinz und Bettelknabe“. Ein Halbwüchsiger kann nicht glücklich sein, wenn er aus seinem bisherigen Milieu herausgerissen wird, selbst wenn seine neuen Lebensumstände schöner sind als die, die er bisher kannte. Bei Louise und ihrem Mann liegt der Fall anders. Sie haben die Kinder als Neugeborene adoptiert, aber trotzdem...

„Ja, ich verstehe, was Sie meinen“, ist Louises lebendige Reaktion. „Wir haben darauf geachtet, daß wir sie wie schwarze Kinder erziehen. Wie Sie wissen, gilt in unserer Gesellschaft ein Kind sogar dann als schwarz, wenn nur ein Elternteil schwarz ist.“

„Wie haben Sie das in Ihrer Erziehung berücksichtigt?“

„Man muß sie so erziehen, daß sie ihre eigene Geschichte und ihre eigenen Sitten kennen, und sie auf eventuelle Zwischenfälle vorbereiten. Wir abonnieren eine Zeitschrift für Schwarze“, Louise zögert. „Solange es in unserer Gesellschaft den Begriff Rassismus gibt, muß man schwarze Kinder so erziehen, daß sie stark genug sind, um das durchzuhalten. Deshalb brauchen sie auch das Gefühl eines Schwarzen, der sein Recht kennt, als Schwarzer ein normales Leben führen zu können. Das heißt, auf der einen Seite sind sie einfache Kinder, und wir erziehen sie auch so, weil sie aber schwarze Kinder sind, bemühen wir uns, ihnen auch solche Eigenschaften zu vermitteln, mit denen sie sich gegen Rassismus schützen können.“

„Wenn Sie inzwischen, da Ihre Kinder schon erwachsen sind, alle zusammen in ein Geschäft oder in ein Restaurant gehen, wo Schwarze immer noch nicht gern gesehen sind, was machen Sie dann? Gehen Sie dann in das eine und Ihre Kinder in ein anderes Geschäft?“

„Ja, das stimmt, es gibt kleinere Zwischenfälle. Deshalb suchen wir uns auch genau die Örtlichkeiten aus, die wir zusammen besuchen, analysieren die Leute und die Bekannten, zu denen wir mit der ganzen Familie gehen. Die meisten haben Respekt vor unserer Entscheidung, und unsere Freunde versuchen einfach, uns zu unterstützen, als sei das unsere gemeinsame Sache. Unsere Ferien verbringen wir im Gebirge, dort sind überwiegend Weiße. Als die Kinder noch klein waren, sind sie sehr gerne dorthin gefahren, inzwischen aber lehnen sie ab, weil sie, wie sie sagen, dort diese aufmerksamen Blicke auf sich gerichtet fühlen. Es gab einen solchen Fall, als sie im Swimming Pool gebadet haben und so ein kleiner Junge sich umdreht und sagt: „Was machst du denn hier, du Neger?“ Die Stadt ist aber groß genug, so daß wir uns aussuchen können, wo wir hingehen.“

„Als Sie die Kinder adoptiert hatten, waren Sie auf all das vorbereitet?“

„Ja, das waren wir, aber als unser Sohn zum ersten Mal als „Nigger“ beschimpft wurde, war das schon sehr erniedrigend. Er kam nach Hause, es gab eine große Szene, und es fiel uns sehr schwer, Worte zu finden, um ihn zu trösten und ihm zu helfen.“

„Was haben Sie ihm da gesagt?“

„Auch wieder nur die Wahrheit. Daß es einige Weiße gibt, die keine Schwarzen mögen, daß sie nicht recht haben, und daß wir als zivilisierte und ehrliche Menschen mit solchen Leuten arbeiten wollen, um die Gesellschaft zu verändern. Wir haben versucht, gemeinsam mit den Kindern zu beraten, was man in Zukunft machen muß, wenn das nochmal vorkommt. Damals war meine Doktorarbeit fertig. Ich habe über Pädagogik geschrieben, und weil ich wußte, daß die Rassentrennung so früh anfängt, beinahe schon mit drei Jahren, habe ich mich auf diese Fragen spezialisiert. Ich habe ein Buch über behinderte und von der Gesellschaft diskriminierte Kinder geschrieben. Ich habe einen Begriff von den Geschlechtern, Rassen und Völkern vermittelt und auch über Behinderungen von Geburt an geschrieben, die die einen von den anderen abgrenzen, und wie man damit fertig wird.“

„Wann soll das Buch erscheinen?“

„In diesem Jahr.“

„Wie bringen Sie Ihrem Sohn bei, wie er sich in solchen Fällen verhalten soll?“ will ich wissen. „Soll er die Beleidigung mit einem Faustschlag beantworten oder sie einstecken?“

„Die Reaktion muß dem Alter angemessen sein. Er muß wissen, daß das eine schlimme Erscheinung ist und sich dafür einsetzen, daß es besser wird. Wir raten ihm, dem, der ihn kränkt, zuerst einmal zu sagen, daß ihm das mißfällt und ihn dann zu verwarren. Wenn es ein Kind ist und er sieht, daß es größer ist, muß er andere um Hilfe bitten. Das Wichtigste aber ist, ihm zu vermitteln, wie er in der Situation handeln muß, was er darf und was nicht. Manchmal muß er eine Beleidigung auch einstecken können. Vor kurzem ist mein 19jähriger Douglas ein paarmal ohne jeden Grund von einem Polizisten angehalten worden. Er hat ihm erklärt, daß er nichts ausgefressen hatte, aber der wollte ihm irgend etwas

anhängen. Mein Sohn sagte: Schreiben Sie sich meinen Namen auf und klären Sie das mit meinen Eltern. Sie riefen dann bei uns an und die Sache war erledigt, aber er brauchte Geduld, um an sich zu halten und alles ruhig zu erklären.“

Ich frage Louise, ob sie noch mehr Frauen kennt, die so handeln würden wie sie.

„Ja, verschiedene andere Frauen haben das so gemacht. Ich kann Ihnen die genaue Zahl nicht nennen. Insgesamt haben sie ähnliche Probleme, manchmal kommen aber auch Konflikte in der eigenen Familie dazu. Meine Eltern zum Beispiel haben unseren Schritt gebilligt, aber die Eltern meines Mannes waren entschieden dagegen. Sie haben sich bis heute noch nicht damit abgefunden. Wir besuchen sie nicht zusammen, und sie haben die Kinder nicht als ihre Enkel anerkannt. Was haben sie denn davon? Nichts. Sie haben fast den Kontakt zu ihrem Sohn verloren. Und alles wegen ihrer Sturheit.“

Ich nicke mitfühlend. Ohne Opfer ist es also nicht abgegangen.

„Und was haben Ihre Kinder gern?“

„Wir haben zwei Hunde und zwei Katzen.“

Ich sehe mich mit viel Sympathie in diesem Haus mit seinen niedrigen Zimmerdecken um. Hier ist alles liebevoll und gemütlich eingerichtet, hier gibt es alles, was man zum Leben braucht. Stinknormale Möbel, Bilder an der Wand, ein Klavier, ein Plattenspieler. Im Arbeitszimmer von Louise ist alles mit Büchern vollgestellt, überall hängen Kinderzeichnungen, und mitten drin steht ein Computer. Sie arbeitet jeden Tag am Bildschirm. Eigentlich ist das kein Arbeitszimmer, sondern eher ein Verschlag, aber er enthält alles Notwendige und das von zuverlässiger Qualität.

Louise zeigt mir ihren Hof. Völlig überraschend stehen wir auf einem Rasen, den blühende Geißblattbüsche unter den Fenstern vor unseren Blicken verborgen hatten.

In diesem abgelegenen Vorort kann man das Haus von Louise Searks aus den Augen verlieren, vergessen kann man es nicht. Sie ist eine von den Frauen, die für meine Begriffe den „Planeten der Menschen“ (Exupery) bestellt, damit er wirklich zivilisiert und menschlich wird.

„DRUSHBA“ – UdSSR

Wer freundschaftliche Kontakte oder über gleiche Interessen und Hobbies Bekanntschaft mit Bürgern der UdSSR schließen will, soll sich bei der Agentur DRUSHBA der „Gostinitschny“-Kooperative melden.

Um in die DRUSHBA-Kartei zu kommen, brauchen Sie nur einen Fragebogen auszufüllen, den Sie erhalten, wenn Sie uns Ihre Wünsche mitteilen und Ihrem Brief einen Umschlag mit Ihrer Adresse beilegen.

Unsere Adresse:
UdSSR, 123007 Moskau
KOOP. Gostinitschny,
DRUSHBA

Präsentiert von
Dr. jur. habil.

Valeri SORJKIN

Iwan Iljin ist in seiner Heimat leider so gut wie unbekannt. Unterdes stellen ihn seine Bedeutung für die nationale Kultur, seine außergewöhnliche Schaffenskraft (er ist Autor von über 30 Büchern und von Hunderten von Artikeln in Russisch, Deutsch und anderen Sprachen!) in eine Reihe mit den größten Gestalten der russischen Emigration.

Einen Mann wie Iljin „hat die russische Kultur noch nicht hervorgebracht“, schrieb Pjotr Struwe, „und er wird in ihre Geschichte mit seinem eigenen, seinem besonderen und unnachahmlichen Gesicht, mit seiner originellen Begabung, die in jeder Hinsicht stark und markant ist, eingehen“.

Ein solcher Denker muß endlich zu seinen Landsleuten, in die Geschichte der nationalen Kultur zurückkehren, aus der ihn jene zu vertreiben suchten, die meinten, nur sie selbst würden diese Geschichte machen.

Iljins starke und markante Begabung ließ vielen keine

Ruhe. Er, der gnadenlose und aggressive Kritiker, bedachte die Tolstoi-Jünger wie Berdjajew, die Smena-Wech-Anhänger wie die Radikalen, die Liberalen wie die Konservativen mit Kritik. Und bis zum Ende seiner Tage blieb er unversöhnlicher Gegner des Marxismus. Natürlich schonten die Bolschewiki auch ihn nicht. Doch sie ignorierten ihn keineswegs. Mitte der 20er Jahre fiel Michail Koltzow in der Moskauer „Prawda“ über ihn her. Doch es war schwer, mit Iljin zu polemisieren, und bald schon zog man es auf dieser Seite vor, ihn einfach zu vergessen.

Iljin schätzte Freiheit und Demokratie, doch nichtsdestoweniger zog er unter allen Herrschaftsformen die Monarchie vor. Im russischen Volk erblickte er eine „monarchistische Seelenverfassung“, und eben deshalb betrachtete er sie als die für das von ihm innig geliebte Rußland geeignete Ordnung. Doch war es nicht diese „Seelenverfassung“, die die Bewohner Rußlands so leicht in die Tyrannei führte?

Doch was soll man sich jetzt in Polemik ergehen. Iljins Werke über den Staat und die politi-

sche Kultur muß man einfach studieren.

Das ist die intellektuelle Nahrung, die unsere junge Demokratie so braucht und die für die jetzigen Diskussionen über die Frage des Präsidialsystems so nützlich ist.

Nein, meinte Iljin, absolut vollkommene Staatsformen gibt es nicht, doch die besten sind jene, die den drei Hauptprinzipien des Rechtsbewußtseins entsprechen: dem Gefühl der eigenen geistigen Würde, der Fähigkeit zur Selbstkontrolle und schließlich der gegenseitigen Respektierung und dem Vertrauen der Menschen zueinander. Das aber bedeutet einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Iwan Iljin, ein gebürtiger Moskauer, schloß zu Beginn des Jahrhunderts die juristische Fakultät an der Universität seiner Heimatstadt mit Auszeichnung ab. Nach der Oktoberrevolution arbeitete Iljin weiter in Moskau, wobei er, wie er sagte, einen „Kulturkampf“ gegen die Bolschewiki führte. Er wurde fünfmal verhaftet, doch jedesmal wieder auf freien Fuß gesetzt, weil sich ihm ein Verbrechen nicht nachweisen ließ.

Politische
Gedanken

des **20.**
Jahrhunderts

Nach seiner sechsten Verhaftung 1922 wurde er zum Tode verurteilt, was dann durch seine Ausweisung ersetzt wurde – mit der Formulierung „wegen Nichtannahme der Revolution“. Er läßt sich in Deutschland nieder. Doch nach der Machtergreifung der Nazis bekommt er, Gegner des Totalitarismus und autoritärer Herrschaftsformen, Unannehmlichkeiten. 1938 zog er in die Schweiz um, wo er bis zu seinem Lebensende tätig war.

Heute stellen wir ein Kapitel aus dem nach seinem Tod erschienenen Buch „Über das Wesen des Rechtsbewußtseins“ (München, 1956) vor. Die Veröffentlichung wurde von Juri Senokossow, der sich intensiv mit Philosophiegeschichte befaßt, vorbereitet.

Die Axiome der Macht

Iwan Iljin (1883 – 1954)

Die historischen Erfahrungen der Menschheit zeigen, daß die Autorität des positiven Rechts und der Macht, die dieses hervorbringt, nicht nur auf dem Gesellschaftsvertrag, auf der Vollmacht des Gesetzgebers oder der Zwangseinwirkung von Befehl und Drohung, sondern vor allem und viel tiefer auf der geistigen Richtigkeit oder, was dasselbe ist, auf der inhaltlichen Richtigkeit der ausgegebenen Gebote und Normen beruht. Diese geistige Richtigkeit des geschaffenen Rechts eben ist immer die beste Garantie dafür, daß die Autorität des Rechts und der Macht vom Rechtsbewußtsein des Volkes tatsächlich anerkannt wird und daß ihre politische Zuverlässigkeit mit der Produktivität des Lebens zusammenfällt.

Im Gegensatz zu jeder physischen Gewalt ist Staatsmacht immer Willenskraft. Das heißt, daß ihre Wirkungsmethode ihrem Wesen nach etwas Inneres, Psychisches und daher Geistiges ist. Physische Gewalt, also die Fähigkeit eines Menschen, dinglich und körperlich auf einen anderen einzuwirken, ist für die Staatsmacht unbedingt, stellt aber keineswegs die wesentliche Methode der Einflußnahme des Staates dar. Außerdem ist ein staatliches System um so vollkommener, je weniger es von physischer Gewalt Gebrauch macht, und das System eben, das zur ausschließlichen Herrschaft der physischen Gewalt neigt, untergräbt sich selbst und bereitet seinen eigenen Zerfall vor. Keineswegs bringt das Schwert das Wesen der Staatsmacht zum Ausdruck. Es



ist nur ihr äußerstes und einschneidendstes Mittel, das letzte Wort und ihre schwächste Stütze. Es gibt Situationen und Zeiträume, da eine Macht ohne Schwert eine ungeeignete und zum Untergang verurteilte Macht ist, aber das sind unnormale Ausnahmesituationen.

Macht ist Willensstärke. Diese Stärke läßt sich nicht nur durch die Intensität und Aktivität der inneren Willensanspannung ermessen, wie sie durch den Herrscher realisiert wird, sondern auch durch die autoritäre Unbeugsamkeit ihrer nach außen tretenden Erscheinungsform. Die Berufung der Macht besteht darin, im Innern der Menschen Stimmungen aufzubauen wie Bestimmtheit, Vollendung, Impulsivität und Ausführungsbereitschaft. Der Herrschende sollte nicht nur selbst wollen und entscheiden, sondern auch andere systematisch dazu bringen, übereinstimmend zu wollen und zu entscheiden. Herrschen heißt

gewissermaßen seinen eigenen Willen dem Willen anderer auferlegen. Allerdings so, daß diese Auferlegung von denen, die gehorchen, freiwillig anerkannt wird. Herrschen ist ein feinfühler, sich künstlerisch gestaltender Prozeß des Verkehrs zwischen dem stärkeren und dem schwächeren Willen. Dieser Prozeß schafft eine unsichtbare und schwerelose Atmosphäre, in der die Peripherie sich zum Zentrum, in der viele Einzelwillen sich zu dem einen organisierenden und führenden Willen hingezogen fühlen. Die Herstellung einer solchen Atmosphäre stellt ein besonderes Kunstwerk dar, das nicht nur Intensität des Willens

erfordert, sondern auch geistig-seelische Scharfsicht, eine authentische Aufnahme des Unterbewußtseins anderer und die Fähigkeit, es erzieherisch zu beeinflussen.

Dazu fügt sich der rechtliche Charakter der staatlichen Gewalt. Er bedeutet, daß der Wille des Staates als Abart menschlichen Willens nicht gegenstandslos und inkohärent, sondern durch moralischen Inhalt gegenständlich gebunden ist. Dadurch wird das geistige und nicht nur psychosoziale Sein des Staates bestimmt. Der im Prozeß der sozialen Differenzierung ausgesonderte und politisch organisierte Wille des Volkes bewahrt seine geistige Natur, sein objektives Ziel, seine Prinzipien und Kriterien. Die staatliche Gewalt wird ihrer inneren geistigen Natur nur dann gerecht, wenn sie ihrem Ziel, ihren Mitteln und Wegen treu bleibt. Ihre heilige Bedeutung bezieht sie nur aus dieser letzten geistigen, moralischen und religiösen Tiefe. Die Politik hat ihre eigenen notwendigen Wege und Formen, und es ist den Menschen noch nie gelungen, sie ungestraft zu zerstören und mit Füßen zu treten.

Das erste Axiom der Macht lautet, daß die staatliche Macht niemandem gehören darf, der nicht rechtmäßig dazu befugt wäre.

Das ergibt sich daraus, daß der Gesetzgeber der natürlichen Richtigkeit über eine besondere gegenständliche und geistige Kompetenz verfügen muß. Nur ein geistig sehender Mensch hat die Grundlagen und das Recht, die machtvolle Führung des öffentlichen Lebens auf sich zu nehmen. Im Sinne der politischen Zweckmäßigkeit erfordert das das Prinzip der Organisation, die auf der Aufteilung und Verteilung von Funktionen, auf sozialer Übereinkunft und Anerkennung beruht. Darüber hinaus fordert das Rechtsbewußtsein, daß die Macht selbst nicht als Gewalt aufgefaßt wird, die Recht gebietet, sondern als Befugnis, die nur nach Maßgabe ihrer Rechtmäßigkeit lebendigen Einfluß (Gewalt) ausübt. Recht wird nicht aus der Gewalt geboren, sondern ausschließlich wieder nur aus Recht und damit letzten Endes immer aus dem Naturrecht.

Rechtlich nicht sanktionierte Macht ist eine juristisch indifferente Erscheinung. Sie hat keine Rechtsdimension. Ihre rechtliche Sanktionierung muß sie sowohl von der Verfassung als auch von dem sie anerkennenden Rechtsbewußtsein beziehen.

Gesetzlich nicht sanktionierte Macht tritt bei Katastrophen, Desorganisation oder Umsturz auf. Dann bestehen ihre Aufgabe und ihre Rettung darin, sich auf die Sanktion des eigenen und des öffentlichen Rechtsbewußtseins zu berufen, denn nur dieses hat die Kompetenz, eine neue konstitutionelle Form zu begründen und dadurch die fehlende formelle Sanktion zu ersetzen. Wenn ihr das nicht gelingt und die neue Form nicht zustande kommt, dann zieht der unausweichliche Zerfall, der aus der Nichtanerkennung der Macht und aus der sich vertiefenden Desorganisation entsteht, sowohl die unzureichende Macht als auch den Staat selbst in seinen Strudel.

Eine nicht anerkannte und nicht geachtete Macht liegt in den Fällen vor, da ein historisch entstandenes Regime sich so weit überlebt hat, daß das Rechtsbewußtsein der herrschenden Kreise hinter den anwachsenden Bedürfnissen des Volkes und hinter dem öffentlichen Rechtsbewußtsein zurückbleibt. Aufgabe und Rettung einer solchen Macht bestehen dann darin, gestützt auf ihre bestehende formelle Sanktionierung durch das Gesetz ihre eigenen politischen Standpunkte zu erneuern und sich damit die Sanktionierung durch das Rechtsbewußtsein wieder zu verdienen. Wenn ihr das nicht gelingt und das Rechtsbewußtsein des Volkes sie nicht annimmt, ereilt sie der Umsturz mit allen Gefahren des ersten Exodus.

Das zweite Axiom der Macht besagt, daß es in jeder politischen Allianz nur eine einzige staatliche Macht geben darf.

Das ergibt sich daraus, daß das Naturrecht die für den Geist notwendige Form zum Ausdruck bringt, weshalb es selbst auch einzigartig ist, wie der Geist und Seine Rechtmäßigkeit einzigartig sind. Im Sinne der politischen Zweckmäßigkeit macht das eine prinzipielle staatliche Einheit erforderlich, die eine Vielzahl von Menschen eben durch ihre Einstellung zu diesem allgemeinen und einzigen Ursprung positiven Rechts miteinander verbindet.

Nun sollte man die Einheit der staatlichen Macht nicht im Sinne der Einheit eines Organismus oder der Unteilbarkeit von Funktionen und Kompetenzen auffassen, sondern im Sinne einer zusammenhängend organisierten Geistesrichtung, die in der Einheit des erworbenen und realisierten Rechts ihren Ausdruck findet. Innerhalb derselben politischen Einheit und zum selben Zeitpunkt kann ein und dasselbe nicht „Rechters“ und

„nicht Rechters“ zugleich sein. Positives Recht ist per definitionem unzweideutig und in sich einheitlich. Diese seine Einheit ist die äußere Erscheinung der ihm innewohnenden und es heiligenden natürlichen Rechtmäßigkeit.

Seinem inneren Wesen nach kann das Rechtsbewußtsein

zwei einander ausschließende Normen oder zwei einander ausschließende Befehle nicht als gleichermaßen „rechtmäßig“ anerkennen. Genausowenig kann es zwei einander ausschließende oder in Widerstreit zueinander stehende Mächte als gleichermaßen „staatlich“ anerkennen. In jeder politischen Allianz ist die staatliche Macht ungeachtet ihrer Aufgliederungen ihrem Wesen nach einheitlich. Das Vorhandensein von zwei staatlichen Mächten zeugt vom Vorhandensein zweier politischer Allianzen.

Das dritte Axiom der Macht besagt, daß die staatliche Macht immer von den Besten, die höchsten moralischen und politischen Anforderungen gerecht werden müssen, realisiert werden sollte.

Das ist durch die Bedeutung, die Kompliziertheit und die Verantwortlichkeit der Aufgabe selbst bedingt, deren Lösung im Menschen einen Künstler in Dingen der natürlichen Rechtmäßigkeit voraussetzt. Im Sinne der politischen Zweckmäßigkeit erfordert das die prinzipielle Autorität der Macht und ihre prinzipiell freiwillige Anerkennung im Rechtsbewußtsein der Untergebenen. Macht ohne Autorität ist schlimmer als offene Machtlosigkeit. Ein Volk, das die Herrschaft der Besten prinzipiell ablehnt oder nicht versteht, sie zu organisieren und zu stützen, ist Pöbel. Die ihm gebührenden Anführer sind Demagogen.

Zum Pöbel werden Menschen dann, wenn sie sich staatlicher Angelegenheiten annehmen und sich dabei nicht vom politischen Rechtsbewußtsein, sondern von privatem Eigennutz leiten lassen. Gerade deshalb aber erwählen sie sich nicht die Besten und sind nicht bereit, diesen die Macht zu überlassen. Zum Pöbel kann jeder gehören: der Reiche, der Arme, der Ungebildete und der „Intellektuelle“. Der Pöbel zeichnet sich durch den Eigennutz seines Willens und ein deformiertes Rechtsbewußtsein aus, in revolutionären Epochen darüber hinaus noch durch politische Arroganz. Die staatliche Macht ist für ihn nur ein bequemes Mittel, das ihm zur Befriedigung privater oder Klasseninteressen dient.

Der Pöbel versteht weder die Berufung des Staates, noch seine Mittel und Wege. Er kennt kein Gesamtinteresse und empfindet keine Solidarität. Ebendeshalb ist er nicht imstande zu Organisation und Disziplin und zerfällt sofort beim ersten energischen Widerstand seitens der organisierten Staatsmacht. Das Bewußtsein staatlicher Einheit und der Wille zu politischer Einheit sind ihm völlig fremd. Ist er sich also selbst überlassen,

Eine Partei, die nur das Interesse einer einzigen Klasse vertritt, ist politisch untauglich und kann den Staat zugrunde richten

zerfällt er schnell in feindliche Lager oder Rotten und beginnt einen endlosen Bürgerkrieg. Das Recht ist für ihn eine Frage der Gewalt, des Geschicks und des Glücks: Sieht er also die Gewalt auf seiner Seite, entwickelt er Dreistigkeit und wird schnell unverschämte. Gerät er aber selbst in Bedrängnis, zittert er und biederst sich an. Der Pöbel haßt die Staatsmacht, solange er sie nicht in der Hand hat. Hassend unterwirft er sich ihr. Sich unterwerfend erwartet und fordert er von ihr Almosen. Hat er seine Macht aber aufgepflanzt, vermag er ihr weder Respekt zu zollen, noch ihr zu vertrauen oder sie zu stützen. Er wird auch ihr mißtrauen, wird sich auch ihr gegenüber von Haß ergreifen lassen und damit seine eigene Entstehung aus dem politischen Widerstand verspielen und ins Verderben stoßen. Gelingt es ihm dennoch, etwas in der Art eines „Regimes“ zu errichten, wird dieses „Regime“ unter dem Anschein der „Demokratie“ den Triumph der Raffgier über das Gemeinwohl, der Nivellierung über den Geist, der Lüge über den Beweis und der Gewalt über das Recht verkörpern. Dieses „Regime“ gründet sich auf Schmeichelei und Korruption und verkörpert die Macht der Demagogen.

Unter den egoistischen Ehrgeizlingen, die um jeden Preis an die Macht wollen, ist der Demagoge ganz unten angesiedelt, denn er wählt den für das Rechtsbewußtsein des Volkes verhängnisvollsten Weg. Er wendet sich an den Pöbel, buhlt bei ihm um Anerkennung und erhält die Macht aus seinen Händen. Um diese „Investitur“ zu erringen, nutzt er jede Möglichkeit und macht auch vor solchen nicht halt, welche den Staat selbst ruinieren. Er ruft zu blindem staatsfeindlichem Eigennutz auf, der die ungebildete Seele so leicht absorbiert, entfacht ihn bis zum Zustand der Leidenschaft und sagt ihm dabei schmeichelnde und einnehmende Worte. Er appelliert an das Schlimmste, was im Menschen ist, und legt dieses Schlimmste seiner Politik und Macht zugrunde. Er zieht staatliche Angelegenheiten auf das Niveau des Pöbels und seines Verständnisses herab und baut darauf seinen Erfolg auf. Deshalb ist er der schlimmste Feind des öffentlichen Rechtsbewußtseins und der Staatlichkeit.

Der Demagoge verdunkelt das Bewußtsein der Masse, indem er ihr in Form von populären Parolen verführerische und gegen den Staat zielführende Ideen anbietet. Er demoralisiert ihre Gefühle, indem er sie mit Affekten des Hasses und der Raffgier nährt. Er verleitet ihren Willen, indem er ihn auf staatsfeindliche und lasterhafte Ziele orientiert. Der Demagoge bildet ein System der Liebedienerei an der ungebildeten Masse aus. Er mobilisiert den Pöbel dort, wo er schon vorhanden ist, und schafft ihn dort, wo er noch nicht war. In seiner Liebedienerei preist er den Pöbel natürlich, indem er ihm einredet, er sei das „souveräne Volk“, und rühmt seine niedrigen Begierden und Handlungen, indem er sie als Höhepunkt und Heldenmut darstellt. Damit erzieht er die Menschen zu politischer Käuflichkeit: Er suggeriert dem Pöbel, daß die staatliche Macht seine Ware sei, die er vorteilhaft losschlagen könne. Danach legt er den Preis für diese Ware in Form von „politischen“ Versprechen fest. Der Demagoge sucht die staatliche Macht so zu kaufen, als gehöre diese Macht tatsächlich der ungebildeten Menge. Hat er sie dann mit staatsfeindlichen, unrealisierbaren und absurden Versprechungen erkaufte, installiert er die schlimmste, weil raffinierteste und demoralisierendste Form der politischen Korruption. Gleichzeitig führt er ein politisches Täuschungsmanöver durch, denn sein absurdes Versprechen ist von vornherein hoffnungslos, wobei die Verwirklichung seiner staatsfeindlichen Versprechungen, würde sie in Angriff genommen werden, sowohl den versprechenden Demagogen als auch die bereits halb aufgelöste politische Allianz vernichten würde. Indem sie also die Lüge auf die Bestechung türmen, bringen Demagogen die Staatsmacht unter den Hammer.

Das vierte Axiom der Macht besagt, daß ein politisches Programm nur solche Maßnahmen einschließen darf, die das Gesamtinteresse verfolgen. Das ergibt sich daraus, daß die staatliche Macht dazu berufen ist, das Naturrecht zu behaupten, und das Naturrecht fällt eben mit dem allgemeinen geistigen Interesse des Volkes

und des einzelnen Bürgers zusammen. Im Sinne der politischen Zweckmäßigkeit wird das dadurch bestimmt, daß nur der Dienst am gemeinsamen Interesse die Staatsmacht zu einem wirklichen und autorisierten Zentrum der politischen Einigung machen kann.

Es ist die wesentliche Aufgabe jeder ehrlichen politischen Partei, sich mit diesem Urgrund des Rechtsbewußtseins und dem übergreifenden staatlichen Interesse zu konfrontieren.

Eine Partei ist insofern keine Rotte, keine Clique, keine Bande, als sie danach strebt, die Staatsmacht zu begründen und nicht nur die Macht im Staate zu ergreifen. Der Wille zur staatlichen Macht aber ist damit Wille zum staatlichen Ziel, welcher kein eigentliches, ob privates, Einzel- oder Klasseninteresse, einschließt. Deshalb kann eine politische Partei ihrem Programm nach keine Klassenpartei sein. Sie muß unmittelbar alle Klassen repräsentieren und damit über den Klassen stehen. Staatliche Macht ist etwas für alle Gleiches und Gemeinsames. Deshalb kann ein Programm, das ihre für die Zukunft gewünschte Linie festlegt, nur Hinweise auf gemeinsame Interessen enthalten. Eine Partei ohne staatliches Programm, die nur ein einziges Klasseninteresse unterstützt,

ist eine staatsfeindliche Partei. Sie ist politisch untauglich. Wenn sie die Macht ergreift, wird sie eine ungereimte und verhängnisvolle Politik betreiben und den Staat zugrunde richten, noch bevor sie objektiv dazu genötigt wird, sich noch schnell ein paar politische Ergänzungen zu ihrem

staatsfeindlichen Programm einfallen zu lassen.

Ein reifes Rechtsbewußtsein ist die einzige Kraft, die Parteiprogrammen Staatlichkeit zu verleihen in der Lage ist. Liegt ein solches Rechtsbewußtsein vor, unterscheiden die Parteien sich nicht mehr dadurch voneinander, welche wessen Interessen vertritt, denn alle vertreten ein und dasselbe staatliche Interesse, sondern danach, wie sie dieses für alle gleiche und einheitliche Interesse auffassen. Dann ist der Kampf zwischen den Parteien schon kein Wettbewerb der Klassenambitionen mehr, sondern ein Streit um politische Begriffe.

Im Ergebnis dessen kann und muß die Partei eine Art von politischer Läuterungsinstanz sein. Sie reinigt den Willen ihrer Mitglieder von staatsfeindlichem Eigennutz, indem sie die politisch Kurzsichtigen von unmittelbaren egoistischen Aufgaben losreißt und zwingt, geistige Aufgaben der Heimat und des Staates ausfindig zu machen. Die Anerkennung der Parteien und Klassen untereinander vollzieht sich nicht mehr über Druck, Drohungen oder Gewalt gegeneinander, sondern über gegenseitige staatliche Legitimation oder Anerkennung. Die Politik verliert den Charakter eines heimlichen Bürgerkrieges und erlangt ihre eigentliche Blüte.

Dann kommt das gemeinsame staatliche Ziel nicht infolge eines Kampfes um die Macht, in Form eines „Kompromisses“ oder eines „Patts“ zustande, sondern reift im Vorfeld dieses Kampfes. Der Kampf um die Macht setzt die Einheit des Willens bei Bürgern und Parteien bereits voraus. Nur unter dieser Voraussetzung wird der politische Kampf das Volk nicht entzweien, sondern vereinen. Bei Vorhandensein eines gemeinsamen Ziels wird der Streit um verschiedene Begriffe sowohl die Würde des Gegenstands als auch die kreative Zusammenarbeit der verschiedenen Denkenden gewährleisten. Dann ist auch die Politik kein Forum der Marktschreier mehr, sondern hilft, Solidarität zu entwickeln, und wird zu einer Schule der natürlichen Rechtmäßigkeit.

Ein normaler Aufstieg zur Macht setzt jedoch nicht nur ein staatliches Programm, sondern auch seine Realisierbarkeit voraus. Deshalb besagt das fünfte Axiom der Macht, daß das Programm der Macht nur verwirklichtbare Maßnahmen und Reformen einschließen darf.

Im Sinne der politischen Zweckmäßigkeit bedeutet das, daß verschwommene und utopische Ideen nicht nur das Vertrauen zur Macht, den Glauben an eine politische Organisation überhaupt und den Willen zum staatlichen Aufbau erschüttern, sondern den Staat schlechthin zersetzen und ins Verderben stürzen.

Welches auch immer die letzten Ursachen für die Nichtreali-

Utopische Ideen untergraben nicht nur das Vertrauen zur Macht und den Willen zum staatlichen Aufbau, sondern zersetzen und verderben den Staat

sierbarkeit von Reformen sein mögen, seien es natürliche Ursachen, technische oder wirtschaftliche Gründe, in den Augen eines Staatsmannes nehmen sie politische Züge an. Ein Verstoß gegen dieses Axiom bringt die schmerzhafteste Erscheinung eines „politischen Maximalismus“ hervor und führt zur Zersetzung des Staates.

Besonders das Prinzip der „Machbarkeit“ zwingt die Parteien dazu, zwei Programme, ein „Maximal“- und ein „Minimalprogramm“ zu haben, wobei ersteres genau genommen gar kein Programm ist, denn es beschreibt nur einen gewissen Idealzustand.

In der sozialen und politischen Entwicklung gibt es eine eigene notwendige Konsequenz, die man nicht ungestraft mißachten darf. Wenn Parteien sie aber mißachten, schlagen sie damit den Weg unglücklicher Absurditäten ein und stürzen den Staat ins Verderben.

Politische Indifferenz und ein Abfall des Rechtsbewußtseins sind die reifen Früchte einer solchen Taktik. Eine politische Bewegung wird dann zum Wettkampf von starken und cleveren Rechtsbrechern, zu einer Art Triumph des Faustrechts, zum Bürgerkrieg. Die Menschen suchen eine Verbesserung ihres Lebens mit Methoden des Raubes, der Brandstiftung, in Pogromen, bewaffneten Überfällen, gegenseitiger Ermordung und Klassenterror. Die Blindheit verstärkt ihre Hilflosigkeit und ihren Haß, und ihr Haß und ihre Raffgier erlauben ihnen schon nicht mehr, sich zu besinnen und Einsicht zu gewinnen. Diesen Prozeß blinder Selbstvernichtung kann nur Erschöpfung oder ein allgemeines Darniederliegen des Lebens beenden.

Das sechste Axiom besagt schließlich, daß staatliche Macht prinzipiell mit verteilter Gerechtigkeit verbunden sein muß, daß sie aber das Recht und die Pflicht hat, dann und nur dann von ihr abzugehen, wenn die Unterstützung des national-geistigen staatlichen Seins des Volkes das erforderlich macht.

Die Ansiedlung der Gerechtigkeit im sozialen Leben gehört zu den wichtigsten Aufgaben staatlicher Macht. Das ergibt sich allein schon aus dem Wesen des Rechts und des Staates. Die tatsächlichen Bedingungen staatlicher Existenz können jedoch auch so beschaffen sein, daß es zu Vernichtung und Auflösung des Staates führen würde, wäre diese Aufgabe allen übrigen vorangestellt. Das heißt, daß unter den ehrlich gemeinten und gerechten Reformen auch solche sein können, die man als politisch nicht realisierbar ansehen muß.

In Wirklichkeit läßt sich aber soziale Gerechtigkeit keineswegs auf eine formelle Nivellierung der Bürger reduzieren. Sie besteht in einer leidenschaftslosen und sachlichen Bestandsaufnahme, Anerkennung und Markierung jedes geistig-individuellen Subjekts in allen seinen wesentlichen Eigenschaften und grundlegenden Ansprüchen. Das heißt, daß sie im wesentlichen keine Blindheit gegen menschliche Unterschiede sein kann, sondern ihre Anerkennung und Anpassung an sie sein muß.

Es geht nicht an, im Namen der Gerechtigkeit ein Staatssystem einzuführen, das den Staat selbst verdorbt oder zerrütet und das geistige Leben des Volkes erstickt, denn die Gerechtigkeit dient dem Geist und nicht umgekehrt.

Das Empfinden der eigenen Würde ist eine notwendige und wirkliche Erscheinungsform geistigen Lebens. Es ist ein Zeichen für geistiges Selbstbewußtsein, ohne das ein Kampf das Recht, politische Selbstbestimmung oder nationale Unabhängigkeit undenkbar sind. Ein Bürger, dem dieses Gefühl abhandelt, ist politisch untuglich. Ein Volk, das durch dieses Gefühl in Bewegung gesetzt wird, ist zu schwerer historischer Entfaltung verurteilt.

Sowohl der einzelne Bürger als auch das Volk insgesamt brauchen die Staatsmacht und die Armee brauchen das Gefühl für ihre geistige Würde und die daraus resultierende Selbstachtung.

unabdingbar sowohl im privaten als auch im politischen und internationalen Leben. Das für jeden Bürger notwendige Gefühl für die eigene geistige Würde bestimmt auch den geistigen Stand des Volkes insgesamt. Die geistige Kultur jedes Volkes hängt in seiner Entwicklung und seinem Gehalt nach davon ab, ob seine Bürger über den Wesenszug der Selbstachtung verfügen oder nicht.

Noch wesentlicher und noch notwendiger ist das Gefühl für die eigene Würde für jede Staatsmacht. Allein schon in der Idee des Staates und in der Idee der Macht ist das Prinzip der geistigen Würde angelegt. Denn die Würde eines Staates bestimmt sich durch sein Ziel, und die Würde einer Macht wird durch ihre Anerkennung und ihr gesellschaftliches Ansehen festgestellt.

Die Selbstbehauptung der Staatsmacht deckt sich nicht unbedingt mit der geistigen Selbstbehauptung ihrer einzelnen Repräsentanten, denn die Individuen lösen einander ab und sinken ins Grab, aber die staatliche Macht achtet weiterhin auf ihre

Einheit und Kontinuität. Deshalb muß ihre Selbstbehauptung die Form einer reifen und stabilen Tradition annehmen, die im Rechtsbewußtsein der meisten Individuen verankert ist.

Freilich muß auch die Armee als konzentrierte Verkörperung der Staatsgewalt das Gefühl für die eigene Würde ihrer eigenen Praxis zugrundelegen. Als Element staatlichen Seins ist die Armee eine organisierte Vielzahl

von Menschen, die sich systematisch zum Sieg erziehen und um seinetwillen zum Tode und zum Töten um des staatlichen Zieles willen. Eben dadurch werden ihre Würde und ihr tragisches Wesen bestimmt. Die Armee kann nur in dem Maße existieren, in dem staatlich-patriotisches Rechtsbewußtsein sie inspirieren. Deshalb muß der Dienst in der Armee von lebendiger inspirierender Staatlichkeit durchdrungen sein. Der Soldat ist ein Bürger, der die konzentrierte Last des zivilen Standes und Seins auf sich genommen hat, denn er ist die lebendige Verkörperung der staatlichen Gewalt, das lebendige Instrument des staatlichen Willens, er ist ein Organ, das die Angelegenheit des Staates mit der Frage nach seinem eigenen Leben und Tod verbunden hat. Als lebendiges Instrument ist er aber nicht von seinem Ziel losgelöst, sondern im Gegenteil ist sein Ziel unsichtbar in ihm zugegen und lenkt seine Bewegungen. Von daher leitet sich auch die hohe Würde und die hohe Verantwortung ab, die mit dem Soldatenstand notwendigerweise verknüpft sind.

Ohne Würde und Ehrgefühl ist eine Armee nicht möglich. Würde und ihr lebendiges Empfinden in sich selbst stellen das unmittelbare Wesen des Soldaten dar. Ein Bürger, der in sich den Soldaten behauptet, behauptet auch die geistige Richtigkeit seines Staates und die geheiligte Bedeutung seiner Heimat. Und nur wenn er seine Heimat liebt und die Staatlichkeit bejaht, kann er seine eigene Würde begreifen und im Leben behaupten. Ein Soldat, der vom staatlichen Ziel losgerissen ist, wird zum Abenteuerer. Ein Soldat ohne Patriotismus ähnelt einem willenlosen Werkzeug der Exekution oder einem professionellen Mörder. Die Würde einer Armee wird durch die Würde ihres Geistes und ihrer geistigen Kultur bestimmt. Der Soldatenrang ist ein geistiger Rang, und das Werk der Soldaten ist eine Heldentat im Geist und im Namen des Geistes. Eine Armee, die sich vom Ehrgefühl leiten läßt, ist ein wirklicher Stützpfiler der Heimat und eine Garantie für ihr staatliches Sein. Eine Armee, die ihr Ehrgefühl eingebüßt hat, ist ein Haufen von Vergewaltigern, Morddeuren und Totschlägern.

Damit ist geistige Würde die Wurzel jedes wirklichen Lebens, und die Selbstachtung Ursprung staatlicher Gewalt und politischer Gesundheit.

Erste von Gestern

In den ersten zwei Monaten des Jahres 1990 sind viele 1. Sekretäre von Gebietskomitees der KPdSU zurückgetreten. Offizielle Gründe: Pensionierung oder angegriffener Gesundheitszustand



Für seine 30jährige Parteiarbeit wurde dem ehemaligen 1. Sekretär des Gebietskomitees **Leonid Bobykin** vom außerordentlichen Plenum des Sverdlovsker Gebietskomitees der KPdSU Dank ausgesprochen. Er wurde von seiner Funktion entbunden. Bobykin stand an der Spitze des Stadtkomitees der Partei in Sverdlovsk und arbeitete danach als 2. Sekretär des Sverdlovsker Gebietskomitees. Fünf Jahre lang wirkte er im ZK der KPdSU. Seit 1988 war er 1. Sekretär des Sverdlovsker Gebietskomitees. Er ist Kandidat des ZK der KPdSU.

Das Gebietsoberhaupt der „Perestroika-Garde“ erbte vor zwei Jahren eine schwere Hinterlassenschaft. Die deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Sverdlovsker, die unwahrscheinlich schlechte Versorgung und das Fehlen einer Perspektive auf Verbesserung waren die Gründe für die Unzufriedenheit mit der früheren Führung. Hinsichtlich des sozialen Niveaus steht das Gebiet in der RSFSR an 40. bis 50. Stelle. Wie wir vor drei Wochen berichteten, neigte Bobykin in seinen Äußerungen dazu, Moskau, die Informellen und die Genossenschaften für alles verantwortlich zu

machen, nur nicht die lokalen Behörden und die eigene Arbeit. Die neue Führung hat ebenso wie die alte den Sverdlovskern keine Hoffnung bieten können. Der Tropfen, der das Faß der Volksgeduld überlaufen ließ, war die „Schnapsrebellion“ am 29. Dezember 1989, die zu einer mächtigen gesellschaftlichen Bewegung wurde. Die Führung des Gebietes Sverdlovsk führte Marken für Wodka und andere Spirituosen ein. Bald stellte sich jedoch heraus, daß es keine entsprechende Warendeckung gab. Endlose Schlangen, leere Läden...

Dieser Anlaß reichte aus, um die Führung des Gebietes hinwegzufegen.



Bei einem Treffen von Michail Gorbatschow und Bergarbeitern aus dem Donezbecken sagte ein Meister, daß dem Parteiführer bei seiner Reise durch die Ukraine vor einem Jahr nicht die Möglichkeit geboten wurde, die wahren Führer der Arbeitskollektive anzuhören. In Donezk fanden die Leute eine Möglichkeit, ihre Forderungen und Stimmungen laut und deutlich zu äußern. Bei einer Kundgebung, die Anfang Februar die Stadt erschütterte, die aber von allen zentralen Zeitungen unberücksichtigt blieb, wurde vieltausendstimmig der Rücktritt des 1. Sekre-

tärs des Gebietskomitees und Berufsparteifunktionsnars **Anatoli Winnik** als Voraussetzung für eine normale Entwicklung der Region gefordert.

Nach dem Abschluß seiner Ausbildung an der Dnepropetrowsker Bergbau-Hochschule arbeitete der spätere 1. Sekretär des Gebietskomitees sechs Jahre lang in Gruben. Seit 1961 war er mit Komsomol- und Parteiarbeit beschäftigt. Seine höchsten Posten waren: 2. Sekretär (1964) und 1. Sekretär (1965) des Gebietskomitees des Komsomol der Ukraine; 2. Sekretär (1987) und zwölf Monate später 1. Sekretär des Gebietskomitees der Partei von Donezk. Er ist Mitglied des Politbüros des ZK der KP der Ukraine und Volksdeputierter der UdSSR.

In fast drei Jahrzehnten leitender Tätigkeit ist es ihm nicht gelungen, das Vertrauen jener zu erwerben, die er solange geleitet hat.

Bei der Kundgebung wurde vor allem die Unzufriedenheit mit den Handlungen der Parteiführer des Gebietes geäußert. Die Versammelten forderten vor dem Haus der Sowjets den Rücktritt des Büros des Gebietskomitees, die Durchführung einer Parteikonferenz, die Auflösung der Stadtbezirkskomitees der Partei und die Übergabe ihres Eigentums an den Lenin-Fonds, die Bestigung hauptamtlicher Briefparteiensekretäre so, die Abberufung des Vdsdeputierten der UdSSR **Anatoli Winnik**.

Beim Plenum des Gebietskomitees der KPdSU von Donezk reichte der 1. Sekretär unter als gesunde Gründe seinen Rücktritt ein.

Ganze drei Jahre konnte sich ein „Außenstehender“ auf dem Posten des 1. Sekretärs des Baschkirischen Gebietskomitees der KPdSU halten. Der Volksdeputierte der UdSSR **Rawmer Chabibullin** hatte damals Schakirow auf diesem Posten abgelöst, der ihm ein schweres Erbe hinterließ. Im Unterschied zu



seinem Vorgänger war Chabibullin kein Parteikarrierist. Nach dem Abschluß seines Studiums an der Hochschule für Erdöl in Ufa hatte er verschiedene Posten in der Erdölindustrie inne: Generaldirektor der Produktionsvereinigung „Permneft“, Chef der Hauptverwaltung des Ministeriums für Erdölindustrie der UdSSR.

Man hatte große Hoffnungen in ihn gesetzt. Aber...

In den ersten Februartagen sprach das Plenum des Stadtkomitees der KPdSU von Ufa einstimmig dem Büro des Gebietskomitees der Partei von Baschkirien sein Mißtrauen aus. Kritisiert wurden die Leitungsmethoden bei der Durchsetzung der Perestroika-Prozesse, und man forderte den Rücktritt des Büros. Dieser Beschluß wurde auch vom Baschkirischen Wähler- und Deputiertenverband, von der Gesellschaft für Umweltschutz, vom Tatarischen Öffentlichkeitszentrum u. a. unterstützt. Chabibullin wurde beschuldigt, alte und überlebte Arbeitsmethoden angewandt, keine Kritik geduldet und sich in ökonomische Angelegenheiten eingemischt zu haben. Man legte ihm das Zurückbleiben bei der Einführung der territorialen wirtschaftlichen Rech-

nungsführung, die langsame Realisierung des ökologischen Programms und die Verschärfung der Versorgungslage bei Lebensmitteln zur Last.

Chabibullin reichte unter Hinweis auf seinen angegriffenen Gesundheitszustand den Rücktritt ein. Diesem Schritt folgte das Büro des Gebietskomitees.

Im vorigen Jahr versuchte man, den 1. Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU von Tjumen **Genadi Bogomjakow** zum Minister für Erdöl- und Erdgasindustrie zu ernennen. Die Deputierten lehnten ab, wodurch die Weitsicht bewiesen. Der „Chef von Tjumen“ ist kein 1. Sekretär mehr. Der 59jährige Bogomjakow wurde vorzeitig pensioniert.

Der Absolvent der Polytechnischen Hochschule von Tomsk, Spezialist für Geologie und Mineralogie und Leninpreisträger arbeitete als wissenschaftlicher



Sekretär und stellvertretender Direktor eines Forschungsinstituts. 1967 wurde er mit Parteiarbeit beauftragt. Er durchlief dabei fast die gesamte Stufenleiter von Parteifunktionen: vom Abteilungsleiter für Erdöl- und Erdgasindustrie sowie Geologie des Gebietskomitees bis zum höchsten Posten im Gebiet, den er 17 Jahre lang bekleidete. Er ist Mitglied des ZK der KPdSU und war Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR der vergangenen Legislaturperiode. Bei den vorjährigen Wahlen brachten die Wähler ihm kein Vertrauen entgegen, Bogomjakow leitete jedoch sein Gebiet weiter.

Inzwischen erfuhr das Land, daß der oft gerühmte westsibirische Erdöl- und Erdgaskomplex nicht so blüht, wie man das gemeinhin annahm. Tjumen selbst ist eine vernachlässigte und schlecht ausgestattete Stadt. Hinsichtlich ihres Entwicklungsniveaus liegt sie weit hinter anderen sibirischen Städten zurück. Die barbarische Ausbeutung der hiesigen Lagerstätten führte zu ihrer schnellen Erschöpfung, riesigen Erdöllacken und Gasverlusten. Die ökologische Situation ist aufs äußerste gespannt.

Die Kundgebungen vor dem Gebäude des Gebietskomitees konnten ihn nicht zwingen, sich dem Volk zu zeigen. Beschlüsse wurden nach wie vor von ihm allein gefaßt. So unterließ er es beispielsweise, die Öffentlichkeit des Gebietes über den gefaßten Beschluß, fünf riesige petrochemische Komplexe zu bauen, zu informieren. Auch machte sich seine Gewohnheit bemerkbar, die Menschen als gesichtslose Masse zu betrachten, die auf Befehl des Gebietskomitees dorthin marschiert, wohin sie geschickt wird.

Das Oktoberplenum des Gebietskomitees brachte allerdings Bogomjakow vollstes Vertrauen entgegen. Nun mißtrauen die Menschen nicht nur dem 1. Sekretär, sondern dem ganzen Gebietskomitee.

Ein banaler Verkehrsunfall, bei dem zwei Autos auf einer Kreuzung in Tschernigow zusammengestoßen waren, löste radikale Veränderungen bei den Gebietsbehörden aus. Das eine Auto, ein schwarzer „Wolga“, der Dienstwagen des Abteilungsleiters des Gebietsexekutivkomitees, war mit Delikatessen „gespickt“. Die so zur Schau gestellten Lebensmittelaritäten waren Anlaß für Massenkundgebungen in der Stadt. Eine Woche später trat der 1. Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU **Leonid Palaschtschenko** zurück.

Palaschtschenko traf persönlich keine Schuld an diesem Vorfall, denn der Konflikt war durch einen Beamten des Gebietsexekutivkomitees und nicht des Gebietskomitees der



KPdSU ausgelöst worden. Es geht auch nicht einfach um die Verantwortung des ersten Mannes im Gebiet für alles was auf seinem Territorium passiert.

Leonid Palaschtschenko (56) hat sein ganzes bewußtes Leben lang verschiedene Komsomol- und Parteifunktionen bekleidet. Lediglich vier Jahre lang, Ende der 50er, arbeitete er an einer Landwirtschaftsschule, wo er im Fernstudium stand. Dr. oec. Palaschtschenko ist Held der sozialistischen Arbeit und war seit 1984 1. Sekretär des Gebietskomitees der KP der Ukraine in Tschernigow.

Die ein Jahr später beginnende Perestrojka hat Tschernigow nicht sehr verändert. Im Zentrum der Stadt, die unter Wohnungsmangel leidet, wurde eine Funktionsvilla, ein Gästehaus des Gebietspartei-Komitees errichtet. Gleichzeitig vernachlässigte man die Bevölkerung zusehends. Proteste der Einwohner blieben unbeantwortet. Die „heiligen“ Rechte der Nomenklatura durften nicht angetastet werden.

Im fünften Jahr der Perestrojka mußte der 1. Sekretär des Gebietskomitees von Tschernigow wegen eines Vorfalls, der eigentlich Sache der Verkehrspolizei war, seinen Hut nehmen. Und dabei war er nach den Maßstäben der einschlägigen „Kaderabteilung“ nicht einmal der schlechteste Sekretär.

Der 1. Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU von Wolgograd **Wladimir Kalaschnikow**, der durch seine Anti-Tomaten-Kampagne landesweit bekannt wurde, ist nach einer Serie von Unmutäußerungen der Einwohner

von Wolgograd zurückgetreten. Kalaschnikow galt als „starker Mann“, jedoch enttäuschte er schnell die Wolgograder mit seinen Leitungsmethoden.

Der Absolvent der Landwirtschaftshochschule von Stawropol leitete von 1982 bis 1984 das Ministerium für Wasserwirtschaft der Russischen Föderation. 1984 beruft man ihn zum 1. Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU von Wolgograd. Zu jener Zeit begann die Milliz ihre Attacken gegen Gewächshäuser und Tomatensträucher. Man schlug alles kurz und klein, riß die Pflanzen mit der Wurzel aus und schaltete die Wasserpumpen ab. So wurde der Erlaß über den Kampf gegen die nicht aus Arbeitstätigkeit stammenden Einkünfte realisiert. Gleichzeitig sprach Kalaschnikow von der Tribüne der 19. Unionskonferenz der KPdSU von der realen Hinwendung zum Menschen als höchstem Ziel und entscheidendem Faktor der Perestrojka.



Ein elitärer Kuhstall, damit die Chefs immer frische Milch und ausgezeichnetes Fleisch bekamen, das Entweichen von Giftgasen aus Produktionsanlagen, versumpfte und versalzte Böden, Machtmißbrauch usw. — das alles war im Gebiet bekannt. Wenn Kalaschnikow auch seinen Posten verlassen wollte, so doch nur deshalb, um 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR für Lebensmittelversorgung zu werden. Der Oberste Sowjet der UdSSR erteilte dem Kandidaten sein Vertrauen. Ebenso wie die höchste Legislative zweifelte nun auch die Kommunisten im

Gebiet Kalaschnikow als 1. Sekretär an. Dem Rücktritt Kalaschnikows folgte das ganze Büro des Gebietskomitees.



Der ehemalige Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in Finnland (1973 bis 1979), der 63jährige Historiker Dr. phil. **Wladimir Stepanow** trat von seinem Posten als 1. Sekretär des Kareilischen Gebietskomitees der KPdSU trotz bester Gesundheit zurück. Diese Arbeit brachte ihm die Mitgliedschaft im ZK der KPdSU und ein Mandat im Obersten Sowjet der UdSSR der vorigen Legislaturperiode ein.

Obwohl es hieß, er sei auf eigenen Wunsch zurückgetreten, so haben doch die vorangegangenen Ereignisse diesen Schritt praktisch erzwungen. Das erste Anzeichen hierfür waren die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR 1989, bei denen nur 18 % der Wähler für ihn stimmten.

Die autonome Republik war die erste in der RSFSR, die zum Markensystem überging. Fleisch gab es nur zu Feiertagen, aber auch nicht zu allen, und nur ein Kilogramm pro Person. Halbverfaulte Kartoffeln wurden auf drei Kilogramm pro Monat limitiert. An Fisch wurden vom Handel nur ganze sieben Gramm je Einwohner verkauft. Und das in einer Republik mit traditionell entwickelter Landwirtschaft, vielen Tausenden von Seen und Flüssen, wo es Hechte, Bleie, Karauschen und Renke gibt.

In dieser Situation richtete sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung vor allem gegen den 1. Sekretär, denn für alle Mißer-

folge, Krisen und Mißstände des Lebens wird der Führer der regierenden Partei verantwortlich gemacht.

Als er das Amt des 1. Sekretärs des Gebietskomitees von Woroschilowgrad der KP der Ukraine antrat, hat **Iwan Ljachow** wohl nicht ahnen können, daß er schon nach drei Jahren selbst um seine Entbindung von dieser Funktion bitten wird. Er begründete diesen Wunsch nicht mit Hinweisen auf seinen schlechten Gesundheitszustand und die ständige Überlastung, sondern mit dem Eingeständnis, nicht das volle Vertrauen der Kommunisten und der Bevölkerung seines Gebietes zu besitzen.

Der 54jährige 1. Sekretär hat fast 30 Jahre lang in verschiedenen Komsomol- und Parteifunktionen gewirkt. Er war 1. Sekretär



des Gebietskomitees des Komsomol von Woroschilowgrad, 1. Sekretär des Stadtkomitees der Partei von Krasnodonsk und 1. Sekretär des Gebietskomitees von Iwano-Frankowsk der KP der Ukraine. In Woroschilowgrad löste er den früheren 1. Sekretär Gontscharenko ab, dem ernsthafte „Versäumnisse“ bei der Arbeit vorgeworfen wurden. Nach der Amtsübernahme des neuen 1. Sekretärs wurden die Sonderverteilungsstellen geschlossen. Die Mitarbeiter des Partei- und Staatsapparates verzichteten auf ihre medizinischen Sonderbehandlungen. Das allerdings reichte nicht aus, um die Autorität des Gebietskomitees der Partei zu heben.

„Wir werden ihn heilen“

Die Ärzte haben den Testpiloten Anatoli Gristchenko, der in Tschernobyl eine starke Strahlungsdosis erhielt, eigentlich schon aufgegeben. Er kann aber noch gerettet werden...

Am 19. September 1986 wurde der Verdiente Testpilot der UdSSR Anatoli Gristchenko, Kommandeur einer Hubschrauberabteilung am Institut für Testpiloten, in die Sanitätsabteilung gebeten. Er war gerade dabei, ein Examen in Steuertechnik abzulegen, und versprach, nach dem Flug vorbeizukommen. Es war ein Freitag, erstmalig seit einem Monat wartete ein ganzes Wochenende mit der Familie auf ihn, er war guter Dinge. Am Montag hörte Gristchenko vom Arzt, die Proben müßten überprüft werden.

Der zweite Befund war schlechter, man lieferte ihn in einem Lazarett ein, Diagnose: akute Leukose.

Das war vor mehr als drei Jahren. Gegenwärtig verbringt Gristchenko einen immer größeren Teil seines Lebens im Krankenhaus. Hätte er sich je denken können, daß er in der Blüte seiner Jahre, obwohl von reckenhafter Statur und Gesundheit, invalide sein würde? Daß er eine Heidenangst vor Zugluft und Erkältung haben würde, weil jede kleine Infektion ihm zum Verhängnis werden kann. Um nicht den Mut sinken zu lassen, muß man sich wenigstens sagen können, weshalb man diese Leiden auf sich genommen hat. Das konnte er. Damit es aber offiziell bestätigt wurde, waren ein halbes Jahr voller Erniedrigungen und zahlreiche Briefe seiner Kollegen an hohe Instanzen nötig. Heute ist bekannt: Damals, 1986, erteilte eine gewisse medizinische Stelle die Order, die Angaben über den Verstrahlungsgrad der Menschen, die an der Beseitigung der Folgen in Tschernobyl beteiligt waren, geheimzuhalten.

Die Ärzte durften einfach nicht sagen, ihre Patienten verstrahlt waren.

Die tote Zone

Er erinnerte sich genau an den Himmel über Tschernobyl, der in jenem Mai klar und zartblau war. Um keine Niederschläge um den beschädigten Reaktor und in der 30-km-Zone zuzulassen, verstäubte man Silberjodid von Flugzeugen aus. Unten lagen grüne Felder, blühende Apfelbäume. Kein einziger Mensch. Man hatte den Piloten gesagt, die in den Hubschrauber eingebauten Bleiplatten seien sicher genug, die Besatzung abzuschirmen. Dann sah er aber, daß der Schutz vor der durch-

dringenden Strahlung unter diesen Bedingungen rein formal war. Einmal befand er sich in der Nähe eines Hubschraubers, an dessen Innen- und Außenhaut dosimetrische Geräte montiert waren. Als man die Angaben beider Geräte verglich, unterschieden sie sich so gut wie nicht voneinander.

Gristchenko flog als Kopilot, sein Kommandeur und Flugzeugführer war Gurgun Karapetjan, der links von ihm saß. Wahrscheinlich waren dabei selbst Zentimeter von Bedeutung. Später waren fast alle in dem einen oder anderen Grad krank, die sich in den Hubschraubern befunden hatten. Die einen wurden nach der Behandlung als gesund entlassen, andere, wie er oder der Militärflieger Wassili Wodolashski, kommen faktisch aus Lazaretten und Krankenhäusern nicht heraus. Gurgun hatte mehr Glück: Eine Zeitlang war er krank, dann aber überwand sein Organismus die Attacke.

Gristchenko und Karapetjan waren schon an der Hochschule miteinander befreundet, nur daß Karapetjan später für das Konstruktionsbüro „Michail Mil“ arbeitete. Beide galten als die landbesten Fachleute für den Hubschraubertransport von frei schwebenden großvolumigen Gütern. Nun galt es aber, den beschädigten Reaktor nach dem ursprünglichen Konzept der Leute, die die Beseitigung der Havariefolgen leiteten, mit einem Metallstück von vielen Tonnen Gewicht und einem Durchmesser von fast 20 m, einer mit vielen Gebern und 600-m-Schläuchen für das Absaugen radioaktiven Staubs und zum Pumpen von Wasser versehenen Verschlussklappe zu überdecken.

Drei Wochen hintereinander probten die Flieger das Einrichten der Verschlussklappe. Mehrmals überflogen sie den havarierten Block. Nach den Flügen hatten sie noch tagelang einen belegten Hals, die Flieger sprachen heiser, als wären sie erkältet. Sie wußten aber schon, das war die Strahlung.

Mitte August wurde Gristchenko zum zweitenmal nach Tschernobyl entsandt. Wieder Flüge über den inzwischen vergilbten, aber ebenso menschenleeren Feldern, in einem ebenso klaren Himmel.

Diesmal verbrachte er genau einen Monat in Tschernobyl, einen Monat ununterbrochener Flüge über der toten Zone. Möglich, daß dieser Monat über sein Schicksal entschied.

Das Verdikt der Ärzte war trocken und schonungslos. Nur eine Transplantation von Rückenmark könne ihn retten, aber in der Sowjetunion würden solche Operationen noch nicht gemacht.

Der Himmel war überall gleich

In seinem Leben gab es nicht nur den Himmel über Tschernobyl, sondern auch den über dem aerokosmischen Salon Le Bourget bei Paris, der Anfang Sommer ebenso sonnig und zartblau war. Der Himmel blieb sich überall gleich. Gurgun Karapetjan konnte das bestätigen, denn im vorigen Juni hob er dort mit seinem sowjetischen Kampfhubschrauber Mi 28 ab.

Gurgun und der stellvertretende Chefkonstrukteur Mark Weinberg wurden unter den Fliegern bald sehr populär. Die Sowjets hatten nämlich erstmalig moderne Kampftechnik nach Le Bourget gebracht, und das war eine Sensation, zumal die Mi 28, wie Experten behaupteten, der anerkannten Nr. 1 in dieser Waffenklasse, dem amerikanischen Kampfhubschrauber „Apache“, in nichts nachstand. Bemerkenswert war etwas anderes: Die Menschen, die die beiden Kampfmaschinen entwickelt hatten, befreundeten sich.

Besondere Sympathie empfanden Gurgun und Mark für Cap Parlier, der nicht nur ein für seine Akrobatentstücke bekannter Testpilot, sondern auch ein geachteter Wissenschaftler war. Einmal sprachen sie davon, was unsere beiden Länder in den letzten Jahren alles erlebt hatten: den Orkan in Florida, der im Nu 400 Hubschrauber umkippte, die Erdbeben von Armenien und San Francisco, die Havarien von Tree-Mile-Island und Tschernobyl. Damals kam Gurgun auf Anatoli Gristchenko zu sprechen. Der Amerikaner reagierte blitzschnell:

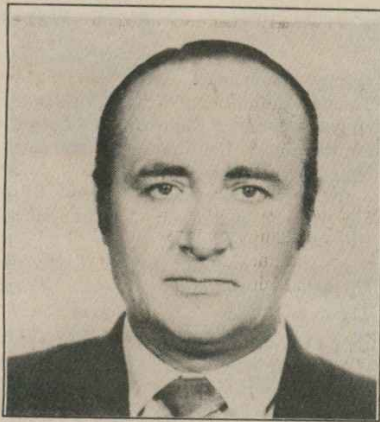
„No problems, bringen Sie ihn in die USA, wir werden ihn heilen!“

Leichter gesagt als getan.

„Ich hoffe immer noch...“

So begann diese gemeinsame Aktion. Ihre Initiatoren waren amerikanischerseits die Testpiloten Cheng Morse und Cap Parlier, dieser außerdem als Abteilungsleiter bei der McDonnell Douglas Helicopter Co. Sowjetischerseits waren Mark Weinberg, Gurgun Karapetjan und außerdem Chefkonstrukteur Alexej Iwanow beteiligt. Zusammen könnte man sie auch anders nennen: Entwickler einer „symmetrischen“, d. h. für die Konfrontation gedachten Waffe.

Nachdem Gristchenko die Behandlung



Anatoli Gristchenko

im Ausland erlaubt worden war, brachte Cap Parlier viele Menschen auf die Beine.

Am 3. Oktober v. J. teilte er per Telefax Mark Weinberg mit: „Ich nahm Kontakte zu den Senatoren MacCain und DeConcini auf. Das State Department vermerkte, daß das medizinische Einreisevisum, die Zustimmung der medizinischen Stellen vorausgesetzt, unverzüglich ausgestellt werden könnte. Mark Salter vom Büro von Senator MacCain stellte eine Anfrage, um Informationen vom State Department einzuholen... Außerdem setzte er sich mit seinem Freund David Knight von der Occidental Petroleum, der mir riet, mit Rick Jacobs von der Occidental Petroleum Verbindung herzustellen, der uns beraten und uns helfen könne. Ich wurde von Bart Moore, einem Assistenten Rick Jacobs', empfangen... Bart Moore bat mich, einen kurzen Plan dessen aufzustellen, was für Anatoli Gristchenko zu machen sei. Alle sind sehr zuversichtlich. Wir werden es schaffen.“

Aber immer wieder gab es Probleme, die sich in keinen Plan einfügen wollten. Hier nur eine gemeinsam aufgestellte kurze Chronik der letzten Monate.

November 1989. In der Hoffnung, das erforderliche Krankenhaus und Finanzierungsquellen zu finden, beriet sich Parlier mit medizinischen Experten. Seine sowjetischen Kollegen stellen fest, daß Anatoli Gristchenko im Krebsforschungszentrum „Fred Hutchinson“ in Seattle geholfen werden könnte. Cap verabredet die Sache sofort mit den dortigen Spezialisten.

Die sowjetischen Freunde bereiten ihrerseits einen Sonderflug vor, um eventuelle Blutspender (Gristchenkos Verwandte aus anderen Städten) nach Moskau zu bringen. Hier trafen sie sich mit Spezialisten aus dem Hutchinson-Zentrum. Ein glücklicher Zufall wollte, daß sie gerade zu einem Symposium nach Moskau kamen. Leider stellte sich heraus, daß sich die Verwandten als Blutspender nicht eigneten.

Dezember 1989. Ein Telex aus den USA: „Lieber Alexej! Das Hutchinson-Zentrum ist bereit, mit der Computer-

Suche nach nichtverwandten Rückenmarkspendern zu beginnen... Sollte ein passender Spender gefunden und bestätigt werden, so sind 200 000 US-Dollar (15 000 für die Spender und 185 000 für die Rückenmarktransplantation und die 100-Tage-Nachbehandlung im Hutchinson-Zentrum) an die Adresse des Zentrums zu überweisen... Außerdem nimmt der am US-Nationalprogramm der Rückenmarkspende beteiligte Dr. Bob Graves an, daß es nützlich wäre, das Blut anderer Flieger, die gemeinsam mit Anatoli in Tschernobyl eingesetzt waren, zu erforschen. Die Daten über jeden Flieger könnten für den Fall gespeichert werden, daß einer oder einige von ihnen künftig eine Rückenmarktransplantation benötigen.“

Es war nicht einfach, den nötigen Betrag zusammenzubekommen.

Cap sorgte dafür, daß sich immer mehr Amerikaner für Gristchenkos Schicksal interessierten. Unter ihnen waren die Doktoren Robert Day, Dean Bookner, Rag Clifton und John Hansen vom Hutchinson-Zentrum, Dr. Niel Wald von der Public Health University in Pittsburgh, Dr. Bob Graves vom Nationalen Spenderzentrum in Merrow sowie Admiral a. D. Elmo Zumwalt, dessen Sohn an Krebs gestorben war.

Die Computer-Suche in der amerikanischen Kartei der Rückenmarkspender verhalf zu vier Kandidaturen mit auf den ersten Blick gleichen Blutcharakteristiken. Bei genauerer Untersuchung stimmten die Daten jedoch nicht.

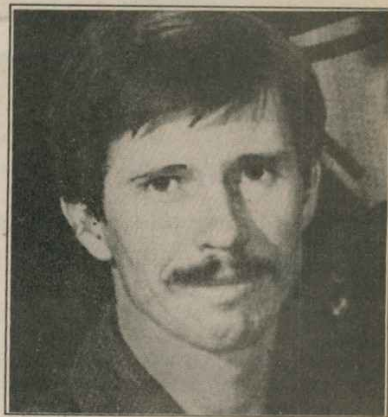
Januar 1990. „Nach Computer-Angaben wurden zwei weitere Spendekandidaten in England und elf Kandidaten in Frankreich gefunden. Die Suche geht weiter. Ein Endresultat liegt immer noch nicht vor... Ich möchte Ihnen mitteilen, daß ich mich als Spender in Erwägung bringen möchte. Nach allem zu urteilen, habe ich nur wenig Chancen. Aber wie ich schon sagte, muß man eine möglichst hohe Zahl von Menschen prüfen. Es wäre vielleicht sinnvoll, eine gemeinsame Suchaktion unter den Mitarbeitern des Mil-Konstruktionsbüros und der Firma McDonnell Douglas Helicopter oder, noch besser, unter sowjetischen und amerikanischen Bürgern zu starten. Ich hoffe weiter auf unseren Erfolg...“

Hochachtungsvoll Cap Parlier.“

Statt eines Epilogs

Cap Parlier und Gurgun Karapetjan, ihre Freunde sowie viele bekannte und unbekannte Menschen beiderseits des Atlantik suchen immer noch nach Wegen zur Rettung Anatoli Gristchenkos.

Mehr als alle amtlichen Versicherungen über gegenseitige Loyalität und langatmige Kommunikationen zeigt dieser Fall, wie sehr wir uns verändert haben, wie anders die ganze Welt inzwischen geworden ist.



Cap Parlier

Außerdem zeugt er von dem Vermögen bzw. Unvermögen einiger staatlicher Einrichtungen, gegenüber Menschen, die in schweren Zeiten ihrem Staat zu Hilfe kamen, moralische Verpflichtungen zu empfinden. Ferner von unterschiedlicher Haltung gegenüber fremdem Kummer und vom Recht eines jeden auf Hilfe, wie kostspielig sie auch sein mag.

Boris Balkarej

Anmerkung der Redaktion. Der Fonds der Volksdiplomatie, eine internationale nichtstaatliche Organisation, interessiert sich für die Aktion der Flieger. Der Fonds hat die Hilfe für sie in sein Programm aufgenommen. Der Fonds wandte sich an eine Reihe von ausländischen Firmen, an sowjetische staatliche und genossenschaftliche Betriebe. Da es in diesem Fall auf jeden Tag ankommt, bat der Fonds die NZ-Redaktion, allen, die Anatoli Gristchenko helfen möchten, die Adresse des amerikanischen medizinischen Zentrums in Seattle mitzuteilen, dessen Ärzte sich auf die Behandlung des sowjetischen Testpiloten vorbereiten. Beträge in frei konvertierbarer Währung können über die Digitalnachrichtenverbindung überwiesen werden. Die Adresse: Seattle, First National Bank, Washington, USA. Anschlußnummer 125000024. Konto: Zentrum für onkologische Forschungen „Fred Hutchinson“. Metakonto Nr. 67206516. Zu nennen sind der Familienname, die Stadt, der Bundesstaat und das Land sowie die Telefonnummer des Depositors bzw. der Namen der Organisation, ferner ist anzumerken, daß die Mittel für die Rückenmarktransplantation an Anatoli Demjanowitsch Gristchenko überwiesen werden (Englisch ist erwünscht).

Die „Neue Zeit“ wird über die weitere Entwicklung berichten.

Eigenes Theater

Lew Dodin: Eine glückliche Ausnahme

Das sowjetische Theater steckt in einer schlimmen Krise: politisch, geistig und künstlerisch. Viele Fachleute meinen, das hinge mit Glasnost zusammen. Als die unter einem totalitären Regime erzogenen sowjetischen Künstler die Möglichkeit erhielten, alle sozial und geistig wunden Punkte der Gesellschaft offen beim Namen zu nennen, hörte für einige von ihnen die Kunst, welche vor allem der künstlerischen Aufdröselung bedarf, auf. Abgelöst wurde sie von Oberflächenpublizistik.

Von der sowjetischen Kritik bereits gefeierte Bühnenwerke, wie z. B. die durchaus sehenswerte „Diktatur des Gewissens“ des Regisseurs Mark Sacharow im Moskauer Komsomol-Theater oder die „Silberhochzeit“ von Oleg Jefremow im Künstlertheater, sind direkt naiv und veraltet. Die im Fernsehen übertragenen Tagungen des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets der UdSSR, hochpolemische Parlamentsdebatten, wie sie unser Land noch nie gesehen hatte, machten Publizistik auf der Bühne unmöglich. Freilich haben die Krisenerscheinungen im Theater sich über viele Jahre angestaut, aber erst das von Glasnost freigesetzte Wort stieß das Theater an den Abgrund der Krise.

Der künstlerische Leiter des Kleinen Dramatischen Theaters in Leningrad, Lew Dodin, konnte das vermeiden. Sein Theater gab in den letzten zwei Jahren in der Geschichte des sowjetischen Theaters noch nie dagewesene Gastspiele in Europa, Amerika und tourte fast zwei Monate durch Japan.

Ich kann mich noch gut an den ganz jungen Lew Dodin erinnern, damals Regisseur am Leningrader Theater für junge Zuschauer und Pädagoge am Studio des Kindertheaters beim Leningrader Institut für Theater, Musik und Filmkunst, wie er

nach seiner glänzenden Inszenierung von „Unsereins einigt sich schon“ nach einem Drama von Ostrowski von Neidern abgedrängt wurde. Der Regisseur, der eine hervorragende Visitenkarte abgeliefert hatte, und Pädagoge, dem man durchaus theatralische Führungsqualitäten zuschreiben durfte, war gezwungen, jahrelang zu nomadisieren und mit unterschiedlichen Schauspieltruppen zu arbeiten, was für einen Regisseur im traditionellen sowjetischen System des stationären Repertoire-Theaters ein wirkliches Drama ist.

In Leningrad, unter anderem auch im Kleinen Theater, inszenierte Lew Dodin ein paar gelungene Stücke, wurde von der Kritik vermerkt und von fortschrittlichen Intellektuellen unterstützt. Besonderen Erfolg hatten seine Inszenierungen am Gorki-Theater in Leningrad und am gleichnamigen Künstlertheater in Moskau, den damals führenden Institutionen sowjetischen Geisteslebens. Der Widerstand bestand nur darin, daß Dodin, je bedeutendere Stücke er inszenierte, desto

geringere Chancen hatte, ein eigenes Theater zu bekommen. Alle wußten nur zu gut, daß dieser Regisseur das Zeug zur künstlerischen Leitfigur, zu einem unabhängigen und kompromißlosen Mann hatte, und eben das erbitterte die Bürokraten, von denen die Karriere dieses Regisseurs abhing.

Im Russischen gibt es den Begriff des „Towstonogow-Theaters“, des „Efros-Theaters“, des „Ljubimow-Theaters“ oder des „Sacharow-Theaters“. Damit ist ein Theater gemeint, das von einer großen Persönlichkeit geprägt wird, ein Theater, das über sein eigenes System staatsbürgerlicher und künstlerischer Wertvorstellungen verfügt. Das „Dodin-Theater“ begann vor 10 Jahren, als dieser Regisseur mit seinen Studenten von der Leningrader Hochschule für Theater, Musik und Filmkunst die Trilogie „Brüder und Schwestern“ von Fjodor Abramow inszenierte. Alle wußten, daß etwas Außergewöhnliches passieren würde. Zuvor hatte es niemand gewagt, mit jungen Schauspielern so mutig und offen das Leben eines Kolchos-Dorfs während des Krieges und danach auf die Bühne zu bringen, welches die ganze Schwere der Leibeigenschaft unter Stalin an sich selbst erfahren mußte. Die jungen Leute fuhrten in Abramows Dorf an den Ort der Handlung, studierten das Leben ihrer literarischen Helden und machten sich mit den Prototypen von Abramows Personen bekannt. So entstand Lew Dodins künstlerische Methode: Der Schauspieler muß alle Qualen der Helden, in deren Namen er die Erzählung vorträgt, am eigenen Leib nachvollziehen und erleiden. Mit der gleichen Methode schuf er auch folgende Bühnenstücke: die zweite Version vom „Brüder und Schwestern“, inszeniert am Kleinen Dramatischen Theater, wohin seine ehemaligen Schüler zusammengeströmt sind, „Sterne am Morgenhimmel“ und das philosophische Gleichnis „Lord of the Flies“ von William Golding.

Es bedarf schon eines nicht geringen Vorrats an geistigen Kräften, um die für Dostojewskis Helden so typische tragische Überreizung der dargestellten Helden oder heldenhaften Darsteller auszuhalten. Denn die Schauspieler vertiefen sich derart gründlich in die Tragödie ihrer Helden, daß sie das Kreuz ihres Schicksals authentisch über die Bühne schleppen.

Wie gut, daß die freundliche Glücksgöttin Dodin Anfang der 80er Jahre zu seinem eigenen Kleinen Dramatischen Theater verhalf. Wer hätte damals ahnen können, daß Leningrads Kleines, „von Gott vergessenes“ Gebietstheater, einst das Publikum vieler Länder erobern und zu einem wirklich Großen Theater werden sollte!

Dr. Vitali Potjomkin

Kunstwissenschaftler
LENINGRAD



Foto: A. Krupnow

Neue Möglichkeiten für Geschäftsleute



Die Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt (MKU GA) hilft Ihnen, Ihre Probleme beim internationalen Lufttransport und bei der Gründung von Gemeinschaftsbetrieben mit ausländischen Partnern zu lösen.

MKU GA



wickelt jede außenwirtschaftliche Tätigkeit der Zivilluftfahrt ab, inklusive Lufttransport und Service in der UdSSR und im Ausland; Devisen- und Finanzverrechnungen; Abschluß von Verträgen und Vereinbarungen; Werbung für Lufttransport und Service; technische Hilfe für sowjetische und ausländische Organisationen, Firmen und Einzelpersonen bei Wartung und Reparatur von Flugtechnik, bei Lieferungen von Ausrüstung und Material und bei der Ausbildung von Fachleuten.

Einen Geschäftspartner wie MKU GA zu haben, bedeutet schnellen und effektiven Zugang zu direkten Geschäftsverbindungen mit Luftfahrtgesellschaften, Firmen und Organisationen in fast 100 Ländern ohne zusätzliche Ausgaben.

Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, schreiben Sie uns:
125167 Moskau, A-167, Leningradski Prospekt 37
Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt

Telefon: 155 66 47
Telex: 411 969

АЭРОФЛОТ
 *Soviet airlines*

14159 10 100 000 002
UTPATEL C
1055 3016 4964 MTZR 11

Besuchen Sie die UdSSR!

**DIE SOWJETUNION –
EIN LAND
FÜR ERHOLUNG
UND TOURISMUS**



Unsere Gäste lernen die malerische russische Natur, Monumente des Altertums und Kunstdenkmäler, Leben und Kultur des Sowjetvolkes heute kennen.

Ausführliche Informationen über Flüge in die UdSSR bei den Aeroflot-Vertretungen in Ihrem Land bzw. in der Internationalen Zentralagentur von Aeroflot:

125212 Moskau
Leningrader Chaussee 29.
Telefon: 245 00 02
Telex: 411922

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines